

4.2008

# Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

## Gesundheit und medizinische Versorgung im ländlichen Raum



Naturschutz: Gesamtbetrieblicher Ansatz  
Vertrauen schaffen, Kulturen versöhnen  
Ländlich, weiblich – unternehmerisch!

**dvs** \*  
Deutsche Vernetzungsstelle  
Ländliche Räume

 Bundesministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz



# Inhalt

## Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

Die Reform des Gesundheitssystems ist in aller Munde: Die Einführung des Gesundheitsfonds, die ärztliche Honorarreform und neue Gesundheits- und Pflegereformgesetze bringen Veränderungen mit sich, die sowohl Ärzte als auch Patienten zu spüren bekommen werden. Doch was bedeuten diese Reformen für die ländlichen Räume? Können sie das Problem der drohenden medizinischen Unterversorgung in vielen ländlichen Regionen Deutschlands verringern? Und welche Ansätze zur Lösung dieses Problems gibt es in der Praxis? Diesen und anderen Fragen gehen wir im Fokusthema dieser Ausgabe nach.



## Weitere Themen



Bild: Agrofutura

### Naturschutz: Gesamtbetrieblicher Ansatz

Seit 1994 – mit der grundlegenden Änderung der Schweizer Agrarpolitik – haben Landwirte im Schweizer Kanton Aargau die Möglichkeit, für ihren gesamten Betrieb Bewirtschaftungsverträge abzuschließen, um aus Naturschutzsicht wertvolle Flächen zu erhalten und zu fördern. Dafür erhalten sie Fördergelder von Bund und Kanton. Das Erfolgsrezept: Die Verträge werden individuell für jeden Betrieb im Dialog mit den Landwirten ausgehandelt. **Seite 32**



Bild: GfL Potsdam

### Vertrauen schaffen, Kulturen versöhnen

Landflucht, Arbeitslosigkeit und nachlassende Wirtschaftskraft prägen die LEADER+Region „Zukunft Unteres Odertal“ im brandenburgischen Landkreis Uckermark und die Leader-Region „Lider Walecki“ im polnischen Landkreis Walcz. Seit kurzem gehen die Regionen diese Probleme gemeinsam an. Vor dem geschichtlichen Hintergrund der beiden Länder kein ganz leichtes Unterfangen. Doch die bisherigen Erfolge zeigen: die Richtung stimmt! **Seite 36**

Bild: Foto Strommel



Bild: Reto Klar

## Für das Netzwerk

Inside	05	Neues aus der DVS
Web	06	Die DVS im Internet
Veranstaltungen	07	Agrarumweltmaßnahmen
	08	Euregia
	08	Einkommensdiversifizierung
	09	Internationale Grüne Woche
	09	Wasserrahmenrichtlinie

## Im Fokus: **Gesundheit und medizinische Versorgung**

Einführung	10	... ein Thema im ländlichen Raum?
	12	Die große Herausforderung
	14	Auch die Raumordnung ist gefragt
Standpunkte	16	Interviews: Hat die Politik die richtigen Antworten?
Lösungen	22	Zentrale Gesundheitshäuser in der Mecklenburgischen Seenplatte
	23	Gesundheits-Treffs in Schleswig Holstein
	24	Gemeinschaftspraxis Kirchberg
	25	Schwester AGnES
	26	Ärztenez Südbrandenburg
	27	Medizinisches Versorgungszentrum Belzig
	28	Mobile Krankenstationen in Portugal
	29	Mobiler RehabilitationsDienst Woltersdorf



## **Ländlich, weiblich – unternehmerisch!**

Ländliche und städtische Räume unterscheiden sich in vielen Faktoren voneinander: Infrastrukturelle Bedingungen, das soziale Milieu und die damit einhergehenden Leitbilder und Wertvorstellungen sind oft sehr verschieden. Diese Faktoren beeinflussen auch das Gründungsverhalten von Frauen in ländlichen Räumen, wie eine Studie der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. herausgefunden hat. **Seite 40**

## Aus der Praxis

Unternehmensentwicklung	30	Erfolgreich: die ESG Kräuter GmbH in Hamlar
Naturschutz	32	Gesamtbetriebliche Bewirtschaftungsverträge
Regionale Wirtschaft	34	Naturparke: Gesundheit als Standortfaktor
Kooperationen	36	Deutsch-polnische Partnerschaften als Standortfaktor

## Perspektiven

Forschung und Bildung	38	Flurbereinigung: ökologische, regional- und volkswirtschaftliche Auswirkungen
	40	Ländlich, weiblich – unternehmerisch!
Politik und Gesellschaft	42	Aktionsplan der Bundesregierung: Energieversorgung nach dem Öl
	44	Health Check der EU-Agrarpolitik
	45	EU-Konferenz zur ländlichen Entwicklung
	45	Treffen der Haushalts- und Koordinierungsreferenten
Partner und Experten	46	Initiative Bürgerstiftungen
	48	ProfilPass: Kompetenzen sichtbar machen
Service	50	... angelesen
	51	... angekündigt
	52	Termine



**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

„Wir wissen noch nicht, was passiert“: Dieser Satz ist oft zu hören, wenn es mit Blick auf die Gesundheitsreform und den Gesundheitsfond, der im Januar 2009 in Kraft tritt, um den ländlichen Raum geht. Er zieht sich auch durch die Interviews, die wir mit Experten aus dem Gesundheitswesen zu den neuen politischen Rahmenbedingungen geführt haben. Dabei birgt gerade der in der Reform verlangte Blick auf die Morbidität, also den Gesundheitszustand bzw. die „Krankheitslast“ eines Krankenkassenmitglieds, viele Chancen. Denn wird diese Größe berücksichtigt, könnten die Mittel dorthin fließen, wo sie am meisten gebraucht werden: zu Ärzten und Krankenhäusern in den ländlichen Regionen Deutschlands. Diese Regionen sind besonders stark vom demografischen Wandel und von Abwanderung betroffen, und gerade hier gibt es zunehmend Probleme, die Gesundheitsversorgung auf dem notwendigen Niveau aufrechtzuerhalten. Es gibt aber auch warnende Stimmen: Reicht der festgelegte Beitragsatz von 15,5 Prozent aus, um Krankenkassen in den ländlichen Regionen ein kostendeckendes Arbeiten zu ermöglichen, oder könnte es passieren, daß gerade sie gezwungen sein werden, Zusatzbeiträge zu erheben oder ihre Leistungen zu kürzen?

Doch sind die Krankenkassen nicht allein ausschlaggebend. Die Investitionskosten der Krankenhäuser werden nämlich von den Ländern getragen. Hier gibt es von Land zu Land Unterschiede und mitunter auch Streit mit den Krankenkassen, die die laufenden Betriebskosten finanzieren müssen. Die Politik für ländliche Räume ist im Ganzen gefragt – so muss beispielsweise gewährleistet sein, dass Gesundheitszentren auch erreichbar sind. Die interministerielle Arbeitsgruppe „Ländliche Entwicklung“ der Bundesregierung hat dieses Thema auf ihrer Agenda. Außerdem gibt es viele innovative Lösungsansätze, die direkt in der Praxis ansetzen: In Mecklenburg-Vorpommern sollen „zentrale Gesundheitshäuser“ den Service von Allgemein- und Fachärzten zusammenfassen, und Mobile Rehabilitationsdienste in Brandenburg gewährleisten die Pflege und Betreuung der Patienten in ihrer Wohnung. Schleswig-Holstein setzt auf die Integration medizinischer Leistungen in bereits bestehende Markttreffs, und Gemeinschaftspraxen im ländlichen Raum bündeln das Know-how mehrerer Fachärzte.

Die medizinische Versorgungssicherheit im ländlichen Raum hängt aber vor allem davon ab, ob Ärzte bewegt werden können, sich dort niederzulassen. Neben finanziellen Anreizen ist hier eines besonders wichtig: das Wohnumfeld für sie und ihre Familien attraktiv zu erhalten und zu gestalten.

Im Namen des ganzen Teams der Deutschen Vernetzungsstelle wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start in ein erfolgreiches neues Jahr – und natürlich eine spannende Lektüre!

*Jan Swoboda*



**Impressum**

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 11.000

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
in der Bundesanstalt für Landwirtschaft  
und Ernährung, Bonn  
Juliane Mante, Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Mitarbeit: Silvia Richter,  
mediamondi, Richter & Karge GbR,  
Agentur für interkulturelle Kommunikation,  
Berlin, Telefon 030 / 39 84 88 57

Gestaltung:  
graphodata AG, www.graphodata.de

Druck:  
Druck Verlag Kettler GmbH, Bönen/Westfalen

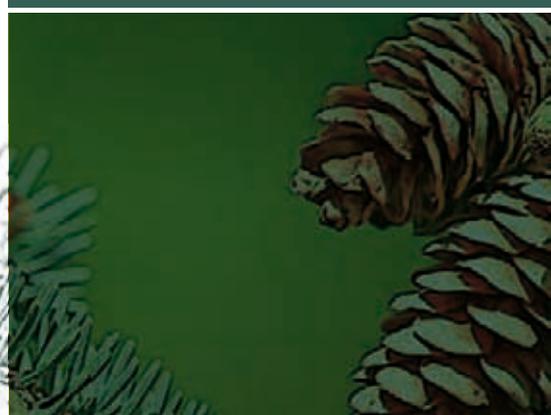
Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und  
Ernährung  
Deichmanns Aue 29  
53179 Bonn  
Telefon 0228 / 68 45 34 61  
Fax 0228 / 68 45 33 61  
E-Mail: dvs@ble.de  
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei  
unter www.land-inform.de

**Anmerkungen der Redaktion:**

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.



# Das Programm der Vernetzungsstelle steht!

Von Jan Swoboda

Am 17. November 2008 war es so weit: Unser „Jahresprogramm“ wurde vom Begleitausschuss des Nationalen Netzwerks für den Ländlichen Raum – also von Vertretern der EU, des BMELV und anderer Ministerien, von Kommunen, Forschung, Frauen, Jugend, Bildung und Kultur, sowie von Verbänden aus Land- und Forstwirtschaft, Natur- und Umweltschutz, Wirtschaft und Regionalentwicklung – angenommen. Der Planungszeitraum reicht von April 2009 bis März 2010. Im neuen Jahresprogramm werden die ELER-Schwerpunkte möglichst gleichmäßig berücksichtigt und schwerpunkübergreifend bearbeitet. Teilweise handelt es sich um Veranstaltungsinhalte dieses Jahres, die 2009 mit kleineren Folgeveranstaltungen weitergeführt werden. Es wird aber auch breiter angelegte Auftaktveranstaltungen für „neue“ Themen geben. Eine erste Übersicht zu den Veranstaltungen in Planung finden Sie unten.

Die Bandbreite der neuen Themen reicht von der Rolle landwirtschaftlicher Beratung vor dem Hintergrund des Wasser-, Klima- und Naturschutzes bis zu Fördermöglichkeiten zum Erhalt der Biodiversität im Rahmen des ELER. Die Frage, wie Dörfer dem innerörtlichen Leerstand entgegenwirken können, steht ebenso auf dem Veranstaltungsplan 2009 wie Methoden der Selbstevaluation für Regionale Entwicklungsgruppen.

Die Fokusthemen der Zeitschrift LandInForm sind ebenfalls in Planung. In Ausgabe 2/2009, die Mitte Juni 2009 erscheint, beschäftigen wir uns zum Beispiel mit landwirtschaftlichen Kooperationen zur Steigerung der Wertschöpfung – auch mit Bezug zur Regionalentwicklung. Die Mitte September erscheinende Ausgabe 3/2009 wird das Thema Mobilität in ländlichen Räumen aufgreifen – mit Blick auf die Verkehrsplanung und auf neue, flexible Ansätze zur Bedienung in dünn besiedelten Gebieten. Über Hinweise zu innovativen Aktivitäten und Projekten zu diesen Themen freuen wir uns!

## Geplante Veranstaltungen im neuen Jahresprogramm der DVS

### Mai 2009

Selbstevaluation für Regionale Entwicklungsgruppen (Workshop)

### Juni 2009

Qualifizierung und Bündelung der Beratung von Landwirten (Workshop)

### Juli 2009

Produktion und Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen (Tagung/Workshop)

### September 2009

Folgeveranstaltung zur Diversifizierung (Tagung/Workshop)

### November 2009

Innenentwicklung im ländlichen Raum – Dorferneuerung zwischen Umnutzung und Rückbau (Tagung mit Arbeitsgruppen)

### ELER und Naturschutz

(Workshop – Termin wird noch bekannt gegeben)

### Januar 2010

Folgeveranstaltung Wasser-rahmenrichtlinie – Stand der Umsetzung

### Februar 2010

Überblick über Fördermöglichkeiten im ländlichen Raum

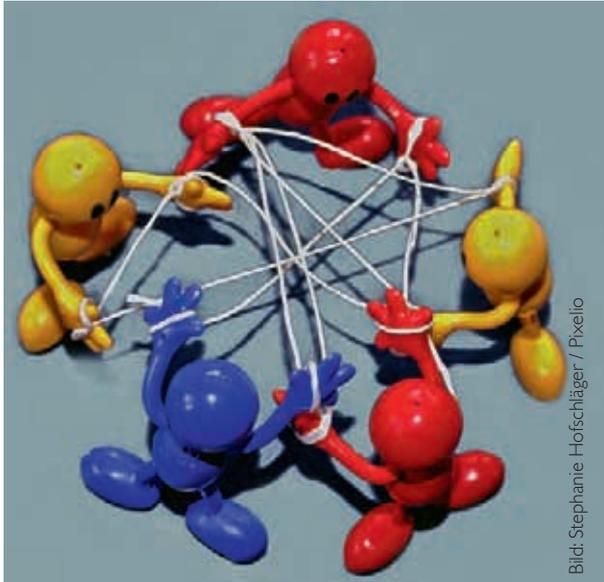


Bild: Stephanie Hofschlager / Pixelio

### Kooperationsgesuche Mehr Informationen:

Telefon: 02 28 / 68 45 - 38 41; dvs@ble.de

### Stadt-Land-Kooperationspartner gesucht

Die LAG Pays Haut-Poitou et Clain im westfranzösischen Département Vienne sucht erfahrene transnationale Kooperationspartner zum Austausch und für gemeinsame Projekte zur Stadt-Land-Entwicklung. Ziel ist die bestmögliche Nutzung des natürlichen und kulturellen Erbes – zum Beispiel des Wein- und Gemüsebaus – der Region Haut-Poitou et Clain. Dafür will die LAG wirtschaftliche, soziale und kulturelle Netzwerke zu urbanen Regionen aufbauen.

### Mehr Informationen:

Olivier Franchoe  
Pays Haut-Poitou et Clain  
Telefon: +33 (0) 549 50 00 72  
o.franchoe@wanadoo.fr



### Ihre Meinung ist gefragt!

Wir möchten es wissen! Brennt Ihnen beim Lesen unserer Beiträge etwas auf der Zunge, was Sie unbedingt loswerden möchten? Oder haben Sie Vorschläge, wie wir unsere Zeitschrift inhaltlich und strukturell bereichern können? Dann schreiben Sie uns! Ab sofort haben wir eine Seite von LandInForm für Leserbriefe reserviert.

# Neues auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Von Stefan Kämper

Positionen, Links, Dokumente und weiterführende Informationen zum „Health Check“ der europäischen Agrarpolitik sind jetzt im »Hintergrund« unter »Themen« nachzulesen. Diese Informationen werden in den nächsten Monaten im Verlauf der Debatte um den Health Check stetig aktualisiert.

Die von der Vernetzungsstelle zusammengestellten Informationen zu Querschnittsthemen in den ELER-Programmen der Länder sind hier unter »ELER in Deutschland« / »Themen« zu finden. Thematische Auswertungen gibt es beispielsweise zu Klimawandel und Biodiversität als Ergänzung der Schwerpunktthemen unserer Publikation LandInForm. Die Themen „Naturschutzberatung im ELER-Kontext“ oder „Leader und die ELER-Schwerpunkte“ mit einer Übersicht der Maßnahmen der ELER-Schwerpunkte, die über Leader gefördert werden können, wurden ebenfalls aufbereitet.

In »Regionen« sind die aktualisierten Adressen aller Leader-Aktionsgruppen und die Ansprechpartner aus ILE-Regionen einiger Bundesländer abrufbar. Auch Links zu den Leader-Seiten der Länder und Ansprechpartner auf Landesebene sind hier zu finden.

## »Partner«

bietet unter »Europäische Netzwerke« jetzt erste Informationen zur Struktur und zum Arbeitsprogramm des Europäischen Netzwerks für Ländliche Entwicklung. Weitergehende Informationen zum Europäischen Evaluierungsnetzwerk für ländliche Entwicklung sind bereits eingestellt. Dieses Netzwerk ist offen für alle, die sich in der EU mit der Bewertung von Entwicklungsprogrammen und -maßnahmen für den ländlichen Raum befassen. Dazu zählen Evaluatoren, Programmverwalter, Entscheidungsträger, Forscher und andere Experten.

Außerdem sind in dieser Rubrik unter »Kooperation« Informationen zur Zusammenarbeit in Leader zu finden. Das Kooperationshandbuch „I+I ist mehr als 2“ ist als Download verfügbar; die im Handbuch enthaltenen Muster für Kooperationsverträge stehen außerdem als offene Dateien



zur Verfügung. Auch neue Kooperationsgesuche sind veröffentlicht.

## »Service«

informiert vor allem über die Aktivitäten der Vernetzungsstelle; so sind Informationen zu den kommenden Veranstaltungen der DVS abrufbar. Online anmelden kann man sich zurzeit für die Tagung zur Einbindung von Landwirten in Regionalentwicklungsprozesse, die die DVS gemeinsam mit dem Verband der Landwirtschaftskammern anbietet (siehe Seite 9). Aber auch zur Wiederholung des Workshops „Geld aus der Region für die Region“ ist eine Anmeldung möglich. Informationen über die Tagung zur Wasserrahmenrichtlinie werden eingestellt, sobald das Programm ausgearbeitet ist. Ebenfalls zu finden sind Fotodokumentationen und Vorträge vergangener Veranstaltungen, beispielsweise der Tagungen in Berlin, Leipzig und Weiden (siehe Seiten 7-8). Unter »Programme + Wettbewerbe« sind neue Informationen zu interessanten Programmen verfügbar.

Im »Service« stehen außerdem die Veröffentlichungen der Vernetzungsstelle zur Verfügung: So ist auch diese Ausgabe der LandInForm digital unter [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de) abrufbar, und unter [www.landaktuell.de](http://www.landaktuell.de) ist der Newsletter zu finden. Für alle Ak-

teure, die die Logos des Netzwerks Ländliche Räume verwenden möchten, stehen diese unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/logos](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/logos) zum Download bereit. Außerdem ist der Styleguide der DVS für alle Akteure im ländlichen Raum verfügbar.

## Schicken Sie uns Ihre News!

Nutzen Sie unseren News-Service und schicken Sie uns Ihre Meldungen, Linktipps, Kooperationsgesuche, Termine, etc. Wir veröffentlichen sie gerne auf der Website und in unserem Newsletter landaktuell.



## Sagen Sie uns die Meinung!

Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Deshalb interessiert uns Ihre Meinung zu unserem Webauftritt!

Rufen Sie uns an oder mailen Sie uns: [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de),  
Telefon 02 28 / 68 45 - 37 22.

# Agrarumweltmaßnahmen: Wie geht es weiter?

Von Ursula Stratmann

**Welche Rolle spielen Agrarumweltmaßnahmen jetzt und in Zukunft in Deutschland, und wie sollen sie weiterentwickelt werden? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Tagung, zu der die Deutsche Vernetzungsstelle vom 30. September bis 1. Oktober 2008 nach Berlin eingeladen hatte.**

**E**rhebliche Kürzungen in der so genannten 2. Säule der Agrarpolitik insgesamt, der Wegfall der Anreizkomponente, teilweise komplizierte Programme bei erhöhten Kontrollansprüchen der EU – und das alles angesichts deutlich veränderter Preis-Kosten-Verhältnisse und Marktpreisrisiken: Dass die Akzeptanz von Agrarumweltmaßnahmen zunehmend schwindet, liegt auf der Hand. Gleichzeitig steigt aber ihre politische Bedeutung. Denn mit dem Health Check der Gemeinsamen Agrarpolitik (siehe Seite 44) kommen nicht nur weitere inhaltliche Anforderungen auf Agrarumweltmaßnahmen zu; mit ihnen gilt es auch verstärkt, die Konsequenzen von Politikveränderungen in der 1. Säule „aufzufangen“ – wie den Wegfall der obligatorischen Flächenstilllegung oder mittelfristig den Ausstieg aus der Milchquote. Vor diesem Hintergrund drängt es sich geradezu auf, die Frage nach Möglichkeiten zur Weiterentwicklung dieses wichtig(st)en Instruments des ELER zu stellen.

Die Resonanz war entsprechend groß: Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland beteiligten sich im Gebäude des Deutschen Bundesrates in Berlin an der von der Vernetzungsstelle angestoßenen Diskussion.

## **Akzeptanz nicht nur eine Frage der Prämienhöhe**

Zunächst stand eine Status-quo-Betrachtung an: Wie wurden Agrarumweltmaßnahmen in der gegenwärtigen Programmplanungsperiode ausgestaltet, welche Anpassungen wurden vorgenommen, welche grundsätzlichen Tendenzen lassen sich hierbei feststellen? Danach wurden die veränderten politischen, administrativen und ökonomischen Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen auf Agrarumweltmaßnahmen genauer unter die Lupe genommen. Auf dieser Basis konnte schließlich die Diskussion über Weiterentwicklungsmöglichkeiten aufbauen. Einig war man sich vor allem darin, dass für den tatsächlichen Erfolg von Agrarumweltmaßnahmen weniger ihre Administrier- und Kontrollierbarkeit, als vielmehr die Kombination aus Wirkung und Akzeptanz entscheidend ist (Stichwort: Zieleffizienz). Die Akzeptanz sei zwar auch, aber nicht ausschließlich von der Prämienhöhe abhängig. Vielmehr bedürfe es größerer Flexibilität und einer verstärkten Nutzung des kreativen Potenzials der Landwirte, zum Beispiel für die Weiterentwicklung ergebnisorientierter Ansätze, aber auch für die Umsetzung gesamtbetrieblicher Konzepte. Als ausschlaggebender Faktor hierfür wurde auch eine intensivere Beratung der Landwirte genannt.

## **Integrierte Ansätze sind gefragt**

Diese Forderung kam auch in den drei Arbeitsgruppen zur Sprache, die den zentralen Bestandteil des vierten Blocks zum Thema „Agrarumweltmaßnahmen im Rahmen des Health Checks“ bildeten. Die Teilnehmer diskutierten hier über mögliche Lösungsansätze zu den Herausforderungen „Klimawandel“, „Wassermanagement“ und „Biodiversität“. Bei aller Unterschiedlichkeit der Problemstellungen wurde immer wieder herausgearbeitet, dass eine schwerpunktübergreifende Betrachtung und integrierte Konzepte nötig sind, um Synergien gerade auch im Sinne der geforderten „Zielorientierung“ der Maßnahmen nutzen zu können.

Den Abschluss der Tagung bildeten zwei „Ausblicke“: zum einen der Blick über den nationalen Tellerrand in Richtung unseres Nachbarn Österreich, wo Gesamtbetriebskonzepte bereits seit längerem umgesetzt werden; und zum anderen der Versuch, mit dem vorgestellten Modell der differenzierten Agrarpolitik einen Ausblick auf die Zeit nach 2013 zu geben.



Die Beiträge der zwanzig Referentinnen und Referenten sowie die Ergebnisse der Diskussionen werden demnächst als Tagungsband veröffentlicht. Das Programm und die Präsentationen stehen unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/aum](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/aum) zum Download bereit.

# Startschuss für transnationale Zusammenarbeit!

Von Isabell Friess

**Am 28. Oktober 2008 fand in Leipzig im Rahmen der „euregia – Fachmesse für Regionalentwicklung“ die Veranstaltung „Erfolgreich durch gemeinsame Projekte im ländlichen Raum – Chancen der europäischen Zusammenarbeit“ statt. Mit mehr als 300 Teilnehmern war das Gemeinschaftsprojekt von DVS, GTZ und InWEnt die am stärksten besuchte Veranstaltung der Fachmesse.**

Zunächst drehte sich alles um die Strukturen der transnationalen Zusammenarbeit: Anke Wehmeyer vom EN RD Contact Point Brüssel sowie Dajana Grzesik und Rolf Eberhard, Regionalmanager aus Baden-Württemberg und Bayern, beschrieben die Leader-Strukturen auf europäischer und nationaler Ebene und die Vorteile transnationaler Kooperationsprojekte. Im Anschluss präsentierten Dr. Detlev Böttcher – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH –, Henriette Stange – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

(InWEnt) – und Grigor Gjerci – Standing Working Group for Regional Rural Development (SWG) – Möglichkeiten der Zusammenarbeit im südost- und mitteleuropäischen Raum. Zum Abschluss diskutierten Vertreter aus Deutschland, Österreich, Brüssel, Mazedonien und Serbien zum Thema „Grenzen überwinden – Europa leben“. Dabei forderten sie vor allem den Abbau bürokratischer Hürden in der Verwaltung.

Bei der Kooperationsbörse „Biete Projekt, suche Partner!“ ging es dann richtig zur Sache: Mehr als 120 Teilnehmer aus 24 Län-

dern diskutierten in zehn Arbeitsgruppen Möglichkeiten der Zusammenarbeit, etwa bei der Entwicklung touristischer Produkte oder beim Erhalt des kulturellen Erbes. Nach drei Stunden intensiven Austauschs konnten bereits 24 Projektideen zusammengetragen werden. Am Abend gab es dann Gelegenheit, die geknüpften Kontakte mit Speis, Trank und musikalischer Begleitung weiter zu vertiefen.

Die Ergebnisse der Veranstaltung werden in den kommenden Wochen auf der Website der DVS Ländliche Räume veröffentlicht.

## Das zweite Standbein als erster Schritt für die Zukunft

Von Lars Switala

**Vor welchen Chancen und Aufgaben stehen Landwirte, die sich eine neue Einkommensquelle erschließen möchten? Diese Frage diskutierte die Deutsche Vernetzungsstelle mit den Teilnehmern und Referenten auf ihrer Tagung „Einkommensalternativen für Landwirte: Das 2. Standbein als Möglichkeit, die Zukunft mitzugestalten“ vom 11. bis 12. November 2008 im oberpfälzischen Weiden.**

Wie wichtig das Thema ist, zeigte schon der Einführungsvortrag, der den Teilnehmern einen Ausblick auf die agrarpolitischen Entwicklungen in Deutschland und der EU gab: Wegfallende Direktzahlungen und sinkende Milchquoten steigern die Notwendigkeit für Landwirte, ihr Einkommen durch die Kombination mit innovativen Arbeitsfeldern langfristig zu sichern. Die folgenden Beiträge boten einen Überblick über die Vielfalt von Einkommensalternativen, eine Einführung in entsprechende Förderkonzepte des ELER sowie einen Exkurs in die Rolle der Frauen als Impulsgeber. Im Anschluss an die Vorträge

hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, vier Themenschwerpunkte der Diversifizierung in Arbeitsgruppen zu vertiefen. Anhand von Fallbeispielen analysierten sie die Einbindung von Projekten in die regionale Wirtschaft, die Anpassung an neue Zielgruppen, die Veränderung des Konsumverhaltens durch den demografischen Wandel oder landwirtschaftsferne Arbeitsfelder.

Erst die Theorie, dann die Praxis: Eine Exkursion zu zwei Betrieben des Netzwerkes

“Landerlebnisreisen” lieferte den Teilnehmern am zweiten Tag Umsetzungsbeispiele für Einkommenskombinationen. Beide Höfe betreiben Milchviehhaltung; der erste hat sich sein zweites Standbein als Energiehof mit einer modernen Biogas- und Photovoltaikanlage geschaffen, der zweite mit Wellness-Angeboten und Ferienwohnungen.

Durch ihre aktive Mitarbeit und offenen Gespräche haben die Teilnehmer nicht nur während der Tagung, sondern auch in den Pausen und abends beim Bier eine spannende Veranstaltung gestaltet!



Bild: DVS

## Vorschau

### DVS-Veranstaltung auf der IGW 2009: Landwirte in der Regionalentwicklung

Von Bettina Rocha

Wie Landwirte gemeinsam mit anderen Akteuren den ländlichen Raum gestalten können, wird auf dem zweiten „Zukunftsforum ländliche Entwicklung“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) auf der Internationalen Grünen Woche (IGW) 2009 in Berlin diskutiert. Dabei werfen die Deutsche Vernetzungsstelle ländliche Räume und der Verband der Landwirtschaftskammern (VLK) mit ihrer

gemeinsamen Veranstaltung „Landwirte in regionalen Entwicklungsprozessen: aktiv in eigener Sache und für die Region“ ein Schlaglicht auf das nicht immer unbelastete Verhältnis zwischen Landwirten mit ihren Ansprüchen an die Nutzung des Raumes und anderen Akteuren der Regionalentwicklung. Wir werden ausloten, wie diese Ansprüche aussehen, wo Differenzen oder Gemeinsamkeiten bestehen und

welches Potenzial es für ein kooperatives Gestalten der ländlichen Räume gibt. Ein Vertreter der EU-Kommission wird darstellen, wie die Europäische Union solche Prozesse und die verstärkte Einbindung der Landwirtschaft fördert und wie sie sich diesen Weg der Entwicklung der ländlichen Räume vorstellt.

Das Zukunftsforum ländliche Entwicklung findet am 21. Januar 2009 im Saal 8 des Internationalen Congress Centrums (ICC) Berlin statt (siehe auch Seite 51). Weitere Informationen, Programm und Anmeldung unter: [www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de](http://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de)

### Die Wasserrahmenrichtlinie – Stand der Umsetzung und Anforderungen an die landwirtschaftliche Flächennutzung

Von Bettina Rocha und Ursula Stratmann

Mit der Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) hat die EU einen einheitlichen rechtlichen Rahmen und damit ein umfassendes und ganzheitliches Instrument für den Gewässerschutz in Europa geschaffen. Das damit verfolgte Ziel, bis zum Jahr 2015 einen „guten Zustand“ der Gewässer herzustellen, verlangt jedoch allen relevanten Akteuren in Verwaltung und Verbänden,

besonders aber auch den Flächennutzern selbst, große Anstrengungen ab. Mit der Aufstellung der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme für die einzelnen Flussgebietseinheiten bis Ende 2009 tritt die Umsetzung der Richtlinie jetzt in die entscheidende Phase ein.

Vor diesem Hintergrund stellt die Tagung der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume mit dem oben genannten Titel vom 25. bis 26. März 2009 die Konsequenzen der Bewirtschaftungsplanung für die landwirtschaftliche Flächennutzung in den Fokus. Ausgehend von der Frage, welche Anforderungen an die Landwirtschaft aus der Perspektive des Gewässerschutzes gestellt werden und welche Konsequenzen für eine richtlinienkonforme Bewirtschaftung daraus erwachsen, werden Zielkonflikte und mögliche Lösungsansätze diskutiert und weiterer Handlungsbedarf aufgezeigt. Einen besonderen Stellenwert nimmt die Einbindung der Flächennutzer in den Umsetzungs-

prozess ein – hierzu werden unterschiedliche Beteiligungsmodelle aus verschiedenen Ländern vorgestellt. Letztlich geht es aber auch um die Frage, ob kooperative Ansätze zur Zielerreichung ausreichen, wie die Kombination aus ordnungsrechtlichen Auflagen und freiwilligen Maßnahmen gestaltet sein sollte und welche rechtlichen Folgen damit verbunden sind.

Schließlich werden erfolgversprechende Aspekte der Maßnahmenumsetzung – beispielsweise in Form sinnvoller Prioritätensetzungen oder der Stärkung des Beratungsansatzes – thematisiert. Die Tagung richtet sich an Vertreter aus Verwaltung und Verbänden der Landwirtschaft, der Wasserwirtschaft und des Natur- und Umweltschutzes.

Weitere Informationen ab Februar 2009 unter: [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wrrl](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wrrl)

#### Netzwerk Ländliche Räume im „LebensTraum Dorf“

Auch auf der 74. IGW ist das Netzwerk Ländliche Räume vertreten: in Halle 21b, die unter dem Motto „LebensTraum Dorf“ die Gemeinschaftsschau der Bundesländer und der EU beherbergt. Gemeinsam mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium gestalten drei Regionen und die DVS einen Messestand und stellen sich beim Bühnenprogramm der LandSchau vor. Die Region Uthlande aus Schleswig-Holstein, die Wesermarsch aus Niedersachsen und das Allgäu präsentieren Projekte und Aktionen zu Klimaschutz und Tourismus sowie ihre regionalen Produkte. Daneben wird der schnellste Krabbenpuler gekürt und über das Leben auf Inseln und Halligen an der nordfriesischen Küste berichtet. Auch können die Messebesucher spielerisch ihre Eignung als Bürgermeister unter Beweis stellen.

Weitere Informationen zur Halle 21b finden Sie unter: [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw)



# Gesundheit und medizinische Versorgung...



Bild: leo, linken / ankenkaas



Bild: Karin Jaehne / Pixelio



Bild: DAK



Bild: AOK Baden Württemberg



Bild: Sigrid Rossmann / Pixelio



Bild: Gerd Altmann / Pixelio

# ...ein Thema im ländlichen Raum?

Von Juliane Mante

**Am 1. Januar 2009 wird der so genannte Gesundheitsfonds eingeführt. Er ist einer der zentralen – und am heftigsten diskutierten – Eckpunkte der im April 2007 in Kraft getretenen Gesundheitsreform. Denn er betrifft die Versicherten nicht nur unmittelbar durch den erhöhten Beitragssatz für die Krankenkassen: Experten erwarten durch ihn einen Umbau der Krankenkassenlandschaft, deren Auswirkungen die Versicherten auch längerfristig auf verschiedenste Art zu spüren bekommen werden.**

Was bedeuten die gesetzlichen Neuerungen aber speziell für die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum? Betreffen die im Rahmen der Gesundheitsreform getroffenen Maßnahmen den ländlichen Raum in besonderer Weise – und wenn ja, warum und wie? Diese Fragen drängen sich auf, wenn man die Berichterstattung zur Gesundheitsreform in den Medien verfolgt, denn in der öffentlichen Debatte stellt dieses Thema eher einen Nebenschauplatz dar.

Fakt ist: Ländliche Räume – vor allem im Osten Deutschlands – haben ein zunehmendes Problem, ihre medizinische Versorgung auf dem notwendigen Niveau aufrechtzuerhalten; gleichzeitig erhöht sich ihr Bedarf an medizinischen Leistungen. Warum dies so ist, erfahren Sie im Beitrag auf den **Seiten 12-13**. Und warum nicht nur die Gesundheitspolitik, sondern auch die Raumordnungspolitik für diese Problematik zuständig ist und wie diese auf sich ändernde Rahmenbedingungen wie den demografischen Wandel reagieren will, lesen Sie auf den **Seiten 14-15**. Vonseiten der Gesundheitspolitik gibt es durchaus Ansätze und Bemühungen, die Probleme, die sich für ländliche Räume in bezug auf die Gesundheitsversorgung abzeichnen, anzugehen:

- Mit dem Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz) von 2003 können zum Beispiel so genannte Gesundheitszentren oder Medizinische Versorgungszentren an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmen. Diese zeichnen sich durch eine interdisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener ärztlicher und nichtärztlicher Heilberufe aus.
- Im Rahmen des im März 2008 verabschiedeten Pflegeweiterentwicklungsgesetzes können Hausärzte nun entlastet werden, indem sie der Therapie dienende oder die Diagnostik unterstützende Maßnahmen an qualifizierte nichtärztliche Mitarbeiter übertragen.
- Krankenkassen erhalten ab 2009 zusätzlich zum ihnen zugewiesenen Einheitsbeitrag einen Zuschlag aus dem Gesundheitsfonds, der sich nach der Altersstruktur und dem Krankenstand – der so genannten Morbidität – ihrer Mitglieder richtet.
- Mit dem 1. Januar 2009 greift die ärztliche Honorarreform, mit der unter anderem bundesweit einheitliche Arzthonorare gezahlt werden, was vor allem den Ärzten in ostdeutschen ländlichen Regionen zugute kommen wird.

- Ab dem Jahr 2010 sollen Ärzte, die sich in medizinisch unterversorgten Regionen niederlassen, Preisanreize bei der Vergütung erhalten. Genauso können auch Krankenhäuser in unterversorgten Regionen durch Sicherstellungszuschläge für Leistungen unterstützt werden, die sie sonst nicht kostendeckend erbringen könnten.

Wir wollten wissen, wie Experten diese und weitere Maßnahmen, die von der Politik ergriffen wurden, in ihrer Wirkung auf den ländlichen Raum beurteilen. Reichen die Maßnahmen aus oder sind zusätzliche Schritte nötig, um der drohenden medizinischen Unterversorgung entgegenzuwirken? Lesen Sie auf den **Seiten 16-21**, was Experten aus dem Bundesgesundheitsministerium, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, einer Kassenärztlichen Landesvereinigung, einer Krankenkasse, aus der Kommunalverwaltung und aus der Ärzteschaft dazu zu sagen haben.

Natürlich haben wir uns auch in der Praxis umgesehen: Es gibt bereits zahlreiche innovative Lösungsansätze, mit denen sich die Verantwortlichen in der ländlichen Gesundheitsversorgung den Herausforderungen stellen und die auch anderen Regionen als Beispiel dienen können. Einige dieser Ansätze stellen wir Ihnen auf den **Seiten 22-29** vor. ■

# Die große Herausforderung

Von Jürgen Schweikart

**Vor allem in den ländlichen Regionen der östlichen Bundesländer verstärkt sich der Trend einer ambulanten ärztlichen Unterversorgung. Die Ärzteschaft wird älter und für den medizinischen Nachwuchs wird der ländliche Raum zunehmend unattraktiv. Gleichzeitig steigt aufgrund des demografischen Wandels die Nachfrage nach medizinischer Versorgung. Um eine ausreichende Gesundheitsversorgung in diesen Regionen aufrechtzuerhalten, sind neue Konzepte gefragt.**

In Deutschland wird die Niederlassung von Vertragsärzten seit 1993 durch die Bedarfsplanung gesteuert. Diese regelt, wie viele Ärzte und Psychotherapeuten sich in einer Planungsregion niederlassen können. Dieses Instrument wurde anfänglich eingeführt, um –bedingt durch die ständig steigenden Ärztezahlen – weitere Niederlassungen in überversorgten Regionen zu verhindern. Übersteigt die Arztdichte einer Fachgruppe die 100-Prozent-Marke um mehr als 10 Prozent, gilt eine Zulassungsbeschränkung für den betroffenen Planungsbereich. Dem Kampf gegen die Überversorgung steht heute aber ein anderer Trend entgegen: Spätestens seit dem Jahr 2001 ist „Ärztemangel“ ein öffentlich diskutiertes Thema.

## **Siedlungstyp bestimmt Arztbedarf**

Der Bedarfsplanung liegt ein Berechnungsansatz des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zugrunde. Dieser bestimmt den Arztbedarf bestimmter festgelegter Siedlungsstrukturtypen bezogen auf 14 verschiedene Arztgruppen. So ist die vorgesehene Einwohner-Arzt-Relation für Hausärzte bei allen regionalen Typen nahezu identisch: Für ländliche Kreise wird mit 1.474 Einwohnern pro Hausarzt eine Versorgung von 100 Prozent definiert. Damit ist das Verhältnis sogar günstiger als in den Kernstädten der großen Verdichtungsräume mit 1.585 Einwohnern je Hausarzt. Große Differenzen gibt es dagegen bei

den Fachärzten. Bei den Urologen etwa ist eine 100-Prozent-Versorgung in den Kernstädten der Agglomerationsräume dann gewährleistet, wenn etwa 26.641 Einwohner auf einen Arzt entfallen. Im ländlichen Raum mit geringer Bevölkerungsdichte ist dies bei einem Verhältnis von 55.159 Einwohnern auf einen Urologen der Fall.

## **Die Ärzteschaft wird älter ...**

Die drohende medizinische Unterversorgung in vielen ländlichen Regionen hat verschiedene Ursachen. So werden

zum einen in den nächsten Jahren viele Ärzte in den Ruhestand gehen. Dies ist eine Folge der ungünstigen Altersstruktur der aktiven Ärzteschaft. Die Kassenärztli-

che Bundesvereinigung (KBV) gibt an, dass Ende 2006 19 Prozent der Hausärzte und 15,4 Prozent der Fachärzte 60 Jahre und älter waren. Das Durchschnittsalter der tätigen Vertragsärzte in freier Praxis stieg von knapp 48 Jahren im Jahr 1994 auf einen Wert von fast 51 Jahren im Jahr 2004. Im November 2007 teilte die KBV mit, dass allein im ambulanten Bereich bis 2011 über 34.000 Ärzte in den Ruhestand gehen werden. Es wird schwierig werden, für alle offenen Praxen Nachfolger zu finden; dies stellt vor allem in ländlich geprägten Räumen eine große Herausforderung dar.

## **... der Nachwuchs fehlt oder wandert aus**

Erschwerend kommt hinzu, dass den frei werdenden Stellen nicht ausreichend Nachwuchs gegenübersteht. Dafür gibt es mehrere Ursachen. Nicht alle Studierenden der Medizin schließen vollständig ab. In Deutschland starteten 1997 weit über 11.000 Erstsemester mit dem Medizinstudium, jedoch haben davon 2003 nur knapp 7.000 den „Arzt im Praktikum“ angetreten, das entspricht einem Schwund von über 40 Prozent. Nur ein kleiner Teil des potenziellen Nachwuchses erreicht noch die kurative Versorgung. Der Ärztekammerpräsident Prof. Jörg-Dietrich Hoppe bringt die Entwicklung auf den Punkt: „Es macht ihnen im Moment keinen Spaß mehr.“ Viele Mediziner wollen nicht mehr dauerhaft in die kurative Patientenversorgung, sondern streben zunehmend eine Tätigkeit in alternativen, medizinverwandten Berufen an. Oder – auch dies eine seit längerem beobachtete Entwicklung – sie gehen ins Ausland. Während etwa 2001 1.437 Ärzte ins Ausland abwanderten, waren es 2006 bereits 2.575 Ärzte. Nur zu einem Teil wird die Abwanderung durch einwandernde Ärzte ausgeglichen.



Bild: AOK-Mediendienst

Zwei Entwicklungen treffen in vielen ländlichen Räumen verstärkt aufeinander: der demografische Wandel mit einem wachsenden Anteil älterer Menschen und der zunehmende Mangel an Ärzten.

**Vor allem ländliche Regionen im Osten betroffen**

Allerdings kann derzeit nicht von einem generellen Ärztemangel gesprochen werden, denn diese Entwicklung trifft nicht alle Regionen in Deutschland gleichermaßen. Das wissenschaftliche Institut der AOK (WidO) fokussiert das Problem auf erhebliche Verteilungsprobleme in der Versorgung. Am stärksten sind die ländlichen Regionen von Problemen bei der Wiederbesetzung freier Arztstellen betroffen, insbesondere die neuen Bundesländer und hier besonders in der Gruppe der Hausärzte. Eine Gegenüberstellung der Ab- und Zugänge von Vertragsärzten dieser Gruppe weist für 2003/2004 bei allen neuen Bundesländern negative Salden auf. In vielen betroffenen ländlichen Regionen bahnt sich eine Unterversorgung an oder ist heute schon Realität.

**Arbeitsbelastung zu hoch, Infrastruktur zu schlecht**

Ein Hemmnis bei der Wiederbesetzung freier Arztstellen im ländlichen Raum ist die mangelnde Attraktivität. Viele Ärzte beklagen die ungünstigen Rahmenbedingungen. Es ist vor allem die hohe Arbeitsbelastung – begründet durch Hausbesuche und Notfalldienste – bei abnehmender Rentabilität, die viele junge Ärztinnen und Ärzte abschreckt. Des Weiteren haben ländliche Räume für junge Berufsanfänger wenig Anziehungskraft. Negative Faktoren wie das fehlende kulturelle Angebot, die häufig mangelhafte Grundversorgung mit Waren und privaten Dienstleistungen und weite Wege zu Bildungsangeboten und Schulen werden von positiven Faktoren wie Ruhe und Nähe zur Natur nur selten ausgeglichen.

**Mehr Informationen:**

Prof. Dr. Jürgen Schweikart  
Technische Fachhochschule Berlin  
Fachbereich III: Bauingenieur- und Geoinformationswesen  
Telefon: 0 30 / 45 04 - 25 94  
schweikart@tfh-berlin.de

**Die Nachfrage steigt**

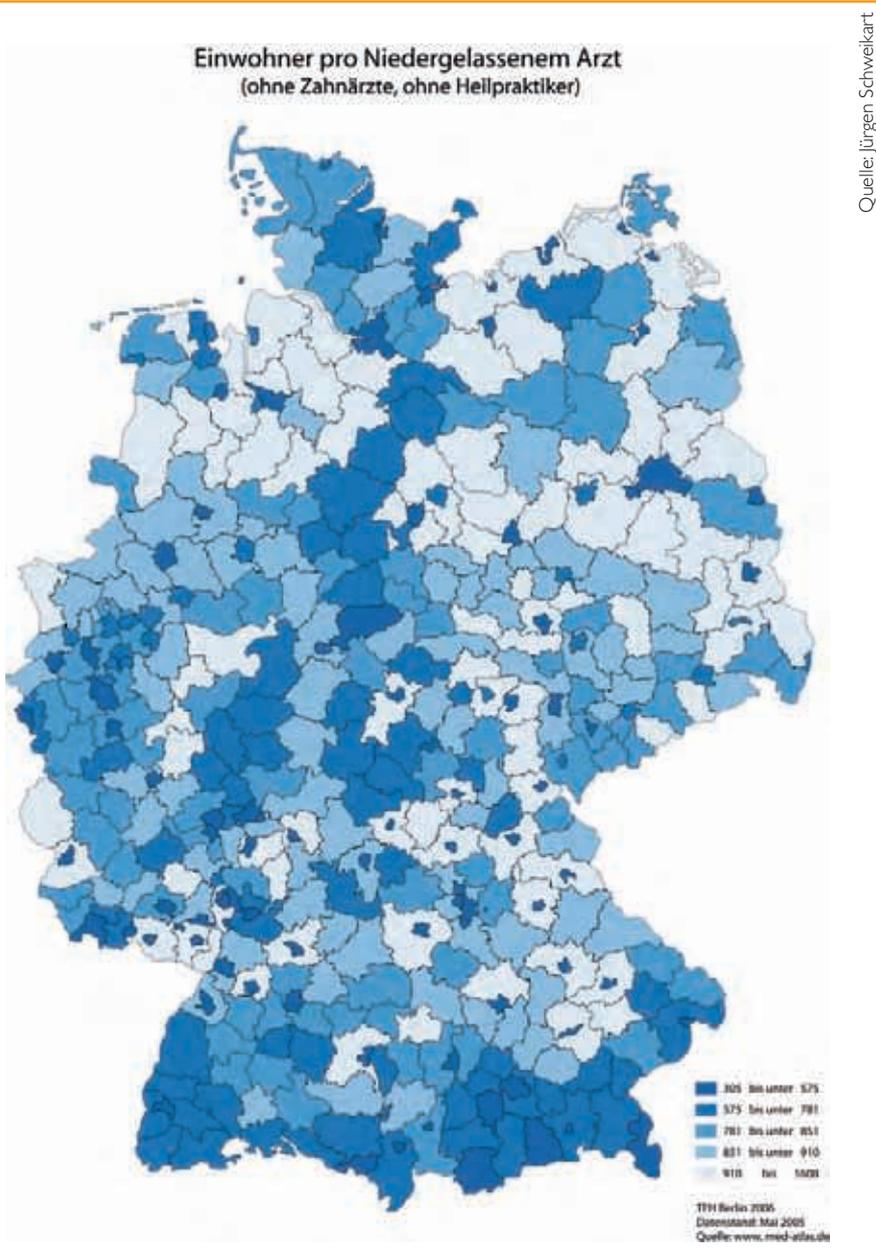
Ein weiterer verstärkender Effekt ergibt sich durch die sich ändernde Nachfrage. Durch die Alterung der Bevölkerung steigt der Versorgungsbedarf. Aus der Erfahrung ist bekannt, dass es die über 65-jährigen Personen sind, die die häufigsten Kontakte zu Hausärzten und ausgewählten Bereichen der fachärztlichen Versorgung wie Augenheilkunde und Urologie haben. Dabei weist die demografische Entwicklung deutliche räumliche Unterschiede auf. Im Osten fallen die altersstrukturellen Verwerfungen deutlich stärker aus als im Westen und auf dem Land stärker als in urbanen Bereichen. In einer Prognose des BBR wird im Vergleich zu den Regionen im Westen von einer deutlich höheren Zunahme der über 75-jährigen und der Hochbetagten im Osten ausgegangen.

**Junge Menschen ziehen weg**

Diese Veränderung der Verhältnisse wird in den ländlichen Regionen der neuen Bundesländer durch selektive Abwanderung verstärkt. Hervorzuheben ist der anhaltende Wanderungsverlust von Frauen zwischen 18 und 30 Jahren. Allein zwischen 1993 und 2006 sind aus Berlin-fernen Regionen Brandenburgs 55.400 junge Frauen abgewandert, während das Berliner Umland im gleichen Zeitraum etwa 8.000 Personen dieser Altersgruppe gewann. Wird der Versorgungsbedarf chronisch kranker betrachtet, spielt in erster Linie das individuelle Umfeld eine Rolle. Die verstärkte Abwanderung junger Menschen aus dem ländlichen Raum könnte hier zusätzlich negative Effekte hervorrufen und die Anforderung an die Primärversorgung erhöhen.

**Handlungsbedarf!**

Die beschriebenen Entwicklungen machen es erforderlich, politische Maßnahmen einzuleiten, die der drohenden Unterversorgung in den peripheren Räumen entgegenwirken. Um junge Ärztinnen und Ärzte zu motivieren, in ländlichen Regionen tätig zu werden, könnten finanzielle Anreize, beispielsweise in Form von Sicherheitszuschlägen, ein hilfreiches Instrument sein.



# Auch die Raumordnung ist gefragt

Von Martin Spangenberg

**Ein Ziel der Raumplanung ist es, in allen Teilräumen Deutschlands gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Dieses Leitbild gilt nach wie vor auch für die Gesundheitsversorgung. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gilt es aber, die Funktionen des zentralörtlichen Systems anzupassen und ergänzende neue Angebotsformen der Daseinsvorsorge zu schaffen.**

Raumordnung und Landesplanung sind Teil der räumlichen Gesamtplanung. Als solche nehmen sie überfachliche und überörtliche Koordinierungsfunktionen der Raumentwicklung wahr. Zurzeit ist die Sicherung der Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein wichtiger Ansatzpunkt, wenn es um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse geht. Hier gibt es beträchtliche regionale Unterschiede bezüglich der Zugänglichkeit und Qualität der Angebote. Dies gilt insbesondere auch für die Gesundheitsversorgung.

## Gleichwertige Lebensverhältnisse bleiben Leitvorstellung

Trotz der Schwierigkeiten, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen den Regionen herzustellen, ist eine der Botschaften der im Sommer 2006 verabschiedeten „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“, dass die Raumordnungspolitik sich dem Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilräumen weiterhin verpflichtet sieht. Auch der Gesetzentwurf zur derzeitigen Novellierung des Raumordnungsgesetzes des Bundes (ROG) hält daran fest. Er stellt die Gewährleistung der Versor-

gung mit Dienstleistungen und Infrastruktur – insbesondere in dünn besiedelten Räumen – als Voraussetzung für die regionale Chancengleichheit und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse heraus.

## Das Zentrale-Orte-Konzept

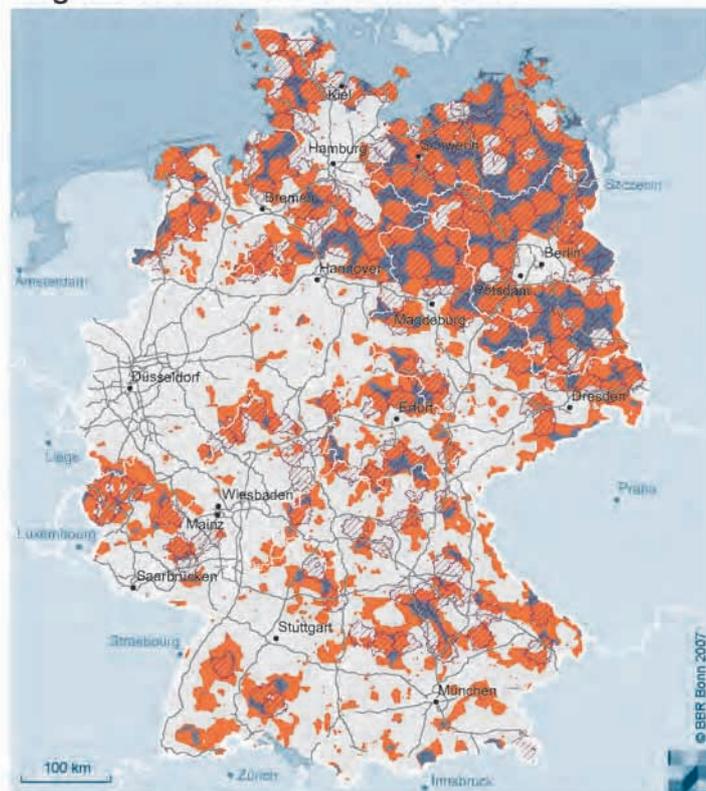
Das raumordnerische Instrument, mit dem überörtliche Angebote der Daseinsvorsorge räumlich organisiert werden, ist das Zentrale-Orte-Konzept. Die Landespla-

nungen legen dazu Ober-, Mittel- oder Grundzentren mit bestimmten überörtlichen Versorgungs- und Entwicklungsfunktionen verbindlich fest (siehe Tabelle). Diese Zentren sollen über die eigene Bevölkerung hinaus auch die Bevölkerung weiterer Gemeinden im Verflechtungsbereich versorgen. Die soziale Infrastruktur ist nach diesem Konzept vorrangig in Zentralen Orten zu bündeln. Im Gegenzug ist auch die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und auf leistungsfähige Zentrale Orte auszurichten. Im Idealfall kann damit in dünn besiedelten ländlichen Regionen eine Mindestausstattung mit öffentlichen Einrichtungen gesichert und damit Abwanderungstendenzen entgegen gewirkt werden.

## Planungsgrundlage für die Gesundheitsversorgung

Das Zentrale-Orte-Konzept übt tatsächlich eine Steuerungswirkung auf die stationäre Gesundheitsversorgung aus. Die räumliche Verteilung der Krankenhausstandorte ist größtenteils am Zentrale-Orte-System ausgerichtet. Dabei stellt sich die flächendeckende Krankenhausversorgung in einer PKW-Erreichbarkeitsanalyse des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) für den Raumordnungsbericht 2005 als sehr gut dar. Demnach wohnen rund drei Viertel der Bevölkerung innerhalb eines 10-Minutenradius und fast 98 Prozent innerhalb eines 20-Minutenradius um das jeweils nächs-

Wegfall des nächsten Krankenhauses



Überschreiten der 20-Minuten-Pkw-Fahrzeitschwelle

- Status quo
- Szenario bei Wegfall des jeweils nächsten Krankenhauses der Grundversorgung
- Einzugsbereiche größer 500 km<sup>2</sup>, gebildet nach Pkw-Fahrzeit zum jeweils nächsten Krankenhausstandort der Grundversorgung

Datenbasis: Erreichbarkeitsmodell des BBR, Krankenhausverzeichnis des Wissenschaftlichen Institutes der AOK (WdO), Stand Ende 2002

— Bundesautobahn

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung



Bild: AOK-Mediendienst  
Vor allem die stationäre Versorgung wird über die Raumplanung gesteuert. Hierbei spielt das Zentrale-Orte-Konzept eine wichtige Rolle.

te Krankenhaus der Grundversorgung. Die Maximalversorgung, die häufig von Universitätskliniken geleistet wird, konzentriert sich dagegen auf einzelne zentrale Standorte. Diese abgestufte Versorgung steht einer bedarfsgerechten Versorgung nicht entgegen. Vielmehr sichert sie die Qualität der Leistungsangebote und ihre wirtschaftlich notwendige Auslastung.

Bei der ambulanten Versorgung ist nur der fachärztliche Bereich zentralörtlich relevant, wobei in ländlich-peripheren Räumen regionale Versorgungskonzepte oft nur durch interkommunale Zusammenarbeit tragfähig erhalten werden können. Gut ausgestattete Zentrale Orte sorgen aber auch dafür, dass Wohn- und Arbeitsort auch für die an der Primärversorgung beteiligten Ärzte attraktiv bleiben.

**Paradigmenwechsel:  
Umbau statt Zuwachs**

Die neuen Leitbilder zur Raumentwicklung setzen insbesondere auf realistische An-

passungen des zentralörtlichen Systems als Reaktion auf die Gefährdung der Leistungen und Einrichtungen durch den demografischen Wandel und knapper werdende öffentliche Mittel.

Auf den ambulanten Gesundheitsbereich bezogen kann zum Beispiel auf temporäre, mobile und flexible Angebotsformen zurückgegriffen werden, etwa „Gesundheitszentren“ mit mehreren Allgemein-/Fachärzten, Notfallversorgung durch Polizei/Feuerwehr, Nutzung von Krankenhaus-

einrichtungen durch ambulante Mediziner, temporär-mobile Behandlungsangebote oder Ansätze der Telemedizin. Daneben gibt es aber auch generellere Handlungsansätze im Leitbild „Daseinsvorsorge sichern“. So müssen den Betroffenen notwendige Anpassungsprozesse vermittelt, Erreichbarkeit und Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen gesichert, die langfristigen Infrastrukturkosten bei der Siedlungsentwicklung berücksichtigt sowie Fachplanungen sektorübergreifend und instrumentell vernetzt werden.

**Zentrale Krankenhäuser erhalten**

Für die Krankenhauslandschaft in ihrem Strukturwandel hilft zum Beispiel die Konzentration von (verbleibenden) Krankenhausstandorten an zentralen Orten dabei, eine abgestufte, stationäre Gesundheitsversorgung flächendeckend zu sichern. Um negativen Folgen für die Versorgung der Bevölkerung entgegenzuwirken, sollten wichtige Krankenhausstandorte für die ländlichen Räume identifiziert werden, um sie bei einer Gefährdung ihrer Tragfähigkeit zu fördern. Das Krankenhausfinanzierungs-

**Mehr Informationen:**

Martin Spangenberg  
Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung (BBR)  
Projektleiter im Referat II  
„Raumentwicklung“  
Telefon: 02 28 / 994 01 22 35  
martin.spangenberg@bbr.bund.de  
www.bbr.bund.de

gesetz eröffnet hier die Möglichkeit eines Sicherstellungszuschlages (§ 17 b KHG), um Krankenhausstandorte zu erhalten und damit eine wohnraumnahe Grundversorgung zu sichern (siehe Karte). Dabei ist die strukturelle Bedeutung der Krankenhäuser als wichtige regionale Wirtschaftsunternehmen und Arbeitgeber für den ländlichen Raum nicht zu vernachlässigen.

**Bedarfsplanung optimieren**

Zur Sicherung einer flächendeckenden ambulanten Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum ist die bisher übliche, kreischarfe Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung KBV wenig geeignet: Zu groß zugeschnittene Planungsräume verwischen die Problemlagen. Außerdem wurde der Bedarf, also die Einwohner-Arzt-Relation für Haus- und Fachärzte, lediglich am 1990 in Westdeutschland vorgefundenen Versorgungsgrad für bestimmte Typen von Kreisen festgemacht. In der KBV wird daher jetzt zur Unterstützung der Bedarfsplanung das System der „kleinräumigen Versorgungsanalyse“ angewendet. Ein Computermodell bildet dabei die tatsächliche Versorgungssituation auch über Verwaltungsgrenzen hinweg realistisch ab.

**Erfolgversprechende Ansätze**

Insbesondere eine Flexibilisierung und die Aufhebung der sektoralen Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung ermöglichen es, in Zeiten verstärkter Finanzzwänge die medizinische Versorgung als einen wichtigen Bestandteil der Daseinsvorsorge wohnortnah und qualitativ hochwertig aufrechtzuerhalten. Ein erfolgreiches Beispiel für eine Flexibilisierung ist der Einsatz der „hausarztunterstützenden Gemeindegewer AGnES“ als Instrument zur Abfederung der hausärztlichen Unterversorgung in ländlichen Regionen (siehe auch Seite 25). Die Delegationsfähigkeit ärztlicher Leistungen bei Hausbesuchen wird inzwischen durch das Pflegeweiterentwicklungsgesetz (PfiWG) erlaubt. Auch in anderen Bereichen sollten bisherige Standardvorgaben und Organisationsformen überprüft werden, wenn sie neuen, flexiblen Lösungen der öffentlichen Infrastrukturversorgung entgegenstehen.

**Grundstufen Zentraler Orte**

Zentralörtliche Grundstufe	Typische Ausstattung	Verflechtungsbereich
Oberzentrum	Fachhandel, größere Banken und Kreditinstitute, (Fach-) Hochschule, Schwerpunkt-krankenhaus, wissenschaftliche Bibliothek, Sportstadion, Fernbahnhof	Oberbereich (200.000-300.000 Einwohner)
Mittelzentrum	Warenhaus, Krankenhaus, Fachärzte, Hotel, Altenpflegeheim, Theater, Museum, Jugendeinrichtung, weiterführende Schule, Bibliothek, größere Sportanlage, Bahnhof	Mittelbereich (30.000-35.000 Einwohner)
Grundzentrum	Postfiliale, Bank, Einzelhandel, Allgemeinarzt, Zahnarzt, Apotheke, Kindertageseinrichtung, Grundschule, Sportstätte	Nahbereich (7.000-10.000 Einwohner)

# Ärztemangel, Überalterung, Unterversorgung: Hat die Politik die richtigen Antworten?

## Unsere Interviewpartner:



Bild: BMG

### **Till-Christian Hiddemann, Bundesminister für Gesundheit (BMG)**

Das von Ministerin Ulla Schmidt geführte Bundesministerium für Gesundheit hat seinen Hauptsitz in Bonn und ist schwerpunktmäßig für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung zuständig. Weitere wichtige Verantwortungsbereiche sind Gesundheitsschutz, Prävention und Arzneimittelsicherheit.

Regierungsdirektor Till-Christian Hiddemann ist Leiter des Grundsatzreferates in der Unterabteilung „Gesetzliche Krankenversicherung“.



Bild: KBV

### **Dr. Roland Stahl, Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV)**

Die KBV vertritt die politischen Interessen der rund 149.900 niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten. Sie ist der Dachverband der 17 Kassenärztlichen Vereinigungen (KV), die die ambulante medizinische Versorgung für 72 Millionen gesetzlich Versicherte sicherstellen. Die KBV schließt mit den gesetzlichen Krankenkassen Vereinbarungen ab, beispielsweise zur Honorierung der Ärzte und zum medizinischen Leistungsspektrum. Die KVn und die KBV sind als Einrichtungen der ärztlichen Selbstverwaltung Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Dr. Roland Stahl ist der Pressesprecher der KBV und leitet das Dezernat Kommunikation.



Bild: Sächsische Landesärztekammer

### **Erik Bodendieck, Facharzt für Allgemeinmedizin**

Erik Bodendieck ist Facharzt für Allgemeinmedizin und leitet eine diabetologische Schwerpunktpraxis in Wurzen. Wurzen liegt bei Leipzig im Bundesland Sachsen, das aufgrund seines großen Anteils ländlicher Räume ebenfalls von zunehmendem Ärztemangel betroffen ist. Herr Bodendieck ist außerdem Vizepräsident der Sächsischen Landesärztekammer, der öffentlichen Berufsvertretung für Ärzte in Sachsen.

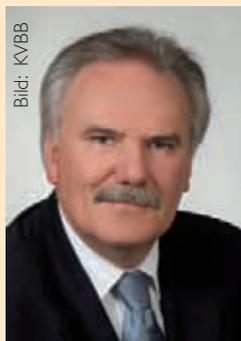


Bild: KVBB

### **Dr. med. Hans-Joachim Helming, Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (KVBB)**

Durch das SGBV (Sozialgesetzbuch Fünftes Buch) werden den Vertragsärzten hoheitliche Aufgaben kollektiv überantwortet. Zu deren Wahrnehmung bilden sie für jedes Bundesland eine Kassenärztliche Vereinigung (KV).

Dr. med. Hans-Joachim Helming ist niedergelassener Facharzt für Gynäkologie in Belgig und seit 1995 Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg. Zudem ist er in verschiedenen Gremien auf Bundesebene tätig, ist Finanzausschussvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Ost-KVen.



Bild: AOK Brandenburg

### **Jörg Trinogga, AOK Brandenburg – Die Gesundheitskasse**

Die AOK Brandenburg ist mit über 600.000 Versicherten und mit einem jährlichen Leistungshaushalt von rund 2 Milliarden Euro der größte Krankenversicherer in Brandenburg. Sie ist dort mit derzeit 111 direkten Anlaufstellen vertreten. Zudem bietet sie ihren Versicherten ein breites Internetangebot sowie rund zehn telefonische Hotlines an.

Jörg Trinogga ist seit 1991 Pressesprecher der märkischen AOK. Er lebt in Potsdam und kennt den ländlichen Raum nicht nur in Brandenburg, sondern auch in Hessen und in Mecklenburg.



Bild: Stadt Teterow

### **Dr. Reinhard Dettmann, Bürgermeister Stadt Teterow**

Die Stadt Teterow liegt in Mecklenburg-Vorpommern, dem Bundesland, das neben Brandenburg am stärksten vom demografischen Wandel geprägt ist.

Dr. Reinhard Dettmann ist Bürgermeister von Teterow und Vorsitzender des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e. V. Er ist außerdem Mitglied im Kuratorium für Gesundheitswirtschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Das Kuratorium hat die Aufgabe, die Umsetzung des Masterplans Gesundheitswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern 2010 strategisch zu beraten und zu begleiten.

## Wird das Problem der drohenden medizinischen Unterversorgung in einigen ländlichen Regionen Deutschlands Ihrer Meinung nach ausreichend in der Politik berücksichtigt?

**Till-Christian Hiddemann,  
Bundesministerium für  
Gesundheit:**

Die Bundesregierung ist sich der schwierigen Situation hinsichtlich der medizinischen Versorgung in den ländlichen Regionen Deutschlands bewusst. Um die Versorgungssituation zu stabilisieren und eine drohende Unterversorgung in strukturschwachen ländlichen Räumen zu vermeiden, hat der Gesetzgeber in den vergangenen Jahren entsprechende Maßnahmen im Rahmen der Gesundheits- und Pflegereformgesetze beschlossen. Diese sind teilweise erst seit kurzer Zeit beziehungsweise noch gar nicht in Kraft. Es gilt deshalb nun zunächst, die Umsetzung dieser Maßnahmen zu begleiten.

**Dr. Roland Stahl,  
Kassenärztliche Bundes-  
vereinigung:**

Mittlerweile hat die Politik die Brisanz des drohenden Ärztemangels erkannt. Diese Erkenntnis gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Schließlich sind die Zahlen eindeutig: Wir prognostizieren, dass bis 2015 rund 75.000 Ärzte altersbedingt aus der ambulanten und stationären Versorgung ausscheiden werden. Allein 43.000 Mediziner werden bis dahin ihre Praxen abgeben oder schließen wollen. Das ist dramatisch! Viele Politiker haben mittlerweile auch eingesehen, dass die ambulante Versorgung unterfinanziert ist.

**Dr. Hans-Joachim Helming,  
Kassenärztliche Vereini-  
gung Brandenburg:**

Die politischen Entscheidungsträger haben die Probleme der ambulanten medizinischen Betreuung lange Zeit wahrgenommen. Punktuell gab es zwar – wahlkampfbedingt – immer wieder einmal eine verbale Zuwendung; in der Sache aber haben sie das Problem bis etwa zum Jahr 2000 ignoriert. Erst danach gelang es den Ärztevertretern, das Problembewusstsein in der Politik zu entwickeln. Ursachen für die späte Erkenntnis sind Unwissen und erkennbar große Schwierigkeiten bei der Realisierung von Lösungsansätzen. Insbesondere die zunehmende Finanzierungsschwäche des Systems hat sachgerechte Lösungen verhindert.

**Jörg Trinogga,  
AOK Brandenburg:**

Die Politik reagiert auf dieses Problem in vielen Fällen nach dem Muster des Pawlow'schen Hundes: Ist das Thema in den Medien, dann gibt es einen Reaktionsschub, der sich in aller Regel verläuft, sobald die Medien abschalten. Ausnahmen gibt es vor allem in den ostdeutschen Bundesländern, in denen das Problem virulent ist und häufiger in der Presse. Die Hauptursache für diese weitgehende Ignoranz scheint mir zu sein, dass man der drohenden Unterversorgung nicht mit einfachen Mitteln schnell begegnen kann. Geld allein hilft nicht weiter und strukturelle Reformen sind unbequem, schwierig und langwierig.

**Dr. Reinhard Dettmann,  
Bürgermeister Stadt Teterow:**

Die Thematik ist erkannt, aber das Zeitfenster, in dem man der drohenden medizinischen Unterversorgung in vielen ländlichen Regionen erfolgreich und rechtzeitig begegnen kann, ist sehr schmal. Schon jetzt sind in einigen ländlichen Regionen 60 Prozent aller Haus- und Fachärzte älter als 50 Jahre. Dort droht die Basisversorgung wegzubrechen.

**Erik Bodendieck, Facharzt  
für Allgemeinmedizin:**

Das Problem der medizinischen Unterversorgung ist in Sachsen bereits seit fast zehn Jahren ein Thema unter Ärzten. Die Politik hat erst sehr viel später reagiert und inzwischen verschiedene Förderprogramme aufgelegt. Dennoch werden wir im ländlichen Raum eine medizinische Unterversorgung vor allem bei Hausärzten bekommen. Auch andere Bundesländer spüren diese Entwicklung bereits.



## **Hat die Einführung des Gesundheitsfonds Ihrer Meinung nach Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum?**

### **Till-Christian Hiddemann, Bundesministerium für Gesundheit:**

Mit der Einführung des Gesundheitsfonds wird das regional unterschiedliche Einkommen der Versicherten zu 100 % ausgeglichen. Damit verbunden sind Fortführung und Ausbau der teilweisen Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben über Steuermittel. Damit wird die Gesetzliche Krankenversicherung auf eine langfristig stabilere, gerechtere und beschäftigungsfördernde Basis gestellt. Gleichzeitig gelingt es uns dadurch, gesamtgesellschaftliche Solidarität zu verwirklichen. Das kommt auch der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum zugute.

### **Dr. Roland Stahl, Kassen- ärztliche Bundesvereini- gung:**

Entscheidend wird letztlich sein, welche Finanzmittel den Krankenkassen konkret zur Verfügung stehen. Die Bescheide des Bundesversicherungsamtes gehen ja noch raus. Beschlossen ist ein allgemeiner Beitragssatz von 15,5 Prozent. Was wir derzeit

beobachten ist, dass die Krankenkassen äußerst zurückhaltend sind, was Finanzzusagen angeht. Das gilt leider auch für bereits vom Gemeinsamen Bundesausschuss beschlossene neue Leistungen, die der gesamten Versichertengemeinschaft zur Verfügung stehen sollen. Die Kassen zieren sich vor der Finanzierung, weil sie nicht wissen, was konkret ab dem 1. Januar 2009 auf sie zukommen wird.

### **Dr. Hans-Joachim Helming, Kassenärztliche Vereini- gung Brandenburg:**

Da der Fonds keine Regelungen zu den Strukturen trifft, kann er nur indirekt und allenfalls dann, wenn die Mittel auch hinsichtlich ihrer Verwendung richtig umverteilt werden, die Versorgungsstrukturen beeinflussen. So könnten unterfinanzierte Strukturen gefördert und damit auch Akteure im Gesundheitswesen motiviert werden, in ländlichen Regionen tätig zu sein. Dass die Entscheidungsträger bei den Krankenkassen hiervon aber noch weit entfernt sind, zeigen die in Vorbereitung auf den Fonds erklärten Kündigungen aller relevanten und qualitätssichernden Strukturverträge!

### **Jörg Trinogga, AOK Brandenburg:**

Da der Gesundheitsfonds jetzt mit einer stärker morbiditätsorientierten Mittelverteilung verbunden ist, bietet er den betroffenen Regionen – hauptsächlich den ländlich strukturierten ostdeutschen Ländern – bessere Voraussetzungen als bisher.

Das bedeutet nicht die Lösung des Problems, aber vor allem durch mehr Finanzmittel bessere Lösungsmöglichkeiten. Die nötigen strukturellen Änderungen sind aber nicht allein eine Frage des Geldes, sondern vor allem der Bereitschaft, über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken und das Gesamtinteresse vor das eigene Partialinteresse zu stellen.

### **Dr. Reinhard Dettmann, Bürgermeister Stadt Teterow:**

Um die Auswirkungen des Gesundheitsfonds zu beurteilen, fehlen handfeste Daten. Sollte es negative Tendenzen geben, muss die Politik gegensteuern. Ich erwarte aber, dass die Krankenkassen, die ja nicht mehr über den Beitragssatz miteinander im Wettbewerb stehen, mit Zusatzangeboten das Gesundheitsbewusstsein der Bürger fördern werden.

Dies könnte der verstärkten Nachfrage nach Gesundheitsleistungen im ländlichen Raum etwas entgegenwirken.

### **Erik Bodendieck, Facharzt für Allgemeinmedizin:**

Der Gesundheitsfonds ab 2009 wird die medizinische Versorgung grundsätzlich rationieren, weil die Krankenkassen dann vor allem über die Preise und nicht über die Qualität im Wettbewerb stehen. Es wird in absehbarer Zeit nur noch wenige, wenn nicht sogar nur noch eine Krankenkasse, mit einem Basistarif geben. Viele Leistungen werden sich Versicherte dann dazukaufen müssen. Dies wird vor allem den ländlichen Raum treffen, in dem die Anforderungen an die Gesundheitsversorgung aufgrund der demografischen Entwicklung steigen.



**Glauben Sie, dass die ärztliche Honorarreform ab 2009 Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum hat?**



könnten sich aber ungerichtete Mitnahmeeffekte positiv auswirken.

**Jörg Trinogga, AOK Brandenburg:**

Das sollte wohl so sein. Aber der Schlüssel dafür hängt im Schlüsselkasten der Ärzteschaft, denn in die innerärztliche Honorarverteilung lassen sich die ärztlichen Körperschaften und die Standesorganisationen nicht hineinreden – einerseits. Andererseits haben die Krankenkassen jetzt bessere Möglichkeiten zu Vertragsabschlüssen außerhalb der bislang gegangenen Wege. Hier wird sich sicherlich ein Wettbewerb entwickeln, wobei für mich wichtig ist, dass dies ein Wettbewerb um die besseren Lösungen ist. Aber auch hier gilt: Mehr Geld bedeutet nicht automatisch und zwangsläufig mehr Qualität.

**Dr. Reinhard Dettmann, Bürgermeister Stadt Teterow:**

Wenn in den vergangenen Jahren Medizinabsolventen sich scheuten, auf dem flachen Land zu arbeiten, zieht es sie mittlerweile auch nicht mehr in kleine oder mittelgroße Städte. Die Gründe dafür sind unter anderem: Überstunden, schlechte Bezahlung, Ärger mit den Kassen. Deshalb geht der Nachwuchs lieber in die Forschung oder ins Ausland. Es gibt ernsthafte Bemühungen, den umgekehrten Weg einzuschlagen. Preisanreize für Ärzte in unterversorgten Gebieten im Rahmen der Honorarreform könnten positive Auswirkungen auf die Niederlassungsbereitschaft in diesen Regionen haben.

**Erik Bodendieck, Facharzt für Allgemeinmedizin:**

Die Honorarreform gleicht nur ein bisher bestehendes Defizit der ambulanten Vergütung aus. Niedergelassene Ärzte arbeiten im Quartal bis zu vier Wochen ohne Vergütung und behandeln ihre Patienten dennoch weiter. Außerdem wissen wir heute noch nicht, wieviel Netto von der Honorarreform bei den niedergelassenen Ärzten ankommen wird. Eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung wird damit aber sicher nicht erreicht.

**Till-Christian Hiddemann, Bundesministerium für Gesundheit:**

Durch die Honorarreform wird sich die Vergütung der Ärzte und die ärztliche Versorgung verbessern. Dadurch, dass die ärztlichen Leistungen ab dem Jahr 2009 mit den festen Preisen einer Euro-Gebührenordnung vergütet werden, erhöht sich die Kalkulierbarkeit des Honorars erheblich. Zudem werden die bisherigen Budgets abgelöst. Ab dem Jahr 2010 sind zur Steuerung des Niederlassungsverhaltens Preisanreize für Ärzte in unterversorgten Gebieten vorgesehen. Eine Übergangsregelung ermöglicht aber schon heute die Zahlung von Sicherstellungszuschlägen zum Abbau von Versorgungsengpässen in diesen Gebieten.

**Dr. Roland Stahl, Kassenärztliche Bundesvereinigung:**

Ja – im positiven Sinne. Es ist geradezu historisch, dass künftig das Morbiditätsrisiko bei den Krankenkassen angesiedelt sein wird. Eine Krankenkasse wird damit wieder zu einer Krankenkasse. In die ambu-

lante Versorgung werden ab 2009 rund 2,7 Milliarden Euro mehr gelangen. Das gleicht nicht die tatsächliche Unterfinanzierung von rund sieben Milliarden Euro aus, ist aber ein notwendiges Signal für die Ärzteschaft. Die deutliche Anhebung des Vergütungsniveaus Ost auf rund 95 Prozent des Niveaus West wird sicherlich dazu beitragen, dass die neuen Bundesländer als Standort für Mediziner wieder attraktiver werden.

**Dr. Hans-Joachim Helming, Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg:**

A priori führt die Honorarreform, welche eine an der Morbidität der Versicherten ausgerichtete Mittelbereitstellung zur Grundlage haben soll, nicht gleich zu strukturellen Verbesserungen. Hier müssen zunächst die Grundlagen geschaffen werden, dass die Mittel dem Versorgungsbedarf entsprechend von den Kassen bereitgestellt werden und letztlich durch die Struktur des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes auch beim behandelnden Arzt ankommen. Da beides derzeit nur rudimentär geregelt wird, kann speziell für den ländlichen Raum noch kein Effekt vorhergesehen werden. Im Einzelfall

## Im Rahmen der Gesundheits- und Pflegereformgesetze 2004 bis 2008 sollen folgende Maßnahmen den beschriebenen Herausforderungen im ländlichen Raum begegnen:

- Die Flexibilisierung der vertragsärztlichen Berufsausübung, zum Beispiel die Abschaffung der Altersgrenzen und die Verbesserung der Anstellungsmöglichkeiten in Arztpraxen.
- Die Steuerung des ärztlichen Niederlassungsverhaltens ab dem Jahr 2010 über Preisanreize bei der ärztlichen Vergütung.
- Die Entlastung des Arztes durch die Möglichkeit, bestimmte Tätigkeiten auf nichtärztliche Berufe zu übertragen.
- Die Vereinbarung von Sicherstellungszuschlägen für Krankenhäuser durch die Selbstverwaltungspartner oder abweichende Regelungen der Länder.

### Glauben Sie, dass diese Maßnahmen ausreichend sind?

#### **Till-Christian Hiddemann, Bundesministerium für Gesundheit:**

Wie bereits festgestellt, sind die vom Gesetzgeber beschlossenen Maßnahmen teilweise erst seit kurzer Zeit in Kraft oder werden erst noch in Kraft treten. Priorität hat jetzt die Begleitung der Umsetzung dieser Maßnahmen. Dann wird zu gegebener Zeit zu prüfen sein, ob hierzu eine Nachsteuerung notwendig ist und unter Umständen weitere Maßnahmen zielführend sind.

#### **Dr. Roland Stahl, Kassen- ärztliche Bundesvereini- gung:**

Entscheidend wird letztlich die gesellschaftspolitische Wertefrage sein: Wie viel soll uns unsere Gesundheit wert sein? Wenn wir weiterhin eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Versorgung haben wollen, müssen wir auch bereit sein, dafür einen Preis zu zahlen. Insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung müssen wir uns über die Finanzierung ganz neue grundsätzliche Gedanken machen. Alle Gesetze und Maßnahmen sind nur Tropfen auf den heißen Stein, wenn die Finanzierung nicht stimmt.

#### **Dr. Reinhard Dettmann, Bürgermeister Stadt Teterow:**

Die im Rahmen der Gesundheits- und Pflegereformgesetze beschlossenen Maßnahmen werden zu einer Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum führen. Erste Versuche, etwa „Schwester AGnES“ (siehe Seite 25) wurden auch von den Medien positiv begleitet.

#### **Dr. Hans-Joachim Helming, Kassenärztliche Vereini- gung Brandenburg:**

Sowohl über die flexiblen Tätigkeitsstrukturen als auch durch die Vergütungsanreize für ländlich tätige Niedergelassene kann nun auf den Versorgungsbedarf reagiert werden. Das größte Potenzial zum Vorteil der Patienten sehe ich jedoch in den Kooperationen zwischen klinischen und ambulanten Versorgungsstrukturen! Weniger praxisrelevant werden dagegen die Gemeindegewestern – auch wenn dies ideologisch hochstilisiert wird – und die Aufhebung der „Zwangsverrentung“ der Ärzte mit 68 Jahren sein.

#### **Erik Bodendieck, Facharzt für Allgemeinmedizin:**

Verbesserte Anstellungsmöglichkeiten und eine Entlastung durch nichtärztliche Berufe bringen nur eine marginale Entlastung der Ärzte auf dem Land. Finanzielle Anreize

wirken nur dann, wenn es überhaupt Interessenten gibt. Zurzeit haben wir mehr freie Arztstellen als Bewerber in Deutschland, weil die Absolventen der Medizin lieber in andere Berufe oder ins Ausland gehen. Dafür sind neben der Vergütung auch die Bürokratie und die ständige politische Diffamierung des ärztlichen Berufsstandes verantwortlich.

#### **Jörg Trinogga, AOK Brandenburg:**

Die Veränderung der Altersgrenze ist eher Kosmetik: Die Falten verschwinden nicht, sondern werden überdeckt. An der Frage, in welchen Formen medizinische Berufe ausgeübt werden, muss in der Tat gearbeitet werden. Alle anderen genannten Punkte sind einzelne Steine im großen Mosaik. Ein Mosaik gelingt nur, wenn man die passenden Steine in die richtige Konstellation bringt. Ich meine, dass wir noch längst nicht alle Steine haben, die wir brauchen - und würde gern das Muster vorher kennen.



**Wie sollte, unabhängig von gesundheitspolitischen Maßnahmen, Ihrer Meinung nach zur Lösung des Problems beigetragen werden?**

**Till-Christian Hiddemann,  
Bundesministerium für  
Gesundheit:**

Im März 2008 hat die Bundesregierung die interministerielle Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“ eingesetzt und sie beauftragt, bis Ende 2008 ein abgestimmtes Handlungskonzept zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume vorzulegen. Zentrales Ziel ist dabei die Koordinierung der verschiedenen Politikbereiche. Die Arbeitsgruppe wird in Kürze ihren Bericht vorlegen, so dass das Bundeskabinett noch in diesem Jahr einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Danach werden Gespräche mit den Ländern über sie berührende Punkte zu führen sein.

**Dr. Roland Stahl, Kassen-  
ärztliche Bundesvereini-  
gung:**

Studenten, die heute das Medizinstudium ergreifen, ist bewusst, dass sie sich später einmal großer Nachfrage erfreuen werden. Sie können sich aussuchen, wo sie arbeiten wollen: Im Ausland, im Krankenhaus in Deutschland oder in der Praxis, angestellt oder selbstständig. Doch nur, wer ihnen als Arbeitgeber gute Rahmenbedingungen bietet, hat eine Chance. Hier steht aber die gesamte Gesellschaft in der Verantwortung. Denn wichtig sind auch Standortfaktoren wie Schulen für die Kinder und kulturelle Angebote. Hier sind Kommunen und Kreise gefragt, mit uns gemeinsam gute Standortbedingungen zu schaffen.

**Dr. Hans-Joachim Helming,  
Kassenärztliche Vereini-  
gung Brandenburg:**

Lösungen der Versorgungsprobleme – insbesondere im ländlichen Raum – können nur auf der Basis geeigneter Rahmenbedingungen entwickelt werden. Dafür jedoch ist und bleibt der Gesetzgeber verantwortlich! Neben den finanziellen und strukturellen Anreizen für eine ambulante ärztliche Tätigkeit gilt es, die Lebensbedingungen auf dem Lande attraktiver zu gestalten und dafür zu sorgen, dass auch junge Menschen sesshaft bleiben beziehungsweise werden. Letztlich sollte der Arztberuf nicht weiter öffentlich entwertet werden, damit wieder mehr junge Ärzte in die Versorgung gehen, statt ins Ausland oder in die Industrie.

**Jörg Trinogga,  
AOK Brandenburg:**

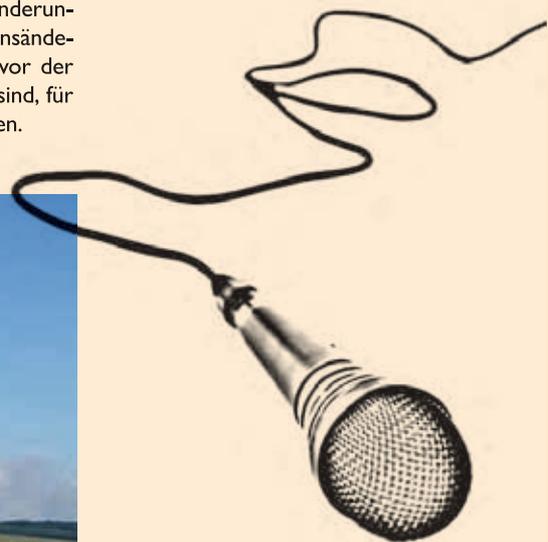
Ich glaube, dass es in Versorgungsfragen immer Unterschiede zwischen dem städtischen und dem ländlichen Raum geben wird. Diese Unterschiede müssen aber so minimiert werden, dass sie für die Lebensqualität der Menschen nicht mehr entscheidend sind. Dafür müssen wir radikaler denken, mit Einzelmaßnahmen kommen wir nicht weiter. Denkverbote bei der Lösung von Problemen behindern da nur! Entscheidend wäre ein Katalog von Strukturveränderungen bis zu Einstellungs- und Verhaltensänderungen. Und wir dürfen uns nicht vor der Frage drücken, wie viel wir bereit sind, für eine ordentliche Versorgung zu zahlen.

**Dr. Reinhard Dettmann,  
Bürgermeister Stadt Teterow:**

Im Rahmen der sich etablierenden Gesundheitswirtschaft, die ökonomisches Interesse mit der Verbesserung der präventiven Angebote für alle Altersgruppen verbindet, kann sich auch das Gesundheitsbewusstsein der Bürger positiv entwickeln. Es ist unbestritten, dass die private Vorsorge einen zunehmend wichtigen Anteil an der Gesunderhaltung der Bevölkerung erlangen wird.

**Erik Bodendieck, Facharzt  
für Allgemeinmedizin:**

Grundsätzlich sollten die Rahmenbedingungen für die ärztliche Tätigkeit verbessert werden. Das heißt: weniger Bürokratie und dadurch mehr Zeit für Patienten. Denn fast 30 Prozent unserer Arbeitszeit widmen wir Formularen, insbesondere denen der Krankenkassen, und nicht dem Patienten. Immer öfter muss ich mich gegenüber den Krankenkassen rechtfertigen und darlegen, warum ich einen Patienten in einer bestimmten Weise behandelt habe.



# Mecklenburgische Seenplatte setzt auf „zentrale Gesundheitshäuser“

Von Christoph Kaufmann

**In weiten Bereichen der Mecklenburgischen Seenplatte ist die medizinische Unterversorgung bereits Realität. Ein neues regionales Leitbild soll dem entgegenreten: Wird eine bestimmte Versorgungsgrenze unterschritten, übernehmen „zentrale Gesundheitshäuser“ die ambulante medizinische Versorgung in der Region.**

In der ländlichen, peripheren Region Mecklenburgische Seenplatte machen sich zwei Phänomene des demografischen Wandels besonders bemerkbar: Die Alterung der Gesellschaft mit einer steigenden Multimorbidität (Mehrfacherkrankung) des Patientenstamms führt zu einer größeren Nachfrage nach medizinischen Leistungen. Und auch die niedergelassenen Ärzte werden älter und steigen schließlich – immer häufiger ohne Nachfolger – aus dem Berufsleben aus. Dieser Prozess hat bereits vielfach zu einer Unterversorgung vor allem im hausärztlichen Bereich geführt.

## Das Leitbild „Zentrale Gesundheitshäuser für den ländlichen Raum“

Im Rahmen eines Modellvorhabens der Bundesraumordnung mit dem Titel „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen in den neuen Ländern“ wurde die hausärztliche Versorgungssituation in der Mecklenburgischen Seenplatte bereits 2003 analysiert. Die daraus abgeleiteten

Strategieempfehlungen wurden zu einem Leitbild für die Region weiterentwickelt: Bei medizinischer Unterversorgung sollen so genannte „Zentrale Gesundheitshäuser für den ländlichen Raum“ in zentralen Orten errichtet werden und die ambulante medizinische Versorgung des Nahbereichs übernehmen. Der Ärztebedarf einer Region wird durch die Bedarfsplanungs-Richtlinie der Kassenärztlichen Bundesvereinigung festgelegt. Eine Unterversorgung liegt vor, wenn der Bedarf um mehr als 25 Prozent unterschritten wird.

## Vorteile für Patienten und Ärzte

Natürlich kommen auch diese Gesundheitshäuser als „kleine Schwestern“ der Polikliniken aus der DDR-Vergangenheit nicht ohne Ärzte aus. Vorteile sollen durch die Zusammenarbeit mehrerer Haus- und Fachärzte in den Gesundheitshäusern und durch Kopplungen mit anderen sozialen Dienstleistungen wie Pflege und Betreuung entstehen. So können die Arbeitsorgani-

## Zahlreiche Akteure vereint

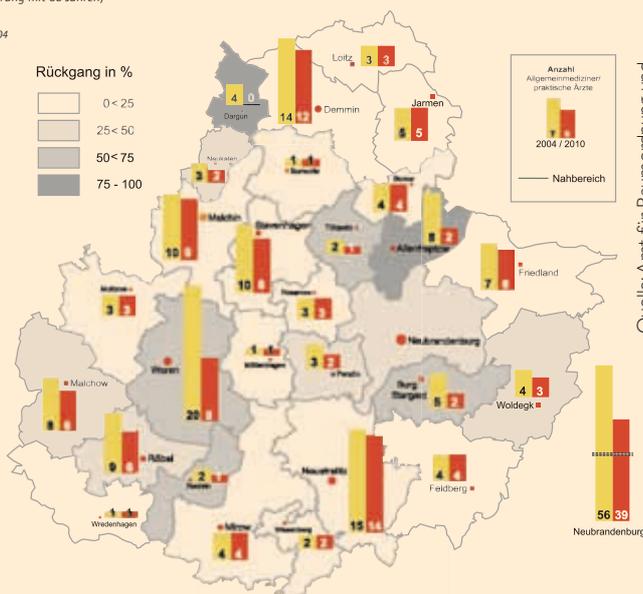
Zur Umsetzung des Leitbildes werden – ergänzt um die betroffenen Bürgermeister – dieselben Akteure als regionale Arbeitsgruppe zusammengeführt, die bereits bei dessen Erarbeitung Partner waren. Dabei hat sich die Zusammenarbeit der querschnittsorientierten Regional- und Kreisplaner mit den sektoral ausgerichteten Fachexperten unter Moderation der Regionalplanung bewährt. Neben der Regional- und Kreisplanung sind Vertreter des Sozialministeriums, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärztekammer, die Leiter der kreislichen Gesundheitsämter, Hochschulprofessoren, Hausärzte und Bürgermeister in der Arbeitsgruppe vertreten. Die direkte Anbindung an den regionalen Planungsverband stärkt das Problembewusstsein im politischen Raum und gibt den Akteuren die nötige Legitimation.

## Rechtzeitig handeln!

Noch sind Zeit, Personal und Mittel vorhanden, um die notwendigen Anpassungsprozesse an den demografischen Wandel aktiv zu gestalten, statt dessen Auswirkungen passiv zu erleiden. Die Region Mecklenburgische Seenplatte hat ihre Vorreiterrolle zur Schaffung intelligenter, flexibler und kosteneffizienter Strukturen bereits angenommen; dies gilt übrigens nicht nur für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, sondern auch für die schulische Bildung, Kindertagesbetreuung und Altenpflege sowie im öffentlichen Nahverkehr.

Prognose der Verteilung der Hausärzte 2004–2010 in der Region Mecklenburgische Seenplatte (Pensionierung mit 65 Jahren)

Stand 1/2004



Quelle: Amt für Raumordnung und Landesplanung Mecklenburgische Seenplatte

## Mehr Informationen:

Christoph Kaufmann  
 Regionaler Planungsverband  
 Mecklenburgische Seenplatte –  
 Geschäftsstelle  
 Dezernat Regionalplanung  
 Telefon: 03 95 / 77 75 51-109  
 christoph.kaufmann@afrlms.mv-regierung.de  
 www.region-seenplatte.de

# Schleswig-Holstein: Wo Gesundheit und Markt zusammentreffen

Von Ingwer Seelhoff

**Der Landarzt schließt seine Praxis – für die Menschen im idyllischen Beidenfleth wurde diese Schreckensvision von einem Tag auf den anderen Wirklichkeit. Doch Gemeinde und Bürger im Südwesten Schleswig-Holsteins verzweifelten nicht: Sie erweiterten mit Unterstützung des Landes das schleswig-holsteinische Erfolgsmodell „MarktTreff“ um einen „GesundheitsTreff“.**

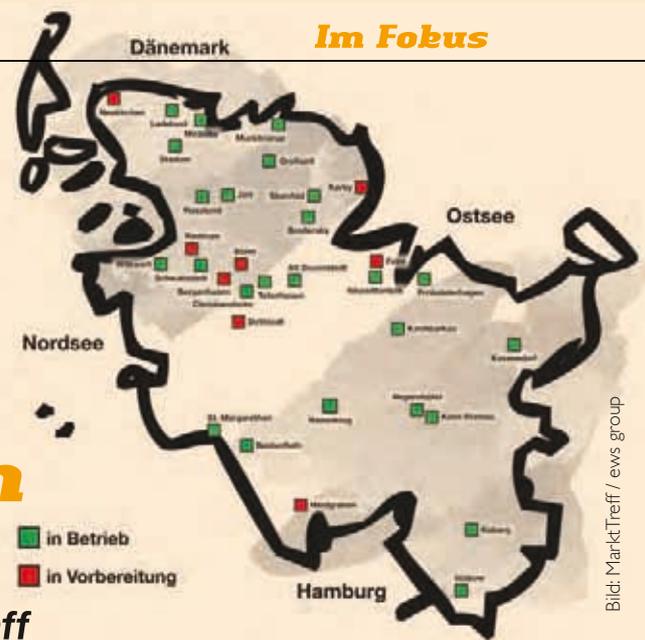


Bild: MarktTreff / ews group

Um die Grundversorgung im ländlichen Raum zu erhalten, hat Schleswig-Holstein bereits 1999 die Initiative ergriffen. Mit Partnern aus den Regionen, aus Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft entwickelte die Landesregierung das Modell MarktTreff – mit Erfolg: Bereits 25 dieser Zentren bieten heute ein umfangreiches Angebot, vom Einkaufsladen über vielfältige Dienstleistungen bis hin zu Treffmöglichkeiten – stets maßgeschneidert für die jeweilige Gemeinde (siehe Grafik). Die Entwicklungs- und Investitionskosten der MarktTreffs werden mit EU-, Bundes- und Landesmitteln bezuschusst. Neue MarktTreffs werden in Schleswig-Holstein über die AktivRegionen im Rahmen des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum initiiert (siehe auch LandInForm, Ausgabe 2/2008).

## GesundheitsTreffs: Aus der Not eine Tugend machen

Einige Gemeinden haben die Gesundheitsversorgung bereits in ihren MarktTreff integriert – so auch Beidenfleth. „Mit dem neuen Angebot, das DRK-Sozialstation, Physiotherapiepraxis und Allgemeinarztpraxis-Dependance unter einem Dach bündelt, sorgen wir für ein gutes Stück Lebensqualität in unserem Dorf“, sagt Peter Krey, Bürgermeister der 930-Einwohner-Gemeinde. In lediglich neun Monaten haben es engagierte Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Kommune, Amt Wilstermarsch, Kassenärztlicher Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH), dem landesweiten MarktTreff-Projektmanagement sowie den beteiligten Gesundheitsdienstleistern geschafft, durch die Integration des GesundheitsTreffs die Gesundheits-

versorgung im Ort aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig wurde damit der MarktTreff als lebendiger Dreh- und Angelpunkt im Dorf gestärkt.

## Beratung, Prävention und Behandlung unter einem Dach

Jeder Anbieter hat im GesundheitsTreff seinen eigenen räumlichen Arbeitsbereich, während Flur, Empfang, WC usw. gemeinsam genutzt werden können. Durch die Bündelung unterschiedlicher Dienstleistungen hat die Gemeinde kleinräumige und damit für die Mieter wirtschaftliche Lösungen geschaffen. „Wir möchten mit unseren Angeboten nicht nur Senioren, sondern ganze Familien in den GesundheitsTreff ziehen“, betont Ulrike Janssen-Komoß, Leiterin der DRK-Sozialstation. Physiotherapeut Stefan Bader, der im Nachbarort Dammfleth wohnt, bietet außer Behandlungen auch Gymnastikkurse und therapeutisches Reiten an. Ulrich Fiedler, Facharzt für Allgemeinmedizin aus Brande-Hörnerkirchen, hält in seiner Zweitpraxis im GesundheitsTreff an zwei Nachmittagen Sprechstunden ab. „Durch die Bündelung von Beratung, Prävention, Betreuung, Diagnose und Therapie in GesundheitsTreffs kann ein wichtiger Beitrag zur Gesundheitsversorgung geleistet werden“, bestätigt Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein.

## Ein Konzept setzt sich durch

Auch in anderen MarktTreff-Standorten haben sich bereits einzelne Angebote der medizinischen Grundversorgung etabliert. So

zum Beispiel in Ladelund und Schwabstedt (Kreis Nordfriesland), in Kirchbarkau (Kreis Plön) und in Munkbrarup (Kreis Schleswig-Flensburg). Im Alt Duvenstedter MarktTreff (Kreis Rendsburg-Eckernförde) liegt am neuen Dorfplatz mit MarktTreff und Feuerwehr auch die Arztpraxis, in der zwei Mediziner praktizieren. In den MarktTreff-Räumlichkeiten gibt es regelmäßig Untersuchungen und medizinische Weiterbildungsveranstaltungen. Der Alt Duvenstedter Verein „Gesundheit – Natur – Umwelt GNU e.V.“ kümmert sich unter dem Dach des MarktTreffs insbesondere um Gesundheitsprävention, wie zum Beispiel mit seinen Nordic-Walking-Angeboten für verschiedene Zielgruppen.



Bild: MarktTreff / ews group



## Mehr Informationen:

Ingwer Seelhoff  
Projektmanagement MarktTreff  
Geschäftsführer ews group gmbh  
Telefon: 0451 / 48 05 50  
seelhoff@ews-group.de  
www.markttreff-sh.de

# Rund um die Uhr für Patienten da

Von Juliane Mante



Bild: Manuela Gewiese

**Als Wolfgang Blank sich vor zehn Jahren entschloss, eine Landpraxis zu eröffnen, lauteten seine vordringlichsten Ziele: Persönliche Betreuung auf medizinisch und menschlich hohem Niveau und ständige Präsenz für Notfälle. Mit welchem Konzept diese Ziele im ländlichen Raum erfolgreich umgesetzt werden können, zeigt der folgende Beitrag.**

Die Gemeinde Kirchberg zählt 4.300 Einwohner und liegt abseits der Zentren in der Ferienregion „Bayerischer Wald“. Für den Weg zum nächstgelegenen Krankenhaus müssen die Patienten 20 Kilometer zurücklegen, Spezialisten gibt es erst in der 10 Kilometer entfernten Kreisstadt Regen. Das hat den Allgemeinmediziner Wolfgang Blank aber nicht abgeschreckt. Im Gegenteil: Er hat eine Praxis aufgebaut, die genau den Bedingungen des ländlichen Raums Rechnung trägt und ist damit erfolgreich.

## Der Patient steht im Mittelpunkt

Ein Grund dafür, warum Wolfgang Blank keine Stadtpraxis eröffnen wollte, war die Tatsache, dass eine möglicherweise anonyme Patientenabfertigung nicht in seine Vorstellung vom Beruf des Hausarztes passt. Wichtig ist ihm, in ländliche Strukturen und Netzwerke eingebunden zu sein, woraus eine vielfach enge Bindung an seine Patienten resultiert. Die Philosophie hinter dem von ihm entwickelten Praxiskonzept stellt den Patienten in das Zentrum der Bemühungen. Bestmögliche medizinische Versorgung auf hohem Qualitätsniveau und eine ständige Erreichbarkeit haben für ihn und seine Mitarbeiter oberste Priorität.

## Gemeinschaftspraxis als Lösung

Wie aber können diese Prinzipien gerade auf dem Land mit seinen bekannten Strukturproblemen realisiert werden? Allein sind solche Ansprüche an eine gute und zufriedenstellende Arbeit nicht umsetzbar. Grundlage dafür ist ein verlässliches Praxisteam. So hat sich die von Wolfgang Blank gegründete Praxis im Laufe der Zeit zunehmend erweitert. Zwei weitere Fachärzte für Allgemeinmedizin – Dr. Thomas Oldenburg und Jörg Schüren – und fünf Arzt-

helferinnen vervollständigen das Praxisteam. Eine wichtige Voraussetzung für das Konzept der Praxis: Die Möglichkeit, sich gegenseitig ärztlich zu vertreten, sich regelmäßig fachlich auszutauschen und Arbeiten im Team zu delegieren. Auf diese Weise arbeiten die Mitarbeiter im Team perfekt Hand in Hand.



Bild: Olaf Herrmann

## Ständig vor Ort und doch mobil

Durch die Erweiterung des Teams ist die Praxis außer sonntags praktisch rund um die Uhr für ihre Patienten da. Betriebsferien gibt es nicht, da die drei Hausärzte ihre Urlaubsplanung aufeinander abstimmen. Nachts und sonnabends stehen die Ärzte abwechselnd in Bereitschaft.

Ein weiterer wichtiger Punkt, gerade auf dem Lande: Auch Patienten, die nicht mobil sind, profitieren von der umfassenden medizinischen Versorgung. Neben den Ärzten kümmern sich die medizinischen Fachangestellten, von denen drei in Vollzeit und zwei in Teilzeit arbeiten, intensiv um die häusliche Versorgung der Kranken. Sie übernehmen alle delegierbaren Tätigkeiten, also alle Arbeiten, die keine Therapieentscheidung beinhalten. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Betreuung chronisch Kranker und der Nachbehandlung von Patienten. Eine Rundumversorgung auch Schwerkranker ist so im häuslichen Bereich möglich.

## Qualitätsmanagement ist selbstverständlich

Um die Versorgung der Patienten auf gleichbleibend hohem Niveau zu gewährleisten, stehen zahlreiche Aktivitäten auf der Tagesordnung, angefangen von wöchentlichen Teamsitzungen bis hin zu regelmäßigen strukturierten Mitarbeiterschulungen und Evaluierungen. Das Konzept geht auf, wie die EPA-Zertifizierung der Stiftung Praxistest von 2004 und 2007 beweist (EPA: Europäisches Praxisassessment): In den Bereichen Qualität, Sicherheit und Information schnitt die Praxis hier mit „sehr gut“ ab. Mit ihrer Gemeinschaftspraxis zeigen Wolfgang Blank und seine Mitarbeiter, dass auf dem Lande eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau dauerhaft zu gewährleisten ist.

## Mehr Informationen:

Dr. med. Wolfgang Blank  
Gemeinschaftspraxis Kirchberg  
Telefon: 0 99 27 / 44 |  
info@gemeinschaftspraxis-kirchberg.de  
www.gemeinschaftspraxis-kirchberg.de



Bild: Olaf Herrmann



Bild: Institut für Community Medicine

# AGnES entlastet den Hausarzt

Von Neeltje van den Berg und Wolfgang Hoffmann

**Während die Anzahl der niedergelassenen Hausärzte besonders in ländlichen Regionen sinkt, steigt infolge der zunehmenden Zahl älterer Patienten der Bedarf an ärztlicher Versorgung. Hier setzt das AGnES-Konzept an: Qualifizierte Praxiskräfte übernehmen auf Delegationsbasis Hausbesuche bei den Patienten und entlasten damit die Hausärzte.**

Etwa ein Drittel der niedergelassenen Hausärzte in den östlichen Bundesländern wird bis 2011 in den Ruhestand treten. Die Nachfolge ist oft nicht gesichert, so dass in einigen Regionen in naher Zukunft Lücken in der hausärztlichen Versorgung zu erwarten sind oder bereits heute bestehen. Gleichzeitig lässt der demografische Wandel den Bedarf an ärztlicher Versorgung steigen: Der Anteil der älteren Menschen nimmt zu und damit das Auftreten von altersassoziierten chronischen Erkrankungen sowie von Multimorbidität, also von mehreren Krankheiten, die gleichzeitig bestehen. Erschwert wird die Versorgung dieser Patienten durch ihre altersbedingt abnehmende Mobilität.

## **AGnES schließt die Lücke**

Vor diesem Hintergrund hat das Institut für Community Medicine der Universität Greifswald im Jahr 2005 das AGnES-Konzept entwickelt. AGnES steht für Arztentlastende, Gemeindefahe, E-Healthgestützte, Systemische Intervention und wurde bereits in mehreren Projekten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt erprobt und ausgewertet. Die Projekte werden zum größten Teil aus dem Europäischen Sozialfonds und aus Mitteln der jeweiligen Bundesländer finanziert.

In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt sind auch die Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen finanziell und inhaltlich beteiligt.

## **Mobile Fachkräfte für Diagnostik und Therapie**

Im Zentrum der Projekte steht die Übernahme geeigneter Hausbesuche durch qualifizierte nicht-ärztliche PraxismitarbeiterInnen (z. B. Pflegefachkräfte und Arzthelferinnen). Die so genannten AGnES-Fachkräfte übernehmen dabei von den Hausärzten delegierte diagnostische und therapeutische Tätigkeiten. Zusätzlich werden die Fachkräfte unter anderem in Arzneimittelkontrolle, Sturzprävention, Palliativmedizin, Telemedizin und geriatrischem Assessment (Ermittlung kognitiver, physischer, psychischer und sozialer Fähigkeiten, Ressourcen und Defizite älterer Patienten) geschult. Pflege gehört ausdrücklich nicht zu den Tätigkeiten der AGnES-Fachkräfte.

## **Hohe Akzeptanz bei allen Beteiligten**

Bisher haben 44 Hausärzte, 40 Krankenschwestern und Arzthelferinnen und etwa 1.500 Patienten mit einem Durchschnittsalter von 78 Jahren an einem der AGnES-Projekte teilgenommen, über 10.000 Hausbesuche wurden durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen eine hohe Akzeptanz des Konzeptes bei Ärzten und Patienten. 90 Prozent der teilnehmenden Hausärzte sind der Meinung, dass das AGnES-Konzept sich entlastend auf ihre Tätigkeiten auswirkt. Die Zusammenarbeit zwischen dem Hausarzt und der AGnES-Fachkraft ermöglicht somit auch die hausärztliche Versorgung einer höheren Patientenzahl. 95 Prozent der teilnehmenden

Patienten können sich vorstellen, dass eine AGnES-Fachkraft Hausbesuche übernimmt und der Hausarzt nur bei dringendem medizinischem Bedarf tätig wird.

## **Modell geht in die Regelversorgung**

Um das AGnES-Konzept erfolgreich in der Regelversorgung einzusetzen, ist eine passgenaue Qualifizierung der Fachkräfte von zentraler Bedeutung. Hierfür wurde auf der Basis der Projektergebnisse ein spezielles AGnES-Curriculum entwickelt. Im März 2008 wurde im Rahmen des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes durch eine Änderung im 5. Sozialgesetzbuch (§87 2b) der Weg für die Übernahme des AGnES-Konzeptes in die Regelversorgung geebnet. Ab dem 1.1.2009 ist AGnES in der regulären medizinischen Versorgung vorgesehen. Bis dahin müssen die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen eine Vergütungsregelung für die Tätigkeiten der AGnES-Fachkräfte in den hausärztlichen Leistungskatalog aufgenommen haben.

## **Mehr Informationen:**

Dr. rer. med. Neeltje van den Berg  
Klinikum der Ernst-Moritz-Arndt  
Universität Greifswald, AÖR  
Institut für Community Medicine  
Telefon: 038 34 / 86 77 71  
matthias.schmidt@uni-greifswald.de  
neeltje.vandenbergh@uni-greifswald.de



# Südbrandenburg: Versorgungssicherheit durch Vernetzung

Von Carsten Jäger

**Das südliche Brandenburg ist besonders von Ärztemangel betroffen. Um auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ihrer Patienten zu garantieren, haben sich über 50 Mediziner zu einem regionalen Ärztenetzwerk zusammengeschlossen – und gleich zahlreiche Partner aus dem Gesundheitswesen mit ins Boot geholt.**

**M**it derzeit mehr als 50 Ärzten sind rund die Hälfte der niedergelassenen Ärzte aus dem Kreis Elbe-Elster und einem Teil des Kreises Oberspree-Lausitz in der Ärztenetz Südbrandenburg GbR (ANSB GbR) zusammengeschlossen. Die enge Vernetzung der niedergelassenen Kollegen in dem von Dr. Andreas Hagenow 2004 initiierten Ärztenetzwerk wird von Kooperationen zwischen den ortsansässigen Kliniken, Reha-Einrichtungen, Pflegediensten und diversen anderen Partnern flankiert. Die Managementaufgaben wie Modellentwicklung, Projektierung, Vertragsgestaltung mit Kostenträgern, Abrechnung etc. übernimmt eine zu diesem Zweck gegründete Managementgesellschaft, die ANSB Consult GmbH.

## **IT-Plattform als Schnittstelle**

Zentrales Instrument der Kooperation bildet eine eigens für das Ärztenetz entwickelte IT-Plattform namens Curanet Managed Care Solution. Über diese können nicht nur eine zentrale Patientenakte und eine Übersicht der verordneten Medikamente abgerufen werden, sondern auch medizinische Leitfäden. Von Expertenteams aus Haus- und Fachärzten für bestimmte Krankheitsbilder entwickelt, garantieren diese eine schnelle und effektive Behandlung über die Praxisgrenzen hinweg. Die so genannten „Behandlungspfade“ orientieren sich dabei strikt am Patienten bzw. seiner Krankheit und binden neben Haus- und Fachärzten auch andere Sektoren wie Kliniken oder Pflegedienste ein.

Der Hausarzt hat eine zentrale Steuerungsfunktion und verfügt über die Möglichkeit, direkt auf den Terminkalender seiner Fachkollegen zuzugreifen und so kurzfristige Termine für seine Patienten zu reservieren. Bei besonders schweren Fällen wird der Hausarzt durch die Versorgungsmanager

des Netzwerkes unterstützt, die in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Krankenkassen zum Beispiel Termine mit Rehabilitationseinrichtungen vereinbaren oder die zur Genesung notwendigen Hilfsmittel besorgen.

## **Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung als Partner**

Nach vier Jahren strukturbildender Arbeit der niedergelassenen Ärzte konnte im Mai 2008 ein bis dahin bundesweit einzigartiger Versorgungsvertrag mit der AOK Brandenburg und der Barmer Ersatzkasse abgeschlossen werden. Beide Vertragspartner unterstützen das Ärztenetz im Rahmen dieses Vertrages sowohl finanziell als auch strukturell. Zurzeit haben sich mehr als 4.500 Versicherte in den Vertrag mit dem Namen „ProMEDplus“ eingeschrieben. Die Patienten profitieren neben einer qualitätsgesicherten Behandlung von einer schnelleren Terminvergabe beim Facharzt. Die Krankenkassen honorieren ihren Versicherten die Einschreibung mit finanziellen Boni.

Im Rahmen von ProMEDplus wird den niedergelassenen Ärzten von den Krankenkassen schrittweise auch die finanzielle Verantwortung für die Versorgung der Patienten übertragen. Anders als beispielsweise in Süddeutschland setzen die Ärzte hier außerdem auf die Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Brandenburg. Die Managementgesellschaft der KV, die KV COMM, ist wichtiger Vertragspartner und Dienstleister. Sie übernimmt beispielsweise die Vertragsabrechnung und berät die ANSB GbR in Sachen Unternehmensentwicklung.



Von hinten links: Dr. Andreas Hagenow (Initiator des ANSB), Ingo Heiland (AOK Brandenburg), Ralph Heger (Barmer); Vorn von links: Jens Zierz (Geschäftsführer des ANSB) und Doreen Engler (Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg).

## **Gute Versorgungsqualität trotz Ärztemangel**

Mehr Ärzte werden durch diese Maßnahmen sicherlich nicht in die Region gelockt werden. Doch haben die ansässigen Mediziner frühzeitig die Initiative ergriffen, um trotz schwieriger Ausgangsbedingungen auch in Zukunft eine ausreichende und qualitativ gute medizinische Versorgung sicherzustellen.

## **Mehr Informationen:**

Carsten Jäger  
ANSB Consult GmbH  
Telefon: 035 33 / 48 95 73  
c.jaeger@ansb.de  
www.ansb-consult.de

# MVZ Belzig: Fachübergreifend, teamorientiert, patientenfreundlich



Von Lutz Freiberg

**Das Medizinische Versorgungszentrum Belzig vereint verschiedene Fachärzte unter einem Dach. Daneben sorgen Zweigpraxen in kleineren Orten dafür, dass auch weniger mobile Menschen in der brandenburgischen Region nicht von der medizinischen Grundversorgung abgeschnitten werden.**

Ein Arzt, der seine ambulante medizinische Tätigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung in Rechnung stellen will, benötigt eine so genannte vertragsärztliche Zulassung. Diese wird auf Grundlage der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) erteilt. Um Einrichtungen mit einem breiteren Spektrum von ärztlichen Spezialdisziplinen zu fördern, erlaubt es der Gesetzgeber im Rahmen des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) seit 2004, dass auch fachübergreifende, ärztlich geleitete Einrichtungen, in denen Ärzte als Angestellte tätig sind, zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung neu zugelassen werden können.

## **Die Chance genutzt!**

Diese gesetzliche Neuregelung schuf die Voraussetzungen für die Gründung der heutigen MVZ Belzig GmbH: Engagierte niedergelassene Ärzte, Mediziner des Kreiskrankenhauses Belzig, die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg sowie der Träger des Kreiskrankenhauses gründeten im Jahr 2004 den Verein Integrierte Versorgung Belzig e.V. (IVB). Unter dessen Trägerschaft entstand zwei Jahre später am Standort des Kreiskrankenhauses das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) Belzig. Ziele und Visionen des IVB werden auch durch den heutigen Träger des MVZ, die Johanniter-Krankenhaus im Fläming GmbH, weiterverfolgt.

## **Fachärzte für das Team-Arzt-Modell gewonnen**

Tragende Idee des MVZ ist das Team-Arzt-Modell. Es sieht vor, dass ein Team aus ambulant und stationär tätigen Fachärzten die

Behandlung der Patienten organisiert. Die vorhandenen medizinischen, medizintechnischen, infrastrukturellen und räumlichen Ressourcen werden dabei von den Ärzten gemeinsam genutzt. Für das Gelingen des Modells war es vor allem wichtig, ambulant tätige Fachärzte, deren Spezialisierung im Altkreis Belzig nicht oder nicht ausreichend vertreten war, im MVZ anzustellen. Durch das Angebot, angestellt tätig zu werden, und zwar auch in Teilzeit, konnten Ärzte bzw. Ärztinnen für die ambulante Tätigkeit in der Region gewonnen werden, die aus den verschiedensten Gründen nicht in eigener Niederlassung arbeiten wollten. So sind im MVZ derzeit die Fachrichtungen Chirurgie, Augenheilkunde und Allgemeinmedizin vertreten. Kooperationsprechstunden werden zudem von Orthopäden, Diabetologen und Nephrologen abgehalten.

## **Vorteile für Ärzte und Patienten**

Die Bündelung und Verzahnung der medizinischen Versorgungsangebote hat sowohl für die ortsansässigen Ärzte als auch für die Patienten viele Vorteile:

- Die kurzen Wege zwischen den Spezialisten ermöglichen eine ganzheitliche Betreuung der Patienten.
- Vorteile entstehen durch die gemeinsame Nutzung bereits vorhandener bzw. neu geschaffener Einrichtungen am Krankenhaus, etwa des Schulungszentrums.
- Die Vernetzung der Ärzte ermöglicht eine bessere Kommunikation über Sektorengrenzen hinweg und erlaubt die ständige Evaluation der Prozessabläufe bei den Behandlungen.

- Durch zeitlich flexible Anstellungsverhältnisse kann auf den jeweiligen Versorgungsbedarf der Region und persönliche Präferenzen der Ärzte reagiert werden.

## **Zweigpraxen für weniger Mobile**

Zusätzlich sind insbesondere die Allgemeinmediziner in ein Konzept der dezentralen Absicherung von Versorgungsangeboten in der Region eingebunden: Mit Sprechstunden in Zweigpraxen wird die ambulante medizinische Grundversorgung in den kleineren Orten der Region punktuell und bedarfsgerecht abgesichert. Damit wird besonders älteren, weniger mobilen Patienten ermöglicht, trotz schlechter infrastruktureller Bedingungen (ÖPNV) die notwendige medizinische Betreuung in Anspruch zu nehmen.

## **Mehr Informationen:**

Lutz Freiberg  
Kassenärztliche Vereinigung  
Brandenburg  
Telefon: 03 31 / 230 93 45  
info@kvbb.de



Bild: Leader+ Rede Portuguesa

# Portugal: Wo die Kranken- station zum Patienten kommt

Von Rui Batista

**Für zahlreiche Menschen in den dünn besiedelten Bergregionen Portugals ist der Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen äußerst schwierig. Die Organisation ADRIMAG hat sich vorgenommen, dies zu ändern. Drei mobile Krankenstationen sorgen seit kurzem dafür, dass die medizinische Versorgung zu den Patienten kommt.**

In Portugals Bergregionen gibt es zahlreiche weit von den urbanen Zentren entfernte, abgelegene Dörfer. Gesundheitseinrichtungen und Apotheken sind hier dünn gesät, und es fehlt an Fachpersonal, insbesondere an Ärzten. Aufgrund schlechter Wege, begrenzter Beförderungsmöglichkeiten und weiter Entfernungen sind die vorhandenen Gesundheitseinrichtungen oft nur schwer zu erreichen. Verschärft wird die Situation durch den hohen Anteil älterer Menschen, deren Bedarf an medizinischen Leistungen in der Regel höher ist. Auch können aufgrund des geringen Einkommensniveaus nur wenige Menschen Privatsprechstunden in Anspruch nehmen.

## Eine Initiative macht mobil

Die gemeinnützige Organisation ADRIMAG (siehe Infokasten) hat sich zum Ziel gesetzt, die Basisgesundheitsversorgung der Bevölkerung zu verbessern. Unter ihrer Federführung hat die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ zwischen 2005 und 2007 die drei Bezirke Arouca, Castro Daire und Cinfães beim Aufbau „mobiler Gesundheitseinrichtungen“ in den Bergregionen Montemuro, Arada und Gralheira unterstützt. Insgesamt haben die drei Bezirke 149.930 € investiert, wovon LEADER+ 89.960 € und damit 60 Prozent beigesteuert hat.

Die angebotenen Dienstleistungen werden durch eine Partnerschaft zwischen der jeweiligen Stadtverwaltung der Bezirksstädte und den dazugehörigen Gesundheitszentren ermöglicht. Dabei sind die Stadtverwaltungen für die Bereitstellung des Fahrzeugs und dessen Unterhalt sowie für die Bezahlung des Fahrers zuständig.

Die Gesundheitszentren stellen die Ärzte, das Pflegepersonal sowie die medizinisch-chirurgischen und klinischen Verbrauchsmaterialien.

## Vielfältige Leistungen auf Rädern

Für die mobilen Gesundheitseinrichtungen wurden drei Fahrzeuge so umgebaut und ausgerüstet, dass sie eine Basisgesundheitsversorgung ermöglichen. Sie bestehen jeweils aus einem Wartezimmer und einem Behandlungszimmer, die miteinander verbunden sind.

Zu den angebotenen Dienstleistungen zählen vor allem Vorsorgeuntersuchungen und Pflegedienstleistungen wie die Kontrolle von Blutdruck, Blutzuckergehalt, Cholesterin, Diabetes und Osteoporose sowie Impfkampagnen oder Verbandswechsel. Aber auch Schulungen von Familienangehörigen zur Pflege ihrer kranken Familienmitglieder oder zur Gesundheitsvorsorge bei Kindern werden angeboten.

## Vorbild für andere Regionen

Über diesen Ansatz wurde es möglich, zahlreichen Menschen eine regelmäßige Gesundheitsversorgung anzubieten, welche diese aus verschiedenen Gründen bisher nicht in Anspruch nehmen konnten. Auf 30.000 wird die Zahl der Personen geschätzt, die bisher von den angebotenen Dienstleistungen der mobilen Krankenstationen profitieren. Der Erfolg der Initiative dürfte daher ein Vorbild für andere Regionen sein, die mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

## Wer ist ADRIMAG?

ADRIMAG ist eine gemeinnützige portugiesische Organisation, die in der ländlichen Entwicklung aktiv ist: Sie initiiert und unterstützt Projekte, die das traditionelle ländliche Erbe erhalten, die regionale Handwerkskunst fördern und die Vermarktung lokaler Produkte vorantreiben. Weiterhin ist ADRIMAG in der regionalen Organisations- und Personalentwicklung sowie in der Entwicklung und Stärkung regionaler Netzwerke aktiv.



Bild: Leader+ Rede Portuguesa

## Mehr Informationen:

Rui Batista  
Leiter der portugiesischen Vernetzungsstelle LEADER+  
Telefon: 00 351 / 213 61 32 70  
rbatista@dgadr.pt  
www.leader.pt

# Zu Hause mobil bleiben

Von Rainer Neubart

**Deutschland altert – vor allem in den peripheren ländlichen Regionen – in einer dramatischen Geschwindigkeit. Mit zunehmendem Alter steigt aber auch die Wahrscheinlichkeit zu erkranken. Diese Alterskrankheiten schränken immer auch die Mobilität und Selbsthilfefähigkeit der Patienten ein. Der Mobile RehabilitationsDienst Woltersdorf in Brandenburg hat sich zum Ziel gesetzt, die Patienten in ihrer Wohnumgebung wieder „alltagsfit“ zu machen.**

Die moderne Geriatrie – also die Altersmedizin – ist durchaus in der Lage, älteren Menschen nach einer Erkrankung wieder Selbstständigkeit und Lebensqualität zu verschaffen. Nur muss diese geriatrische Rehabilitation den Patienten auch dort erreichen, wo er sie benötigt. Es nützt nichts, wenn ein Patient mit dem Rollator auf dem Stationsflur des Krankenhauses vorwärts kommt – er muss vor allem in der eigenen Wohnung mobil sein, sonst drohen Muskel- und Herzschwäche sowie Stürze. Damit einher geht oft die gefürchtete „Abwärtsspirale“, die zu Immobilität und Folgeproblemen bis hin zum Tod des Patienten führen kann.

## Neue Strategie entwickelt

Eine neue Strategie, diese älteren Patienten wieder „alltagsfit“ zu machen, stellt die mobile Rehabilitation dar: Unter zentraler

Medizinischen Dienstes sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft Mobile Rehabilitation (BAG MoRe) eine bundesweit gültige Rahmenempfehlung formuliert. Diese legt Mindeststandards für die mobile Rehabilitation als Sonderform der ambulanten geriatrischen Rehabilitation fest und gewährleistet damit eine an einheitlichen Richtlinien orientierte Leistungserbringung.

## Vorreiter: Mobiler RehabilitationsDienst Woltersdorf

Der Mobile RehabilitationsDienst Woltersdorf (MRDW) im brandenburgischen Landkreis Oder-Spree arbeitet als erstes mobiles Rehabilitationsteam in Deutschland auf Grundlage dieser Rahmenempfehlungen. Hierfür wurde im Frühjahr 2008 ein Vertrag zwischen dem Verband der Angestellten Krankenkassen e.V. (VDAK) Brandenburg und dem Team des MRDW geschlossen. Entwickelt und erprobt wurde das System des mobilen Rehabilitationsdienstes jedoch bereits in zwei Modellversuchen von 1993 bis 1995 und 2000 bis 2003. Träger des MRDW ist das Evangelische Krankenhaus Woltersdorf.

## Wie sieht die Praxis aus?

Ist ein Patient rehabilitationsbedürftig, stellt der Haus- oder Klinikarzt bei der jeweiligen Krankenkasse einen Antrag auf Betreuung des Patienten durch den MRDW. Ärzte, Pflegekräfte, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Sprachtherapeuten, Psychologen und Sozialarbeiter gewährleisten dann eine ganzheitliche Betreuung des Patienten. Die Behandlungsfrequenz richtet sich nach den individuellen Problemen des Patienten, in der Regel liegt sie zwischen fünf und zehn Therapien pro Woche. Die Behandlungsdauer wird ebenfalls individuell festgelegt. Erfahrungsgemäß ist für eine erfolgreiche Rehabilitationsmaßnahme ein Umfang von sechs bis zwölf Wochen erforderlich.

## Erfolgversprechende Anfänge

Heute betreut der MRDW mit elf Mitarbeitern rund 20 Patienten in einem Umkreis von 25 Kilometern, zahlreiche Patienten konnten bereits therapiert werden. Die Patienten sind begeistert, und auch die meisten Hausärzte haben ihre anfängliche Skepsis aufgegeben. Das mobile Rehabilitationsteam ist hoch motiviert, und die Kommunikation spielt sich immer besser ein. Zwar zeigt die Zusammenarbeit, insbesondere mit den Krankenkassen, noch deutlichen Optimierungsbedarf, doch der tägliche Dialog verbessert auch hier das gegenseitige Verständnis.

## Mehr Informationen:

Dr. Rainer Neubart  
Sana Klinikum Lichtenberg  
Telefon: 030 / 55 18 22 62  
m.dimke@sana-kl.de  
[www.krankenhaus-woltersdorf.de/mobil-reha.html](http://www.krankenhaus-woltersdorf.de/mobil-reha.html)



Bild: Mobiler RehabilitationsDienst Woltersdorf

Koordination und ärztlicher Leitung sowie mithilfe eines multiprofessionellen Teams lernen die rehabilitationsbedürftigen Patienten, die Probleme dort zu lösen, wo sie auftreten: im Bad, in der Küche, auf der Treppe zur Wohnung oder im Wohnzimmer. Im Mai 2007 haben die Krankenkassen-Spitzenverbände unter Beteiligung des



Bild: Mobiler RehabilitationsDienst Woltersdorf



# Mit Kreativität zum Erfolg:

Von Michael Ammich

**Als Erhard Schiele vor 25 Jahren im schwäbischen Hamlar mit dem Anbau von Küchenkräutern begann, wurde er von seinen Berufskollegen belächelt. Heute ist seine ESG Kräuter GmbH der Marktführer unter den europäischen Herstellern von getrockneten Küchenkräutern.**

**50** Hektar Nutzfläche mit Zuckerrüben- und Getreideanbau, dazu Schweine und Milchkühe – so hat Erhard Schiele den Landwirtschaftsbetrieb seiner Eltern in Hamlar bei Donauwörth einst übernommen. Der Ertrag, den der Gemischtbetrieb damals abwarf, war bescheiden. Doch aus diesen bescheiden Anfängen hat sich im Lauf der Jahre ein Unternehmen entwickelt, das heute 30 feste Mitarbeiter beschäftigt und einen Jahresumsatz von zehn Millionen Euro erwirtschaftet.

## **Planungssicherheit durch Abnahmegarantie**

„Die Arbeit war zwar vielseitig und schön, aber finanziell gelohnt hat sie sich nicht“, blickt der heutige Geschäftsführer der ESG Kräuter GmbH auf seine Anfänge als selbstständiger Landwirt zurück. So suchte er nach einer profitablen Alternative und fand sie im Anbau von Gewürzkräutern, mit denen er zunächst ein Trocknungswerk

belieferte. Um die Wertschöpfung der Kräuterproduktion zu erhöhen, errichtete er 1986 auf seinem Bauernhof eine eigene Trocknungsanlage. Damit konnte er jährlich 80 Tonnen getrocknete Kräuter wie Petersilie, Dill, Schnittlauch oder Kerbel erzeugen. Ein Baustein seines Erfolgs war der Abschluss eines Exklusivvertrags mit dem Hamburger Lebensmittelkonzern Worlée. Der Kontrakt sicherte dem Landwirt auf zehn Jahre hinaus die Abnahme seiner Küchenkräuter. 2006 wurde der Vertrag um weitere zehn Jahre verlängert. „Das sorgt für die nötige Planungssicherheit“, freut sich Schiele.

## **Unternehmergeist und Marktgespür**

Mit Fantasie und einem sicheren Gespür für den Markt verfolgte der Kräuterexperte in den folgenden Jahren den Ausbau seines Trocknungsbetriebs. Einen Großteil der Produktionsanlagen hat Schiele selbst entworfen, gebaut und kontinuierlich opti-

miert. Durch sein umfassendes Know-how konnte er sich einen Vorsprung im hart umkämpften Kräutermarkt sichern. Schon sieben Jahre nach dem Bau des ersten Trockners hatte sich die Produktion mit 400 Tonnen jährlich verfünffacht.

## **Wachsen und Verbündete suchen**

Für einen weiteren Ausbau der Trocknung erwies sich die Dorflage des Betriebs jedoch als ungeeignet. So begann Schiele 1996 auf der „grünen Wiese“ bei Hamlar mit dem Aufbau eines großen Trocknungswerks, in dem schon ein Jahr später 740 Tonnen Trockenkräuter produziert wurden. Ein Jahr zuvor hatte er mit sechs weiteren Landwirten aus der Region die Erzeugergemeinschaft Donautalkräuter gegründet. Gemeinsam verfügten die Kräuterbauern jetzt über eine Anbaufläche von 150 Hektar. Damit sollte die Rohstoffbasis vorerst gesichert sein.

Heute stehen auf dem weitläufigen Areal bei Hamlar eine Anlieferungshalle für die frische Rohware und drei große Trockner mit einer jährlichen Produktionskapazität von 2.000 Tonnen getrockneter Kräuter. Allein der jüngste der drei Trockner, der erst vor wenigen Monaten installiert wurde, kann täglich 400 Tonnen feldfrische Kräuter verarbeiten, was einem Ertrag von 40 Tonnen Trockenkräutern entspricht. In der Rebanlage werden die Produkte gründlich gereinigt und nach den speziellen Wünschen der Kunden marktfertig aufbereitet.

Derzeit beläuft sich die Lagerkapazität noch auf 2.000 Tonnen; im kommenden Jahr soll sie durch den Neubau weiterer Lagerhallen auf 4.000 Tonnen erhöht werden. „Dadurch können wir unseren Kunden die notwendige Versorgungssicherheit gewährleisten“, erklärt Schiele.



Der enge Kontakt zu seinen Anbauern ist Erhard Schiele (rechts) wichtig. Hier bespricht er mit Landwirt Martin Völk aus Mertingen die Qualität der neuen Ernte.

Bild: Michael Ammich

## **Viele Wege, ein Ziel: Qualitätssicherung**

Um die Qualität seiner Produkte zu sichern, legt der ESG-Geschäftsführer größten Wert auf ein engmaschiges Netz aus Kontrollen und Dokumentationen. War der Betrieb bislang nach der ISO-Norm 9001 zertifiziert, so setzt seit diesem Jahr die erst kürzlich entwickelte Norm ISO 22000 einen neuen Qualitätsstandard. Zweiter wichtiger Baustein für eine hochwertige Produktion sind für Schiele kompetente und motivierte Mitarbeiter. In den vergangenen drei Jahren hat er in seinem Trocknungswerk vier Ausbildungsplätze eingerichtet; auch bietet er seinen Mitarbeitern kontinuierlich Schulungen an.

## **Regionale Wirtschaft profitiert**

Inzwischen hat sich der Anbau von Küchenkräutern für viele bäuerliche Familien in Schwaben und im angrenzenden Oberbayern zu einem wichtigen betrieblichen Standbein entwickelt. In der Erzeugergemeinschaft Donautalkräuter sind heute rund 70 Landwirte organisiert, die zusammen über eine Kräuteranbaufläche von 650 Hektar verfügen. Außerdem konnte Erhard Schiele in Rheinland-Pfalz 17 ehemalige Tabakanbauer für den Kräuteranbau gewinnen. Diese produzieren derzeit auf 50 Hektar Petersilie, die in einer Anlage in Hayna getrocknet und anschließend zum Werk der ESG in Hammlar transportiert wird, wo die Aufbereitung für den Markt stattfindet. Schon im kommenden Jahr soll der Anbau in der Pfalz auf 250 Hektar ausgedehnt werden. „Auf diesem Weg kann die Rohstoffsicherung mit der Expansion der ESG Kräuter GmbH Schritt halten“, erklärt Schiele.

## **Innovativ für die Umwelt: Biogas aus Kräuterresten**

Auch dem Umwelt- und Klimaschutz räumt der Geschäftsführer hohe Priorität ein. 2004 errichtete er in Hammlar eine leistungsstarke Biogasanlage. In dieser werden die bei der Trockenkräuterproduktion anfallenden, nicht verwertbaren Kräuterreste zu Biogas vergoren. Das Gas wird wiederum in zwei Heizkraftwerken verbrannt, die jährlich rund 5,1 Mio. kWh Strom und 7,3 Mio. kWh Wärme erzeugen. 2.750 Haushalte können so mit Strom versorgt werden. Die Abwärme der Verbrennungsmotoren wird zur Trocknung der Kräuter genutzt. Auf diese Weise spart die ESG Kräuter GmbH täglich rund 10.000 m<sup>3</sup> Erdgas oder 10.000 Liter Heizöl ein. Das bedeutet eine jährliche Verringerung der Kohlendioxidemission um 1.440 Tonnen

– ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Das Restsubstrat des Gärprozesses ist ein wertvoller Wirtschaftsdünger und wird von den Kräuterbauern auf ihren Feldern ausgebracht. Damit nimmt die Biogasanlage eine Schlüsselrolle in der Produktionsstrategie des Unternehmens ein: Durch sie konnte der Produktionskreislauf der ESG Kräuter GmbH vom Anbau der Kräuter über ihre Trocknung bis hin zur Verwertung der Reststoffe geschlossen werden.

## **Osteuropa: gemischte Bilanz**

Der Einstieg in den osteuropäischen Markt erwies sich für den schwäbischen Landwirt zunächst als geschickter Schachzug: Nach der Gründung der Fruchtring GmbH begann er 1992 in der Umgebung von Moskau mit dem Anbau von Gemüse und Kartoffeln. Heute verfügt er dort über eine Anbaufläche von 4.000 Hektar, auf denen jährlich 42.000 Tonnen Kartoffeln und 70.000 Tonnen Gemüse erzeugt und direkt an russische Supermärkte abgesetzt werden. Mit ihren 650 festen und ebenso vielen saisonalen Arbeitskräften hat sich die Fruchtring GmbH nicht nur zum größten Gemüse- und viertgrößten Kartoffelproduzenten Russlands, sondern auch zu einem wichtigen Arbeitgeber im Moskauer Umland entwickelt.

Weniger gute Erfahrungen hat Erhard Schiele mit seinem Engagement in Tschechien gemacht. In Breclav errichtete er im Jahr 2002 ein zweites Trocknungswerk, das den Nachschub an Rohstoffen sichern sollte. Doch das Projekt stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Die angepeilte Produktion und die erwarteten Kostenvorteile blieben deutlich hinter seinen Erwartungen zurück, die Kooperation mit den dortigen Erzeugern erwies sich als schwierig. Deshalb will sich Schiele von seinem Zweigwerk in Breclav trennen und das zurückfließende Kapital in den Ausbau des schwäbischen Produktionsstandorts investieren.



Über große Dosierer gelangen die feldfrischen Kräuter aus den Transportanhängern ohne Bodenkontakt in die Trocknungsanlage.



In der Trocknungsanlage der ESG Kräuter GmbH können täglich bis zu 800 t Petersilie, Dill oder Schnittlauch verarbeitet werden.

## **Nähere Informationen**

Dr. Michael Ammich • Agrarjournalist  
Telefon: 082 21 / 20 61 58 • Ammich@t-online.de  
www.pressebuero-landwirtschaft-und-forstwirtschaft.de

ESG Kräuter GmbH  
Telefon: 09 06 / 70 57 83-0 • info@esg-kraeuter.de  
www.esg-kuechenkraeuter.de

# Naturschutz durch Landwirtschaft: Den ganzen Betrieb im Blick

Von Andreas Hofmann

**Im Jahre 1985 schuf der Schweizer Kanton Aargau die Grundlagen dafür, naturschützerisch bedeutende Lebensräume wie Streuwiesen und Halbtrockenwiesen auch außerhalb öffentlich-rechtlicher Schutzzonen und ohne Landerwerb zu sichern: über Verträge mit Landwirten, die Massnahmen zugunsten von Natur und Landschaft auf dem gesamten Betrieb umfassen können. Das Erfolgsrezept dabei ist der Dialog mit den Landwirten.**



Beratung im Feld: Flurbegleitung mit Landwirten, die einen Bewirtschaftungsvertrag haben, zum Thema optimale Bewirtschaftung von artenreichen Wiesen.

Im Jahr 1992 wurde die Schweizer Agrarpolitik grundlegend geändert – weg von der Stützung der Landwirtschaft durch gesicherte Produktpreise und Absatzgarantie, hin zu Direktzahlungen, die an Auflagen in den Bereichen Umwelt- und Tierschutz geknüpft sind. Diese Auflagen sind für alle Betriebe verbindlich, welche die Anforderungen des Ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) oder des Biologischen Landbaus erfüllen wollen. Sie beinhalten unter anderem die Verpflichtung, 7 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche als ökologische Ausgleichflächen zu bewirtschaften. Diese Neuausrichtung der Agrarpolitik bot dem kantonalen Naturschutzamt einen Ansatzpunkt, um der fortschreitenden Verarmung und Gefährdung wertvoller Lebensräume entgegenzuwirken. Zusammen mit dem Landwirtschaftsamt lancierte es 1994 das Projekt „Bewirtschaftungsverträge Naturnahe Landwirtschaft“, in dem seither neben

werden. Auf jedem Betrieb wird – unter Berücksichtigung der betrieblichen Bedingungen und der naturräumlichen Zielsetzungen – ein möglichst hoher Anteil an wertvollen ökologischen Ausgleichflächen angestrebt, um die Landschaft und ihre Lebensräume umfassend aufzuwerten. Umgesetzt wird das Projekt im Auftrag der beiden kantonalen Ämter durch das private Beratungsbüro Agrofutura AG. Die Teilnahme am Projekt ist freiwillig, interessierte Landwirte müssen sich aber an den Kosten für die Erarbeitung des Vertrages beteiligen, die in aller Regel einen kleinen Teil der erzielbaren Beiträge ausmachen.

## **Optimales Ergebnis durch umfassende Betriebsanalyse**

Am Anfang der Ausarbeitung eines Bewirtschaftungsvertrages steht die ausführliche Bestandsaufnahme der gesamten landwirt-

schaftlichen Nutzfläche des Betriebs. Aufträgen vor allem gesamtbetriebliche Bewirtschaftungsverträge angeboten werden.

## **Die Lebensräume aufwerten**

Mit den gesamtbetrieblichen Verträgen sollen auf der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche eines Betriebes naturschützerisch wertvolle Objekte erhalten, weniger wertvolle aufgewertet und neue hochwertige Objekte angelegt

werden. Auf jedem Betrieb wird – unter Berücksichtigung der betrieblichen Bedingungen und der naturräumlichen Zielsetzungen – ein möglichst hoher Anteil an wertvollen ökologischen Ausgleichflächen angestrebt, um die Landschaft und ihre Lebensräume umfassend aufzuwerten. Umgesetzt wird das Projekt im Auftrag der beiden kantonalen Ämter durch das private Beratungsbüro Agrofutura AG. Die Teilnahme am Projekt ist freiwillig, interessierte Landwirte müssen sich aber an den Kosten für die Erarbeitung des Vertrages beteiligen, die in aller Regel einen kleinen Teil der erzielbaren Beiträge ausmachen.

schaftlichen Nutzfläche des Betriebs. Aufgrund ihrer flächenmäßigen Bedeutung im Kanton Aargau und ihres oft grossen Aufwertungspotenzials werden alle Naturwiesen kartiert und ihr Vegetationstyp erfasst. Nur wenn die festgelegten Anforderungen bezüglich der Artenvielfalt oder der Vernetzung erfüllt sind, können sie in den Vertrag aufgenommen werden. Erfasst werden weiter die bestehenden naturnahen Elemente wie Gehölze und Obstbäume, Flächen mit Aufwertungspotenzial bezüglich Artenvielfalt und der landschaftliche Charakter des Gebiets. Zusätzlich werden Daten aus vielfältigen Quellen berücksichtigt. Dazu zählen die von regionalen Planungsgruppen festgelegten Ziele und Massnahmen zur Förderung von Tier- und Pflanzenarten, kantonale Inventare von zu fördernden Tier- und Pflanzenarten, Informationen über kommunale und kantonale Schutzgebiete sowie raumplanerische Informationen. Beim Landwirtschaftsamt können Daten wie Betriebsgröße, Art und Anzahl der gehaltenen Tiere, angebaute Kulturen und die Nährstoffsituation der angemeldeten Betriebe eingesehen werden.

## **Welche Bedingungen müssen erfüllt sein?**

Landwirte, welche die Richtlinien des Ökologischen Leistungsnachweises oder des Biologischen Landbaus erfüllen, können im Rahmen dieses Projekts sechsjährige Verträge abschließen. Darin sind, basierend auf den Richtlinien des Projektes, die Vorgaben für die Bewirtschaftung und Pflege einer breiten Palette von Objekttypen (siehe Grafik) und die Abgeltung der damit verbundenen Leistungen festgehalten. Ein gesamtbetrieblicher Bewirtschaftungsvertrag kommt zustande, wenn die folgenden wichtigsten Bedingungen erfüllt sind:

- Einhaltung der Bewirtschaftungsvorgaben kommunaler und kantonalen Schutzzonen

- Bewirtschaftung und Pflege eines Mindestanteils an Vertragsflächen: in der Talzone 12 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, in der Hügel- und Bergzone 15 Prozent;
- Mindestens 10 Prozent der Naturwiesen weisen mindestens die Artenvielfalt einer Knautgraswiese auf (ggf. kann dieser Anteil durch die Neuanlage von artenreichen Wiesen erreicht werden).
- Mindestens 3 Prozent der offenen Ackerfläche sind Vertragsflächen.

### Kein fertiges Konzept überstülpen

Unter Berücksichtigung der Daten und Vorgaben bezüglich Natur und Landschaft einerseits und der Rahmenbedingungen des Landwirtschaftsbetriebes andererseits, arbeiten die Beraterinnen und Berater einen Vertragsvorschlag aus. Dabei wird darauf geachtet, dass die Produktion von Nahrungsmitteln und die Erbringung von ökologischen Leistungen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sich möglichst gut ergänzen. Der Vertragsvorschlag wird mit dem Landwirt oder der Landwirtin besprochen und im Dialog zur Endfassung gebracht.

### Sockelbeiträge vom Bund, Zusatzbeiträge vom Kanton

Die Mittel, die ein Betrieb zur Abgeltung für die Bewirtschaftung und Pflege der Vertragsflächen erhält, sind ein Mix aus Geldern des Bundes und des Kantons. Mit den Beiträgen des Bundes werden auf der Grundlage der Direktzahlungsverordnung die Grundanforderungen für die Bewirtschaftung der einzelnen Ökoflächen abgegolten. Über die Öko-Qualitätsverordnung des Bundes kann zusätzlich eine erste Stufe von botanischer Artenvielfalt und günstiger Lage (Vernetzung) belohnt werden. Die kantonalen Zusatzbeiträge werden gezielt für einzelne Objekttypen eingesetzt, um weitergehende Leistungen abzugelten, eine besonders hohe Artenvielfalt zu honorieren oder um deren innerbetriebliche ökonomische Konkurrenzfähigkeit gegenüber den produktionsorientierten Acker- und Futterbaukulturen sicherzustellen.

### Akzeptanz durch Partizipation, angemessene Abgeltungen und Beratung

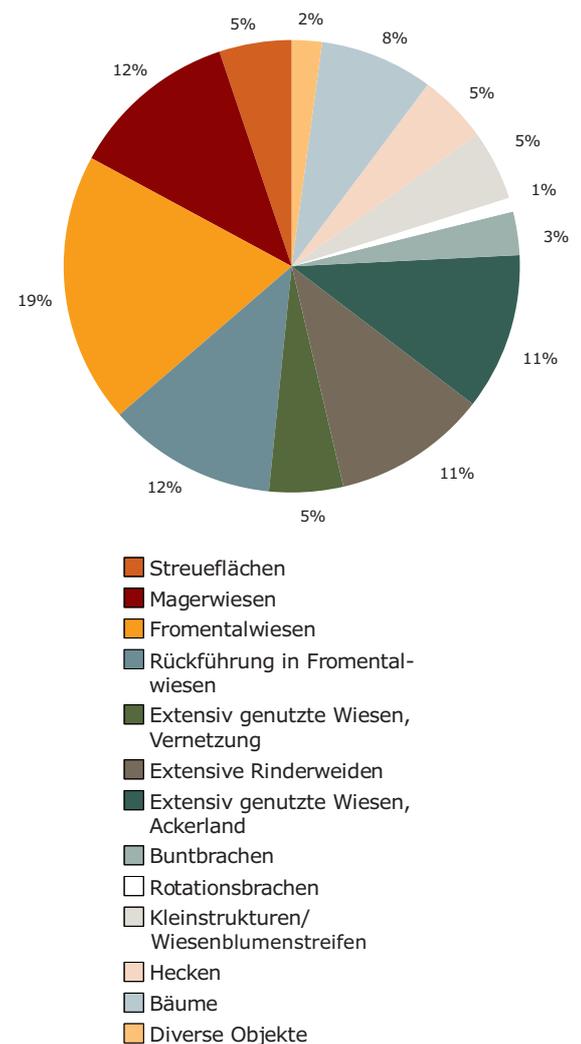
Bisher haben rund 620 Landwirte und Landwirtinnen einen Gesamtbetriebsvertrag abgeschlossen. Das sind rund 20 Prozent der direktzahlungsberechtigten Betriebe im Kanton Aargau. Diese Betriebe bewirtschaften im Rahmen ihrer Verträge rund 2.900 Hektar hochwertige ökologische Ausgleichsflächen. Der Anteil an Vertragsflächen im Hügel- und Berggebiet ist um einiges höher als im Talgebiet, wo die landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen bedeutend besser sind.

Die Gründe für die recht gute Akzeptanz des Projekts dürften darin liegen, dass Landwirtinnen und Landwirte bei der Vertragserarbeitung aktiv mitentscheiden können und anschließend für die Anlage, Bewirtschaftung und Pflege der Vertragsflächen ein umfangreiches und kostenloses Beratungs- und Weiterbildungsangebot nutzen können. Einen entscheidenden Einfluss dürfte aber auch das differenzierte Beitragssystem haben, durch das die Leistungen der Landwirte angemessen abgegolten werden können.

### Weitermachen!

Das Qualitätsmonitoring zeigt, dass die Vielfalt von Pflanzen, Schmetterlingen und Vögeln auf den ökologischen Ausgleichsflächen im Kanton Aargau höher ist als auf dem übrigen Kulturland. Aufgrund der guten Akzeptanz in der Landwirtschaft, bei den Umweltverbänden und in der Politik sowie der nachweislich positiven Auswirkungen auf Natur und Landschaft scheint die Kontinuität des Projektes gesichert zu sein. Die gesamtbetrieblichen Bewirtschaftungsverträge werden deshalb weiterhin ein wichtiges Instrument bleiben, um Naturschutzanliegen auf einer konstruktiven und partizipativen Basis in die Landwirtschaft hineinzutragen und das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Naturschutz weiter zu entspannen.

### Aufteilung der Vertragsobjekte auf die einzelnen Objekttypen



Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter: [www.ag.ch/landwirtschaft/de/pub/direktzahlungen\\_beitraege/naturnahe\\_landwirtschaft.php](http://www.ag.ch/landwirtschaft/de/pub/direktzahlungen_beitraege/naturnahe_landwirtschaft.php)

### Mehr Informationen:

Andreas Hofmann  
Agrofutura AG  
Telefon: +00 41 (0) 62 / 865 63 63  
hofmann@agrofutura.ch  
www.agrofutura.ch

Viktor Schmid  
Projektleitung  
Kanton Aargau – Departement  
Finanzen und Ressourcen  
Abteilung Landwirtschaft  
Telefon: +00 41 (0) 62 / 835 27 51  
viktor.schmid@ag.ch

Bild: Agrofutura

# Gesünder durch „Natur pur“

Von Martina Porzelt

**Die Forschung hat es ans Tageslicht gebracht: Eine naturnahe Landschaft in Verbindung mit Erlebnismöglichkeiten in der Natur hat für den Erhalt und die Wiedererlangung der physischen und psychischen Gesundheit eine große Bedeutung. Die Verantwortlichen zahlreicher Naturparke haben diese Erkenntnis bereits kreativ genutzt. Willkommener Nebeneffekt: Die regionale Wirtschaft wird gestärkt.**

Die Gehirnforschung weiß: Regelmäßige Bewegung in der Natur stärkt das Immunsystem, regt den Kreislauf und den Stoffwechsel an und macht außerdem noch glücklich und schlau. In diesem Kontext spielen die 101 Naturparke, die über ein Viertel der Fläche Deutschlands einnehmen, eine herausragende Rolle. Sie dienen den Ballungszentren als „grüne Lungen“ und bieten der Bevölkerung vielfältige Bewegungs- und Erholungsmöglichkeiten für Freizeit und Urlaub. „Wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen eignen sich Naturparke besonders für die Erholung“ – so steht es im Bundesnaturschutzgesetz. Gleichzeitig sind Naturparke aber auch Gebiete, in denen besonders darauf geachtet wird, dass die Nutzung der Landschaft im Gleichgewicht mit dem Schutz der Natur steht. In verschiedenen Naturparks sind bereits Projekte mit Bezug zum Thema Gesundheitsvorsorge entwickelt worden, häufig in Kooperation mit Akteuren aus dem Gesundheitssektor.

## **Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge als Vorreiter**

So ist der Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge aus dem diesjährig zum ersten Mal durchgeführten Landeswettbewerb „Naturpark NRW 2009“ mit seinem Konzept „Natürlich Gesund – Gesundheitsregion Naturpark“ als einer von zwei Siegern hervorgegangen. Als zweiter Sieger wurde der Naturpark Rheinland mit seinem Konzept „Neues entdecken“ ausgezeichnet. Mithilfe einer modernen Kommunikationsstrategie und eines interaktiven Freizeitplaners will er die Vielfalt der Landschaft für den Besucher erlebbar machen. Der Wettbewerb wird vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNLV) durchgeführt. Ziel ist es, in der jeweiligen

Region attraktive und hochwertige Erholungsangebote zu schaffen, eine verstärkte Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren zu initiieren und die Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Region anzuregen.

## **Gesundheit als Standortfaktor**

Die Naturparkregion Teutoburger Wald/Eggegebirge gilt als eine der „Grünen Lungen“ Nordrhein-Westfalens. Mit den durch den Wettbewerb zur Verfügung gestellten Fördermitteln wollen die Verantwortlichen die beiden Kernkompetenzen Natur und Gesundheit miteinander verbinden, um eine langfristige und ganzheitliche Entwicklung der Region durch Neupositionierung als Natur- und Gesundheitsregion zu erreichen.

## **Klimazonen und Moorlandschaften erleben**

Ein Baustein der Gesundheitsinitiative des Naturparks Teutoburger Wald/Eggegebirge ist das Projekt „KlimaErlebnisWandern“. Durch spezielle Wanderrouten und moderne Informationsvermittlung sollen die unterschiedlichen Klimafunktionen und -reize und ihre positive Wirkung auf die Gesundheit erlebbar gemacht werden. Im Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge ist dies besonders gut möglich, da sich anhand der geomorphologischen Gegebenheiten der Übergang vom atlantischen zum kontinentalen Klimabereich erleben lässt. Ein zweiter Baustein ist das Projekt „Moor-Erlebnispfad Meinberg“. Es hat zum Ziel, einen Beitrag zum Erhalt historischer Kultur-



Bild: Naturpark Altmühltal

Die reine, ionisierende Luft in der Salzgrotte des Naturparks Altmühltal unterstützt unter anderem die Behandlung von Atemwegserkrankungen.



Bild: Naturpark Altmühltal

## Gesundheitsvorsorge in Naturparken

In der Broschüre „Naturparke für alle – barrierefreies Naturerleben in Deutschland“ stellen 61 Naturparke ihre Angebote zum Thema Gesundheitsvorsorge vor. Diese Broschüre wird vom Verband Deutscher Naturparke (VDN) gemeinsam mit der „Nationalen Koordinationsstelle Tourismus für alle“ (NatKo) im März 2009 herausgegeben.

### Mehr Informationen:

Martina Porzelt  
Verband Deutscher Naturparke e.V. (VDN)  
Telefon: 0228 / 921 28 64  
porzelt@naturparke.de  
www.naturparke.de

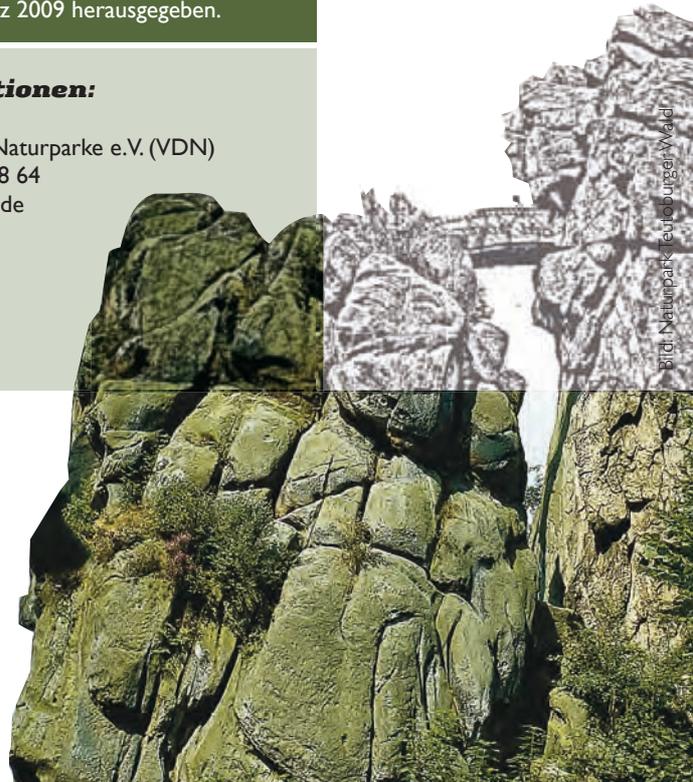


Bild: Naturpark Teutoburger Wald

landschaften und der natürlichen Vielfalt zu leisten. Dabei soll das natürliche Heilmittel Moor an seinem Ursprungsort erlebbar gemacht werden. Der Wert für den Naturschutz, aber auch die Bedeutung für den Menschen und seine Gesundheit sollen auf innovative Art dargestellt werden.

### Angebote ohne Barrieren

Weiterhin möchten die Verantwortlichen im Naturpark attraktive Orte barrierefrei gestalten, um sie für alle Menschen zugänglich und erlebbar zu machen. Dabei sollen möglichst alle Formen von Behinderungen berücksichtigt werden. In Planung befinden sich zurzeit eine barrierefreie Wegegestaltung mit ebener Wegedecke, Blindenleit-einrichtungen sowie behindertengerechte Informationsvermittlung.

### Regionale Identität fördern

Mit dem „Naturpark-Infopaket“ möchten die Leiter des Naturparks Teutoburger Wald über die Besonderheiten des Parks informieren. Es besteht aus drei Bausteinen: dem Naturpark-Reiseführer, der Naturpark-Freizeitkarte und dem Naturparkfilm. Neben der Internetadresse [www.naturpark-teutoburgerwald.de](http://www.naturpark-teutoburgerwald.de) gibt es eine Sub-Domain des Portals „Natürlich Gesund – Gesundheitsregion Naturpark“. Besucher der Website können am Online-Wettbewerb „Mein Wohlfühlort“ teilnehmen, hier ihren Lieblingsplatz im Naturpark nennen und attraktive Preise gewinnen. Die Teilnehmer sollen durch den Wettbewerb motiviert werden, sich näher mit ihrer Heimat im Naturpark zu befassen. Ein Masterplan, der die Strategie des Naturparks für die Zukunft weiterentwickeln

wird, befindet sich in Vorbereitung. Auch die Partner des Naturparks wie Wandervereine, Biologische Stationen, Umweltbildungseinrichtungen und Unternehmen wollen die vorgegebene Richtung der Verknüpfung von Natur und Gesundheit verfolgen.

### Wandern und Durchatmen!

Wie das Thema Gesundheit in Naturparks angegangen werden kann, zeigen zahlreiche weitere Regionen Deutschlands. So stellt zum Beispiel der Naturpark Altmühltal seine Arbeit im Jahr 2008 unter das Motto „Vitalregion Naturpark Altmühltal“. Ziel ist es, den Gästen einen Aufenthalt zu bieten, in dem sich Kultur und Natur, Freizeit und Wellnesszusammenfügen. Gesundheitsbewusste tanken Kraft auf den zahlreichen Nordic-Walking-Routen, in der Limes-Therme oder bei geführten Wanderungen durch die Natur. „Gesundheit erleben“ kann man auch bei der „Höhlenkur“ im Naturpark Fränkische Schweiz-Veldensteiner Forst. Diese Atemkur in der Teufelhöhle in Pottenstein richtet sich speziell an Patienten, die an Asthma, Heuschnupfen, Keuchhusten, chronischer Bronchitis oder Neurodermitis leiden. Und sie zeigt Wirkung: Über 70 Prozent der Patienten geht es nach der Behandlung deutlich besser, viele sind monatelang, teilweise jahrelang ohne Beschwerden.

### F+E-Vorhaben

#### „Naturschutz und Gesundheit“

Wie positive Synergien zwischen Naturschutz und Gesundheitsvorsorge für die regionale Entwicklung genutzt werden können, wurde im Rahmen des kürzlich abgeschlossenen und vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums geförderten Forschungs- und Entwicklungsvorhabens (F+E-Vorhaben) „Naturschutz und Gesundheit“ in drei Beispielräumen untersucht. Als Modellregionen wurden die drei Naturparke Thüringer Wald, TERRA.vita und der deutsch-belgische Naturpark Hohes Venn – Eifel ausgewählt.

Der Naturpark Hohes Venn – Eifel legte seinen Schwerpunkt auf die Barrierefreiheit, der Naturpark Thüringer Wald hat Aktivitäten zu den Themen Heilklima und Ernährung entwickelt, und der Naturpark TERRA.vita stellte die Zusammenarbeit mit dem „klassischen“ Gesundheitssektor wie Kliniken und Ärzten in den Vordergrund. In den drei Regionen wurden regionale Akteure aus Naturschutz und Gesundheitsschutz identifiziert und jeweils zu einem Aktionsnetz mit unterschiedlichen Schwerpunktthemen zusammengeführt. So kann auf den Ergebnissen aus der Projektphase auch nach deren Abschluss aufgebaut werden. Informationen zum Projekt finden Sie unter [www.naturparks-und-gesundheit.de](http://www.naturparks-und-gesundheit.de). Die Ergebnisse des Projektes werden 2009 in der BfN Schriftenreihe veröffentlicht.

# Vertrauen schaffen, Kulturen versöhnen

Von Katarzyna Gerwatowska und Detlef Krause

**Knapp 191.000 Menschen leben in der Uckermark und im benachbarten polnischen Landkreis Walcz auf einer Fläche von zusammen 4.200 Quadratkilometern. Viele von ihnen wollen die strukturellen Probleme wie Landflucht und Arbeitslosigkeit nicht länger hinnehmen. Ihre Gegenmaßnahme: Ein Kooperationsprojekt, das nicht nur die Wirtschaft stärkt, sondern auch die Verständigung zwischen den Nationen fördert.**

**V**ertrauen ist der Anfang von allem, heißt es. Nur muss man dieses Vertrauen erst einmal schaffen – und das ist selten eine leichte Angelegenheit. Zum Beispiel im deutsch-polnischen Grenzgebiet entlang der Oder: Denn obwohl die ländlichen Regionen beiderseits des Flusses mit ganz ähnlichen Problemen zu kämpfen hatten, blieb man sich doch über lange Jahre fremd. Grenzübergreifende Kontakte gab es zwar, aber sie waren selten. Nicht unbedingt ein Wunder, wenn man die wechselvolle Geschichte der beiden Nationen bedenkt.

## **Menschen zusammenbringen, Wirtschaft fördern**

Doch bekanntlich ist es auch nie zu spät für den ersten Schritt. Dies dachten sich auch die Akteure der LEADER+Region „Zukunft Unteres Odertal“ im brandenburgischen Landkreis Uckermark und ihre polnischen Kollegen der LEADER-Region „Lider Walecki“ im Landkreis Walcz in der Wojewodschaft Westpommern, als sie vor drei Jahren beschlossen, die in beiden Regionen vorherrschenden Probleme wie Landflucht, Arbeitslosigkeit und nachlassende Wirtschaftskraft gemeinsam anzugehen. Konkretes Ziel der Kooperation, die vom Regionalmanagement der LAG „Zukunft Unteres Odertal“ initiiert und im Rahmen des LEADER+Programms der Europäischen Union gefördert wurde, ist es, Partnerregionen zu finden, Unternehmen, Landwirte und Handwerksbetriebe zusammenzubringen und den Tourismus

zu fördern. Dabei soll es nicht nur um den bloßen Austausch von Erfahrungen gehen, sondern um die Konzeption und Durchführung konkreter Projekte.

## **Vorsichtige Annäherung**

Schon die ersten Treffen im Jahr 2005, angeregt durch das internationale Netzwerk der Grontmij GfL GmbH in Potsdam und Poznan, machten allen Beteiligten Mut: Es gibt Gemeinsamkeiten, es gibt Ideen, auf die man sich einigen kann. Und es gibt vor allem den Willen, die Dinge anzupacken. Doch zunächst ging es darum, sich erst einmal wirklich kennenzulernen. Denn nur wenn sich beide Seiten vertrauen, können sie gemeinsam die ländliche Entwicklung vorantreiben. In einer Region, die durch die EU-Erweiterung im doppelten Sinne in der Mitte Europas liegt; nicht nur geografisch, sondern auch symbolisch als Schnittstelle zwischen Ost und West, zwischen verschiedenen Mentalitäten und Traditionen.



Bild: GfL Potsdam



Bild: GfL Potsdam

Auf der Veranstaltung "Deutsch - polnische Zusammenarbeit im Wirtschaftsraum Unteres Odertal" am 20.08.2008 in Pinnow: v. l. n. r.: Herr Krause (LAG Zukunft Unteres Odertal), Herr Wankiewicz (Landkreis Walecki), Herr Neumann (Amt Brüssow), Herr Heise (Euroregion Pomerania), Herr Husejko Wojewodschaft Westpommern), Herr Bartczak (LAG Lider Walecki), Herr Swiderki (Gemeinde Walcz), Herr Hoppe (MLUV), Herr Freichstädt (Stattdkanzlei), Herr Pomianowski (Polnische Botschaft Berlin), Herr Crull (GfL Potsdam) und Herr Wiwiorra (GfL Potsdam).

Deutsch - polnisches Erntefest in Pinnow 2008.



Bild: GfL Potsdam

Feuerwehrwettbewerb in Golce (Polen, Landkreis Walecki) am 31.05.2008.

### Je jünger, desto unbefangener

Bereits mehrfach haben Jugendliche im Alter zwischen 11 und 15 Jahren die gegenseitige Partnerregion besucht. Auch bei den Amtsträgern machten die Annäherungen schnell Fortschritte: Ein gemeinsamer Besuch der Berliner „Internationalen Grünen Woche“ und ein gemeinsamer Auftritt auf der Messe „InKontakt“ in Schwedt/Oder vertieften die Beziehungen zwischen Bürgermeister, Amtsdirektoren und Unternehmern. Daneben sorgten Feuerwehrwettbewerbe und zahlreiche gemeinsame kulturelle Veranstaltungen dafür, dass die Bevölkerung den Zugang zur anderen Seite fand. Jede Veranstaltung, bei der Bürger aus Polen und Deutschland zusammenkommen, baut ein paar Hemmschwellen und Vorurteile mehr ab. Geht es bei der älteren Generation meist noch darum, die beiden Länder überhaupt zu versöhnen, gehen die Jüngeren ganz unbefangen aufeinander zu. Statt sich in Sprachproblemen zu verlieren, nutzen Jugendgruppen oder Rockbands einfach Englisch zur Verständigung. Ein Pragmatismus, der dem Verhältnis zwischen Deutschen und Polen spürbar wohl tut.

### Grenzüberschreitender Aktionsplan erweitert Zusammenarbeit

Wie gut deutsch-polnische Kooperationen funktionieren können, beweisen auch die ersten Ergebnisse des „Grenzüberschreitenden Aktionsplans“ für das Untere Odertal, an dem seit Mai 2007 deutsche und polnische Bürgermeister und Amtsdirektoren arbeiten. Ziel dieser Aktion, die mit Mitteln der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) angeschoben wurde, ist es, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum in unmittelbarer Nachbarschaft zu den beiden Metropolen Berlin und Szczecin zu etablieren. Ganz praktisch will man beispielsweise im Katastrophenschutz enger zusammenarbeiten und ein vernetztes Informationsportal für die gesamte Wirtschaftsregion schaffen. In vier Arbeitsgruppen wurden

bisher mehr als 100 Projekte entworfen. So ist der Aktionsplan zugleich Ergänzung und Ansporn für die LEADER-Kooperation.

### Sanften Fahrradtourismus fördern

Ein Beispiel: Der Ausbau des Radwegenetzes ist ein Schlüssel zur Erschließung zahlreicher touristischer Möglichkeiten. In den nächsten drei Jahren sollen der Bau neuer und das Verbinden bestehender Strecken dazu beitragen, das Besucherpotenzial der Region erheblich zu steigern. Immer mehr Touristen wollen Urlaub nach ökologischen Kriterien machen: die Natur erleben und dabei die Luft und die natürlichen Ressourcen schonen. Mit dem Nationalpark Unteres Odertal hat die Region dabei schon ein gutes Argument auf ihrer Seite. Das allein reicht aber nicht. Deshalb wird gleichzeitig auch das Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten verbessert, und zwar passend zur Nachfrage. Denn wer mit dem Fahrrad Ferien macht, schläft nicht im Luxushotel. Dem Rad-Touristen in der Region soll möglichst ein Rundum-Service geboten werden. Dazu gehören günstig gelegene Parkplätze, aber auch Aussichtstürme, die grenzüberschreitende „Augenblicke“ möglich machen. Sehenswürdigkeiten entlang der Strecken sollen saniert und mehrsprachig ausgeschildert werden. Und wer zwischendurch eine Pause machen möchte, findet Servicestationen an allen wichtigen Punkten der Strecke.

### Kultur verbindet

Dass Kultur zu einem Bindeglied zwischen Menschen werden kann, ist im Unteren Odertal bereits eine Binsenweisheit. „Kultur – Natur – Kunstprojekte zur Förderung des interkulturellen Dialogs“ ist ein Vorhaben, das derzeit im Rahmen des Aktionsplans vorbereitet wird und zunächst bis 2012 laufen wird. Und auch wenn der Titel womöglich etwas bürokratisch klingt: Es dürfte eines der lebendigsten und vielfältigsten Projekte des Aktionsplans sein – sicherlich auch, weil es sich in großen Teilen an die jungen Menschen richtet. Von klassischer Musik bis Pop, von Malerei bis Fotografie, von Brauchtum bis Architektur reicht die Bandbreite der Themen, die beiderseits der Oder angegangen werden sollen. Daneben werden in verschiedenen Arbeitsgruppen weitere konkrete Projekte aus den Bereichen Natur und Kultur, Bildung und Soziales (Kinder und Schule), Tourismus und Landwirtschaft konzipiert.

### Zuversichtlich

Natürlich liegt noch ein weiter Weg vor allen Beteiligten, viele Schwierigkeiten sind heute wohl noch gar nicht absehbar – von

bürokratischen Hürden bis zu persönlichen Empfindlichkeiten. Doch eines haben die Menschen in der Region schon jetzt eindrucksvoll bewiesen: Sie haben die Probleme erkannt und wollen sie lösen – gemeinsam. Das Vertrauen als Grundlage dafür wurde geschaffen.

### Neue Partnerregionen kommen hinzu

Bald wird das Gebiet der polnisch-deutschen Kooperation Zuwachs bekommen: Die Lokale Aktionsgruppe (LAG) „DIROW“, eine polnische LEADER-Region, die an die LAG „Uckermark e.V.“ angrenzt – diese führt die Aktivitäten der LAG „Zukunft Unteres Odertal“ in der laufenden LEADER-Periode fort – wird so bald wie möglich in die Partnerschaft einbezogen. Davon könnten zahlreiche Gemeinden wie Widuchowa, Chojna, Gryfino, Moryn und Stare Czarnowo profitieren.

### Weitere Informationen:

Detlef Krause  
Amtsdirektor Amt Oder-Welse  
LAG „Uckermark e.V.“  
Vorsitzender des Regionalen Arbeitskreises „Zukunft Unteres Odertal“  
Telefon: 03 33 35 / 719 11  
amt\_oder-welse@t-online.de  
www.zukunftunteresodertal.de

Katarzyna Gerwatowska  
Koordinatorin polnisch-deutsche Projekte  
Grontmij GfL GmbH Potsdam  
Telefon: 03 31 / 233 69 15  
katarzyna.gerwatowska@grontmij.de  
www.gfl.grontmij.de



Bild: GfL Potsdam

Gemeinsamer Austausch auf der Veranstaltung "Deutsch - polnische Zusammenarbeit im Wirtschaftsraum Unteres Odertal" am 20.08.2008 in Pinnow.

# Flurbereinigung – auch gesamtwirtschaftlich ein Gewinn?

Von Otmar Seibert und Andrea Kramp

**Flurneuordnungen werden immer häufiger aus nicht-landwirtschaftlichen Gründen durchgeführt und deren Ausführungskosten zu einem großen Teil über öffentliche Mittel gedeckt. Bei der Bewertung dieses Verfahrens spielen daher nicht nur einzelbetriebliche, sondern auch ökologische sowie regional- und gesamtwirtschaftliche Effekte eine Rolle. Diese Effekte beschreibt der folgende Beitrag.**

In der Ausgabe 3/2008 von *LandInForm* wurden die wesentlichen Vorteile der Flurneuordnung aus der Sicht landwirtschaftlicher Betriebe beschrieben. Diese liegen in Kosten- und Arbeitszeiteinsparungen und in der Möglichkeit, die strukturelle Entwicklung der Betriebe flexibler zu gestalten. Bewertungsgrundlage bildete eine Studie zu elf Flurneuordnungsverfahren aus Rheinland-Pfalz und Bayern mit unterschiedlichen naturräumlichen und sozio-ökonomischen Bedingungen und Zielen (siehe Infokasten). In diesem Beitrag werden nun die ökologischen, regional- und gesamtwirtschaftlichen Effekte der Flurneuordnung vorgestellt.

## Ökologische Bilanz insgesamt positiv

Jede Art der Flurneuordnung auf landwirtschaftlichen oder nicht-landwirtschaftlichen Flächen ist immer auch ein Eingriff in Natur und Umwelt. Im Laufe der Zeit ist die Intensität negativer Eingriffe im Rahmen der Flurneuordnung jedoch deutlich zurückgegangen. Die Neuanlage ökologischer Strukturelemente wurde – vor allem auf nicht-landwirtschaftlichen Flächen – sogar beträchtlich ausgeweitet. Vor-Ort-Erhebungen zeigten daher eine grundsätzlich positive ökologische Bilanz der Flurneuordnung. Grund hierfür ist auch, dass in vielen Verfahren die gesetzlichen Vorgaben zum Schutz ökologischer Flächen und zur Durchführung landschaftspflegerischer Ausgleichsmaßnahmen freiwillig übererfüllt werden: Auch die Landwirte empfinden diese Maßnahmen meist als eine „Bereicherung der Feldflur“, für die sie insbesondere ihre weniger ertragreichen Flächen nutzen.

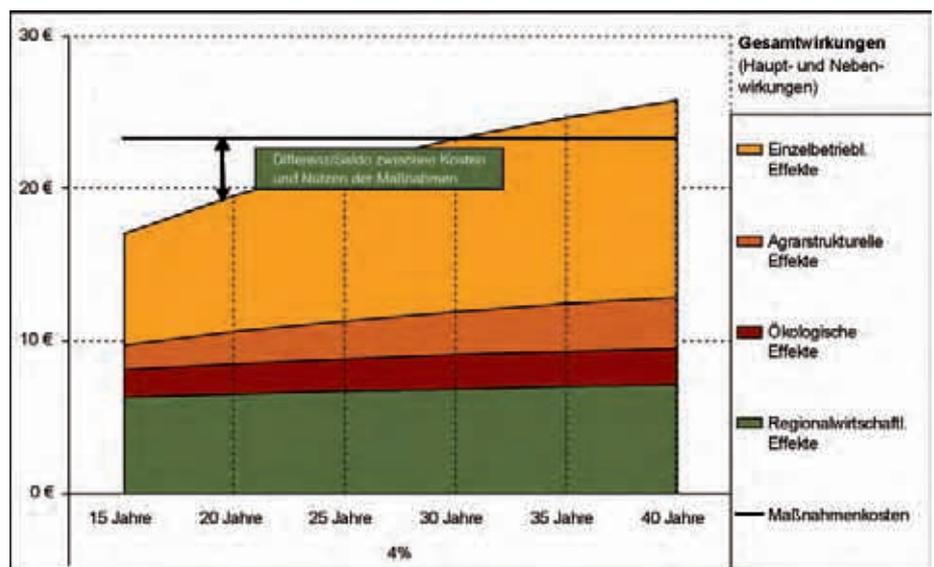
## Hauptproblem: Erosionsgefahr

Die Zusammenlegung von Flächen und der Rückbau von wasserabflussmindernden Anlagen (zum Beispiel Graswege und Ackerraine) im Rahmen der Flurneuordnung setzen die landwirtschaftlichen Flächen stärker der Wasser- und Winderosion aus. Zwar wird bei der Arrondierung auf die Möglichkeit einer hangparallelen Bewirtschaftungsweise geachtet; häufig müssen jedoch zusätzliche landschaftspflegerische Maßnahmen eingeleitet oder Retentionsbecken zur Wasserrückhaltung angelegt werden. An Gewässern dritter Ordnung werden daher – auch zum Schutz vor dem Eintrag von Pflanzenschutz- und Düngemitteln – zunehmend Uferschutzstreifen ausgewiesen bzw. Dauergrünland mit Bewirtschaftungsauflagen eingerichtet. Viele Bewirtschafteter führen in besonders

gefährdeten Lagen unmittelbar nach der Besitzeinweisung weitere acker- und pflanzenbauliche Schutzmaßnahmen durch.

## Impulse für die Kommunalentwicklung

Bauliche und gestalterische Maßnahmen im Rahmen einer Flurbereinigung können deutliche Impulse für die langfristige Kommunalentwicklung setzen. Vorteilhaft für die Kommune dabei ist, dass die Flurbereinigungsverwaltung das Management für die Ausweisung der Wege und Flächen, die später in die kommunale Hand gehen, kostenlos übernimmt. Der Ausbau von Wegen und deren bessere Vernetzung können helfen, die innerörtlichen Verkehrsbelastungen zu reduzieren. Werden Flurwege als kombinierte Rad- und Wanderwege angelegt und in überregionale Wegenetze eingebunden, tragen sie zur Verbesserung



Quelle: Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf

Abbildung: Gegenwartswert der Gesamtwirkungen der Flurneuordnung in Abhängigkeit von der Wirkungsdauer (Zinssatz 4%)

des Erholungs- und Freizeitangebotes bei. Mit der Umsetzung weiterer kommunaler oder regionaler Entwicklungsmaßnahmen parallel zur Flurneuordnung können leichter private Investitionen ausgelöst werden. So hat die Studie gezeigt, dass der Bau von Rad- und Wanderwegen immer dann stärkere touristische Impulse auslöste, wenn er mit der Schaffung von Verpflegungs- und Übernachtungsmöglichkeiten und der Erweiterung der sonstigen touristischen Infrastruktur verknüpft wurde. Solche Effekte sind in „reinen“ agrarstrukturellen Verfahren kaum zu finden.

### **Überwiegt der gesamtwirtschaftliche Nutzen?**

Es ist nicht einfach, den Nutzen von Flurneuordnungsverfahren aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zu bewerten, da man es mit einem komplexen Wirkungsgefüge zu tun hat, das je nach regionalem Kontext variiert. Die Wirkungsdauer der ausgelösten Effekte ist außerdem unterschiedlich und häufig strittig. Trotzdem muss angesichts des hohen Mittelaufwands für die Flurbereinigung untersucht werden, in welchem Verhältnis der gesamtwirtschaftliche Nutzen zu den Kosten steht.

In der Studie wurden die Ausführungskosten den Wirkungen der Verfahren gegenübergestellt. Um einmalige Zahlungen (Kosten) mit laufenden Vorteilen (Wirkungen) vergleichen zu können, erfolgte eine Diskontierung aller Werte auf den Zeitpunkt des Besitzübergangs. Dies erforderte eine Einschätzung der Wirkungsdauer der einzelnen Effekte, welche von der einmaligen Beschleunigung eines Prozesses bis zu maximal 25 Jahren reichen kann.

### **Lange Wirkungsdauer entscheidend**

Mehr als die Hälfte aller in der Studie analysierten Wirkungen korrespondiert mit den Hauptzielen der Flurbereinigung: dabei handelt es sich in erster Linie um Vorteile für die landwirtschaftlichen Betriebe (siehe *LandInForm* 3/2008). Langfristig kapitalisiert decken diese Vorteile etwa 55 Prozent der Ausführungskosten ab. Die Nebenwirkungen fallen weniger bei den Landwirten als in deren Umfeld an, etwa bei den Kommunen oder in der regionalen Wirtschaft. Besonders ausgeprägt sind dabei die regionalwirtschaftlichen Effekte – insbesondere dann, wenn die Maßnahmen mit anderen Entwicklungsvorhaben vernetzt sind. In den Beispielsverfahren decken die aggregierten Haupt- und Nebenwirkungen die Ausführungskosten aber erst nach einer Wirkungsdauer von 25 bis 30 Jahren. Dabei sind die Verwaltungskosten der Behörden noch nicht berücksichtigt.

### **Ökologische Bilanz verbessern**

Meist übernehmen die Kommunen die Maßnahmenflächen nach Abschluss der Flurneuordnungsverfahren, sind dann jedoch mit deren langfristiger Pflege oft überfordert. Die Teilnehmergeinschaften sollten deshalb stärker darauf drängen, dass von Beginn an langfristige Pflegekonzepte ausgearbeitet werden. Um diesen Prozess zu erleichtern, könnten bereits im Planungsstadium Vertreter von Naturschutzverbänden, örtlichen Vereinen oder potenzielle „Paten“ (zum Beispiel örtliche Schulen) aktiv eingebunden werden. In ausgeprägten Erosions-Gefährdungszonen sollte die Fachberatung zur Erarbeitung zweckmäßiger Bewirtschaftungskonzepte stärker eingesetzt werden.

### **Regionalwirtschaftliche Effekte durch Beteiligung stärken**

Vorgeschaltete Beteiligungsprozesse geben den Flächeneigentümern heute grundsätzlich mehr Eigenverantwortung und Entscheidungsspielraum und tragen dazu bei, die Identität der Bürger mit der eigenen

Gemeinde zu stärken. Neben der inhaltlichen Gestaltung des Verfahrens dienen Bürgerforen auch der Kommunikation und Vernetzung, um Ideen und daraus Aktivitäten oder Projekte zu entwickeln. Sofern die Maßnahmen der Flurneuordnung in ein regionales Entwicklungskonzept integriert werden, sind wirtschaftliche Nebenwirkungen auf örtlicher Ebene wahrscheinlich. Hierzu ist es jedoch notwendig, die administrativen Strukturen zu flexibilisieren und eine Zusammenarbeit über die Sektoren hinaus zu ermöglichen.

### **Mehr Effizienz unumgänglich**

Auch wenn zahlreiche qualitative Effekte nicht quantitativ messbar sind, wird die Notwendigkeit offensichtlich, die Konzeption der Flurbereinigung künftig noch stärker an Effizienzkriterien auszurichten. Möglichkeiten dazu bietet zum einen die Verkürzung und Vereinfachung von Neuordnungsverfahren und zum anderen die Anhebung der Kofinanzierungsanteile der Begünstigten – neben den Landwirten bzw. Grundeigentümern sind dies vor allem die Kommunen.

Der Abschlussbericht des Projektes „Effizienz staatlich geförderter Flurneuordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz“ steht auf der Internetseite der Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf (ART) [www.fg-art.de](http://www.fg-art.de) unter dem Menüpunkt „Publikationen 2008“ zum Download bereit.

### **Mehr Informationen:**

Prof. Dr. Otmar Seibert  
Forschungsgruppe Agrar- und  
Regionalentwicklung Triesdorf (ART)  
Telefon: 098 26 / 65 42 04  
[seibert@fg-art.de](mailto:seibert@fg-art.de)  
[www.fg-art.de](http://www.fg-art.de)

Bild: Rainer Sturm / Pixello



# Ländlich, weiblich – unternehmerisch!

Von Claudia Busch

**Mehrere Forschungsprojekte haben sich in den vergangenen Jahren mit der Frage beschäftigt, warum weniger Frauen als Männer ein Unternehmen gründen. Nur selten wurden dabei jedoch die Besonderheiten des ländlichen Raumes berücksichtigt. Eine Studie der Agrarsozialen Gesellschaft zeigt jetzt, was Gründerinnen auf dem Lande bewegt, welche Ziele sie verfolgen und welche Art der Förderung sie benötigen.**



Bild: Frank Denniger

Ländliche Räume unterscheiden sich von Agglomerationsgebieten nicht nur in Bezug auf infrastrukturelle Bedingungen wie dem Zugang zu Absatzmärkten, zur Gründungsberatung oder dem Kinderbetreuungsangebot. Auch die Zusammensetzung der sozialen Milieus und damit einhergehende Leitbilder und Wertvorstellungen sind hier anders. In ihrer Studie hat die Agrarsoziale Gesellschaft von 2006 bis 2008 in vier ländlichen Kreisen Ost- und Westdeutschlands die Hintergründe der Gründungsbereitschaft von Frauen untersucht. Dabei wurde in beiden Teilen Deutschlands je ein Landkreis ausgewählt, in denen Frauen bei Gewerbegründungen überdurchschnittlich vertreten waren und einer, in dem der Frauenanteil unterdurchschnittlich war. Neben der Analyse der räumlichen und sozioökonomischen Bedingungen wurden Interviews mit Neugründerinnen und Experten der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Frauenförderung durchgeführt, um das regionale Gründungsklima sowie die vorherrschenden Geschlechtsrollenerwartungen zu erfassen.

## Wer ist die „typische“ Gründerin auf dem Land?

Selbstständige Frauen in ländlichen Räumen bauen überwiegend Solounternehmen mit einem geringen Kapitaleinsatz auf. Ihr Geschäftskonzept richtet sich häufig nach den lokalen Gegebenheiten. Oft bewirkt beispielsweise ein leerstehendes Ladengeschäft im eigenen Wohnort, dass eine bereits länger vorhandene Gründungsidee in die Tat umgesetzt wird. Hauptmotiv einer Gründung sind ungünstige Arbeitsmarktstrukturen. Während in den alten Bundesländern längere Familienphasen die Re-

integration in den Arbeitsmarkt erschweren, zeigt sich in den neuen Bundesländern eine generell schlechte Arbeitsmarktstruktur in ländlichen Räumen. Reine Existenznot ist allerdings nur selten ausschlaggebend für die Selbstständigkeit von Frauen. Oft haben Gründerinnen die Erfahrung gemacht, mit ihren Qualifikationen nicht ausreichend anerkannt zu werden. Ihre Beschäftigungsalternativen sind oft beschränkt, weil sie aufgrund der übernommenen Familienaufgaben weniger Zeit zum Pendeln haben als ihre Partner. Dabei sind sie überwiegend gut qualifiziert, haben jedoch nur selten einen akademischen Abschluss, was sie von Gründerinnen in größeren Städten unterscheidet.

Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gegenüber einer abhängigen Beschäftigung taucht als Gründungsmotiv kaum auf, obwohl dies von Experten der Wirtschaftsförderung oft vorausgesetzt wird. Motor für den Einstieg in die Selbstständigkeit ist vielmehr die hohe Erwerbsorientierung der Frauen. Zwar hätten die Frauen sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wegen der damit verbundenen Sicherheit zunächst vorgezogen; nach einer als erfolgreich empfundenen Gründung möchten sie jedoch nicht wieder in ein solches Arbeitsverhältnis zurückkehren.

## Erfolg ist, wenn ...

Erfolg definiert sich für die typische Gründerin im ländlichen Raum nicht durch die Erzielung eines höchstmöglichen Gewinns, sondern durch das Erreichen höchstmöglicher Wohlbefindens. Hierzu gehört auch ein ausreichender Beitrag zum Familieneinkommen. Dabei ist in den alten Bun-

desländern ein Familienmodell, nach dem der Mann die Hauptverantwortung für die Einkommenssicherung übernimmt, deutlich verbreiteter als in den neuen. Neben dem Einkommen misst die typische Gründerin im ländlichen Raum ihren Erfolg an der Zufriedenheit ihrer Kunden, an der Möglichkeit, eigene Ideen umzusetzen, an der Wertschätzung ihrer Tätigkeit, dem Wohlbefinden der Familie und einer akzeptablen Arbeitsbelastung.

## Große Wirkung von Leitbildern

Im Vergleich der vier Regionen zeigte sich, dass Geschlechter- und Unternehmerstereotype einen wesentlich größeren Einfluss auf die Gründungsbereitschaft von Frauen in ländlichen Räumen haben als infrastrukturelle Bedingungen. Wenn Geschlechterstereotype öffentlich diskutiert und Gleichstellungsmaßnahmen unterstützt wurden, erhöhte dies auch den Gründerinnenanteil. So fanden sich zum Beispiel in einem Kreis mit einem überdurchschnittlich hohen Gründungsanteil von Frauen eine sehr



Bild: Rainer Gebauer

In der SBO (Servicebörse Odenwald) werden Dienstleistungen verschiedener Unternehmerinnen gemeinsam vermarktet. Links: Manuela Weidmann (Geschäftsführerin), rechts: Ulrike Gebauer (I.Vorsitzende).

engagierte Frauenbeauftragte, die das Thema Frauenerwerbstätigkeit zu einem inhaltlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht hatte, sowie ausgeprägte Netzwerke von Frauengruppen und -förderinstitutionen. In einem Kreis mit unterdurchschnittlichem Gründerinnenanteil waren Frauen in öffentlichen Ämtern hingegen kaum zu finden, während Weiterbildungs- und Vernetzungsangebote in erster Linie auf ihre Tätigkeit in der Familie zugeschnitten waren.

**Unternehmersprache kommt nicht an**

Die innerhalb der Studie befragten Neugründerinnen sahen sich nicht als „Unternehmerin“, sondern „machten sich selbstständig“. Weil sie mit ihrer Gründung oft „Arbeit suchten“, wandten sie sich bei Beratungsbedarf an die Agentur für

Arbeit, suchten jedoch keine Instanz der Wirtschaftsförderung auf. Gerade anhand der Wortwahl wird deutlich, dass eine Wirtschaftsförderung, die vielerorts auf wachstumsorientierte Hightech-Unternehmen ausgerichtet ist, die typische Gründerin im ländlichen Raum nicht erreicht.

**Vernetzung als Erfolgsfaktor**

Unstrittig ist, dass Beratung und Qualifikation die Umsetzung latenter Gründungs-ideen fördern. In beiden Landkreisen mit einem überdurchschnittlich hohen Frauenanteil an den Neugründungen zeigte sich, in welchem hohen Maß die Vernetzung von Institutionen dazu beitragen kann, dass entsprechende Angebote ihr Zielpublikum erreichen. Hier standen Arbeits- und Wirtschaftsförderung und teilweise auch die Frauenförderung in einem fachlichen Austausch. Gründungswillige Frauen, die sich an eine der genannten Institutionen wandten, hatten so Gelegenheit, alle regionalen Fördermöglichkeiten kennenzulernen. Gleichzeitig gab es in beiden Regionen ein regional angesiedeltes Beratungsangebot und besonders leichten Zugang dazu – sei es über einen Gründerinnenstammtisch, über Seminare speziell für Erst- und Kleinstgründer oder kostenfreie Erstberatungen. Auch dies scheint fördernde Effekte auf den Anteil von Frauengründungen zu haben.

**Vielfalt von Gründungen darstellen**

Aus den Ergebnissen der Studie lässt sich schließen, dass Maßnahmen zur Förderung von Gründerinnen in ländlichen Räumen an zwei Punkten ansetzen sollten. Zum einen gilt es, neue Vorbilder durch einen veränderten Umgang mit dem Unternehmerbild zu schaffen. Frauenunternehmen und Kleinstgründungen sollten ebenso selbstverständlich in Publikationen der Wirtschaftsförderung oder Kommunalpolitik dargestellt werden wie investitionsintensive Unternehmen des produzierenden Gewerbes, ohne als Abweichung von der „Normalität“ besonders betont zu werden.



Bild: Annette Heize / A+H Lichtbilder

Petra Denniger hat die Firma „Technischer Handel Denniger“ in Rothenberg (Odenwaldkreis) gegründet, bei dem Unternehmen ihren Bedarf von Arbeitskleidung bis Schraubenzieher abdecken können.

**Informationen am richtigen Ort anbieten**

Darüber hinaus sollte auf ein zielgruppen-gerechtes Angebot von Informationen zur regionalen Wirtschaftsförderung geachtet werden. In Regionen, deren Bevölkerung sich als „ländlich“ abgrenzt, werden Beratungsangebote in Oberzentren nicht aufgesucht. Ein Angebot in regionalen Beratungsstellen, an die sich auch Erst- oder Kleinstgründer wenden können, hat hingegen einen positiven Einfluss auf das Gründungsverhalten von Frauen, wenn es durch wiederholte Pressearbeit bekannt gemacht wird. Hilfreich ist hier die Bündelung aller regionalen Angebote, beispielsweise auf einer eigenen Website oder in einer Broschüre, die zudem nicht im Amt für Wirtschaftsförderung, sondern vielmehr an „Alltagsorten“ wie Arztpraxen, Supermärkten oder Vereinshäusern sowie in der Agentur für Arbeit ausgelegt werden sollte.



Bild: Foto: Strommel

Tanja Kohl hat gemeinsam mit ihrem Ehemann die Hessische Blindenführhundeschule Blickpunkt GmbH in Bad König (Odenwaldkreis) aufgebaut.

gefördert von



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



EUROPÄISCHE UNION

Der komplette Forschungsbericht steht unter [www.asg-goe.de/forschung\\_gruenderinnen.shtml](http://www.asg-goe.de/forschung_gruenderinnen.shtml) zum Download bereit.

**Mehr Informationen:**

Claudia Busch • Agrarsoziale Gesellschaft e.V. • Telefon: 05 51 / 497 09 22  
[claudia.busch@asg-goe.de](mailto:claudia.busch@asg-goe.de) • [www.asg-goe.de](http://www.asg-goe.de)

# Energie für morgen

Von Werner Kloos

**Nach dem Höhenflug im Sommer sinkt der Ölpreis. Daraus sollte aber niemand falsche Schlüsse ziehen, denn Fachleute erwarten 2030 wieder einen Preis von 200 \$ pro Barrel. Das Thema Energieversorgung bleibt also aktuell und wir müssen für die Zukunft vorsorgen. Der ländliche Raum bietet hierfür hervorragende Möglichkeiten. Um diese optimal zu nutzen, entwickelt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz derzeit einen Aktionsplan.**



Bild: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.

Eine Kurzumtriebsplantage mit Weiden zur Erzeugung von erneuerbarer Energie aus Holz.

**B**is 2020 will die Europäische Union den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20 Prozent erhöhen. Deutschland unterstützt dieses Ziel mit einem nationalen Beitrag von 18 Prozent erneuerbarer Energien. Die am 23. August 2007 in Meseberg beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung zum Klimaschutz enthalten zudem weitere konkrete Ziele, insbesondere zum Ausbau der erneuerbaren Energieträger. So sollen bis zum Jahr 2020 14 Prozent des Wärmeenergiebedarfes und mindestens 30 Prozent des Stromverbrauches aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Die Herausforderungen des Klimawandels sind dabei eng mit der Frage verknüpft, wie eine nachhaltige Energieversorgung zu wirtschaftlich vertretbaren Verbraucherpreisen langfristig sichergestellt werden kann. Die Bioenergie wird dabei eine entscheidende Rolle spielen.

## Chance für ländliche Räume

Ländliche Räume haben eine Reihe von Vorteilen, die zur Lösung der Probleme in der Energieversorgung genutzt werden können:

- Erneuerbare Energien haben, unterstützt durch die Politik der Bundesregierung, mittlerweile einen Anteil von 8,6 Prozent an der Energieversorgung erreicht. 70 Prozent davon stammen aus Biomasse. Diese wächst im ländlichen Raum: auf Äckern, Wiesen und im Wald.
- Biomasse kann direkt dort genutzt werden, wo sie wächst: im ländlichen Raum. Dies macht weite Transportwege überflüssig und spart so Geld und Energie.
- Die Produktion von Biomasse im ländlichen Raum braucht nicht neu erfunden zu werden: Sie wird dort bereits seit langem und in zunehmendem Maße produziert und genutzt. In vielen Regionen nutzen Kommunen und Landkreise die bestehenden Möglichkeiten und werden durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz oder Marktanzreizprogramme gefördert.

## Aktionsplan mit 5 Schwerpunkten

Jetzt sollen die vorhandenen guten Ansätze noch effektiver ausgestaltet, weiterentwickelt und deren Umsetzung beschleunigt werden. Dazu wird das Bundes-

ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Anfang 2009 einen Aktionsplan vorlegen, der auf fünf Säulen steht:

### Biomasseproduktion steigern

Die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln und bei fossilen Energieträgern hat in den letzten Jahren bereits zu ersten Knappheiten geführt. Voraussetzung für weitere Aktivitäten ist es deshalb, das Angebot an Biomasse zu steigern. Dieses Ziel soll durch ein Bündel von Maßnahmen erreicht werden. Dazu gehören zum Beispiel die Erhöhung der Biomasseproduktion auf landwirtschaftlichen Flächen und auf Kurzumtriebsplantagen, eine höhere nachhaltige Holzproduktion im Wald, die verstärkte Nutzung von Rest- und Abfallstoffen aus Land- und Ernährungswirtschaft, Haushalten, Gewerbe und Landschaftspflege sowie die verantwortungsvolle und effiziente Nutzung von Biomasse auf Ausgleichsflächen. Diese Maßnahmen sollen weiterhin in der Öffentlichkeit überzeugend kommuniziert werden.

### Wissen vermitteln

Durch mehr Transparenz und Verständlichkeit sollen der Bevölkerung sämtliche Aspekte der Bioenergienutzung besser vermittelt werden. Dazu gehören:

- Mehr allgemeine Verbraucherinformation über Bioenergie;
- Speziellere Vermittlung von Wissen im Rahmen der Aus- und Weiterbildung für verschiedene Zielgruppen (Verbraucher, land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Handwerker und Gewerbetreibende sowie ländliche Kommunen);
- Der Aufbau regionaler Netzwerke;
- Die Verbreitung von „Best-practice-Beispielen“ zur Bioenergienutzung durch Besichtigungsfahrten für Journalisten und Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Verwaltung;
- Der Wettbewerb „Bioenergie-Regionen“ ([www.bioenergie-regionen.de](http://www.bioenergie-regionen.de)).

### **Technische Hemmnisse abbauen**

Wegen des günstigen Preises für fossile Energieträger hat sich die technologische Entwicklung in der Vergangenheit vornehmlich auf Heizöl und Erdgas konzentriert. Erst im Zuge gestiegener Preise für fossile Brennstoffe und entsprechender Umweltauflagen entwickelte die Industrie moderne emissionsarme Verbrennungsverfahren auch für Biomasse, zum Beispiel für Holz. Weitere Verbesserungen bei Effizienz und Emissionsminderung sind aber möglich. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz fördert diese Entwicklung über die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR).

### **Rechtliche Rahmenbedingungen verbessern**

Die Erzeugung und Nutzung von Biomasse muss erleichtert, Hemmnisse müssen abgebaut werden. Ein Hemmnis für die Landwirtschaft liegt zum Beispiel im Bundeswaldgesetz. Viele Landwirte zögern beim Anbau von Kurzumtriebsplantagen, weil nicht klar geregelt ist, dass Acker durch diese Maßnahme Acker bleibt und nicht zu Wald wird. Dies soll durch eine Änderung des Bundeswaldgesetzes abgestellt werden. Außerdem müssen die gesetzlichen Anforderungen an die Biomasseverbrennung mit Augenmaß weiterentwickelt und genügend Zeit für die Entwicklung der notwendigen Technologien eingeräumt werden.

### **Zusätzliche Investitionsanreize**

Einen entscheidenden Beitrag zur Umsetzung der Konzeption sollen zusätzliche Investitionsanreize leisten. Kernelement ist hier die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Gemeinsam mit den Ländern soll die Erzeugung von Biomasse und erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden, zum Beispiel durch die Förderung von:

- Public-Private-Partnerships zwischen privaten land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben und kommunalen öffentlichen Einrichtungen. Ziel dabei ist die Versorgung von Gebäuden – wie Kitas, Schulen, Gemeindeverwaltungen, Sporthallen, Schwimmbäder oder Dorfgemeinschaftshäuser – mit regenerativer Energie;
- Unternehmenskooperationen von Land- und Forstwirten mit örtlichen Gewerbebetrieben mit dem Ziel, Fabrik- und Verwaltungsgebäude im ländlichen Raum im größeren Umfang mit regenerativen Energien zu versorgen;

Bild: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.



Die Durchwachsene Silphie – eine besonders vielversprechende Energiepflanze, die zur Zeit noch im Versuchsanbau getestet wird.

- Konzepten zur Entwicklung der örtlichen Bioenergienutzung (zum Beispiel Förderung von Dorfentwicklungsplanungen/-konzepten);
- Beratungsmaßnahmen zur Bioenergienutzung;
- Investitionen in die Bioenergie-/Biomassenutzung auf land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben.

### **Vom Konzept zur Umsetzung**

Anfang 2009 wird ein Kongress mit den vier am Aktionsplan beteiligten Gruppen durchgeführt werden: Rohstoffhersteller (zum Beispiel Land- und Forstwirte), Betreiber und Nutzer von Bioenergien und Entsorger für biogene Rest- und Abfallstoffe werden dann ihre Ideen zur weiteren Konkretisierung des Aktionsplans einbringen. Weitere Vorschläge zur Verbesserung des Maßnahmenbündels werden auch mit den Ländern im Rahmen der Diskussion zur Umsetzung der „Neuen Herausforderungen“ der Europäischen Agrarpolitik („Health Check“) Anfang 2009 beraten. Die FNR wird noch 2008 mit der Förderung konkreter Maßnahmen beginnen. Dazu gehören die Förderschwerpunkte „Akzeptanzsteigerung von Energiepflanzen in der Öffentlichkeit“ und „Regionale Bioenergieberatung und Verbraucherinformation“.

Die Konzeption „Energieversorgung für den ländlichen Raum“ ist ein ehrgeiziges Vorhaben. Zur zeitnahen Entwicklung und Umsetzung müssen alle Kräfte gebündelt und ein integrierter Ansatz für den ländlichen Raum entwickelt werden. Damit kann ein wichtiger Beitrag zur Energieversorgung, Wertschöpfung und Beschäftigung in ländlichen Räumen geleistet werden.

### **Mehr Informationen:**

Dr. Werner Kloos  
Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Referat 532  
Telefon: 02 28 / 995 29 37 67  
werner.kloos@bmelv.bund.de  
www.bmelv.de

Bild: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.



Auch zu Sudangras als Energiepflanze gibt es erst seit relativ kurzer Zeit Anbauerfahrungen, die noch keine eindeutigen Schlüsse über die erzielbare Biogasausbeute zulassen.

# GAP-Gesundheitsprüfung: Mehr Markt und stärkere 2. Säule

Von Heinz-Wilhelm Geldermann

**Nach intensiven Verhandlungen hat der EU-Agrarrat am 20. November 2008 eine Reihe wichtiger Entscheidungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) getroffen. Die Kürzung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen zugunsten der 2. Säule und der Umfang der Milchquotenerhöhung standen im Mittelpunkt der Diskussion.**

**B**ei den Verhandlungen des EU-Agrarrates waren die Mitgliedstaaten vor allem in der Frage nach dem richtigen Weg für einen sanften Ausstieg aus der Milchquote im Jahr 2015 uneinig. Beschlossen wurde schließlich die Anhebung der Milchquote um jeweils 1 Prozent in den Jahren 2009 bis 2013. Auf deutsches Drängen wird dieser Beschluss 2010 bis 2012 im Lichte der Marktsituation überprüft. Bei übermäßigen Marktstörungen können dann zum Beispiel die weiteren Quotenerhöhungen ausgesetzt werden. Zusätzliche Fördermaßnahmen im Rahmen der so genannten 2. Säule der GAP – also für die Entwicklung des ländlichen Raumes – sollen den Quotenausstieg flankieren: zum Beispiel eine stärkere Agrarinvestitionsförderung, höhere Beihilfesätze für besonders benachteiligte Grünlandstandorte und die Weideprämie. Außerdem wird die Bindung der Investitionsförderung an die vorhandenen Milchquoten aufgehoben.

## **Direktzahlungen sinken,...**

Der zweite zentrale Punkt betrifft die Erhöhung der obligatorischen Modulation, bei der landwirtschaftliche Direktzahlungen gekürzt und die eingesparten Mittel für die ländliche Entwicklung bereitgestellt werden. Der Ratsbeschluss sieht in den Haushaltsjahren 2010 bis 2013 eine stufenweise von

2 auf 5 Prozent steigende, zusätzliche Kürzung aller Direktzahlungen, die einen Freibetrag von 5.000 Euro überschreiten, vor. Außerdem gilt ab 2010 eine weitere Kürzung von 4 Prozent für den Direktzahlungsbetrag, der 300.000 Euro überschreitet. Damit verringern sich die Direktzahlungen für die deutsche Landwirtschaft um rund 110 Mio. Euro im Jahr 2010 und etwa 240 Mio. Euro im Jahr 2013.

Die zusätzlichen Modulationsmittel sollten ursprünglich nur für Maßnahmen zugunsten der vier neuen Herausforderungen Klimawandel, Erneuerbare Energien, Wasserwirtschaft und Biodiversität genutzt werden. Auf Drängen Deutschlands wurde nun erreicht, dass auch Milch-Begleitmaßnahmen hier einbezogen und die bereits in den Programmen existierenden Maßnahmen zugunsten der neuen Herausforderungen angerechnet werden. Damit können die deutschen Bundesländer nun weitgehend frei über den Einsatz der zusätzlichen Modulationsmittel im Rahmen der 2. Säule entscheiden.

## **... ELER-Mittel steigen**

Durch die Übertragung von ungenutzten Restmitteln aus den entkoppelten Direktzahlungen in die 2. Säule der GAP soll die ländliche Entwicklung in Deutschland

weiter gestärkt werden. Dadurch wird der ELER ab dem Haushaltsjahr 2011 zusätzlich um ca. 45 Mio. Euro pro Jahr aufgestockt. Rechnet man den zusätzlichen Modulationsmitteln und den Restmitteln, die übrigens vollständig im jeweiligen Mitgliedstaat verbleiben, noch die nationalen Kofinanzierungsmittel hinzu, stehen für die ländliche Entwicklung im Jahr 2010 zusätzlich 130 Mio. Euro und im Jahr 2013 zusätzlich 350 Mio. Euro zur Verfügung. Dies bedeutet einen Anstieg der öffentlichen Mittel im Rahmen der deutschen ELER-Programme um ca. 15 Prozent im Jahr 2013. Hierbei wurde bereits berücksichtigt, dass die nationalen Kofinanzierungssätze für die zusätzlichen Modulationsmittel nur noch 10 Prozent in Konvergenz- und 25 Prozent in den anderen Gebieten betragen und somit nahezu halbiert wurden.

Im kommenden Jahr müssen alle Beteiligten große Anstrengungen unternehmen, damit die neuen Fördermaßnahmen und zusätzlichen Mittel rechtzeitig zum 1. Januar 2010 eingesetzt werden können: Ratsrecht, Durchführungsverordnungen, der Nationale Strategieplan, die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes und die Länderprogramme müssen entsprechend der Beschlüsse des Health Checks überarbeitet werden.

## **Mehr Informationen:**

Heinz-Wilhelm Geldermann  
Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Referat 521  
Telefon: 02 28 / 995 29 33 31  
heinz-wilhelm.geldermann@bmelv.bund.de



Ein Hauptstreitpunkt bei den Verhandlungen zum Health Check: der richtige Weg für einen sanften Ausstieg aus der Milchquote.

# „Ländliche Räume in Aktion“: EU-Konferenz in Zypern

Von **Theodor Bühner**

„Europas ländliche Räume in Aktion – Neue Herausforderungen annehmen“ lautete der Titel der Konferenz, zu der die EU-Kommission am 16. und 17. Oktober 2008 ins zypriische Limassol geladen hatte. Nahezu 600 Vertreter von EU-Institutionen – Kommission, Parlament, Ausschuss der Regionen, Wirtschafts- und Sozialausschuss, Rechnungshof – sowie von Regierungen, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen der 27 EU-Mitgliedstaaten waren der Einladung gefolgt. EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel hob die nach 2013 weiter wachsende Bedeutung der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik hervor; gleichzeitig betonte sie, dass die Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume auch künftig untrennbar miteinander verbunden sein werden. EU-Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou unterstrich den besonderen Stellenwert,

den die Verbrauchernachfrage und Nahrungsmittelsicherheit/-qualität für die ländliche Entwicklung haben.

In fünf Arbeitsgruppen diskutierten die Konferenzteilnehmer folgende Themen:

- Agrarwirtschaft im globalen Wettbewerb
- Anpassung von Land- und Forstwirtschaft an den Klimawandel
- Flächennutzung und öffentliche Güter
- Entwicklungspotenziale ländlicher Räume
- Umsetzung der ländlichen Entwicklungspolitik und Vernetzung.

Bei Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung müssten sowohl die territorialen als auch die thematischen Ziele stärker berücksichtigt werden; auch dürften diese Maßnahmen sich nicht auf strukturschwache Gebiete beschränken, so eine Forderung der Teilnehmer. Einen weiteren Schwerpunkt

## Mehr Informationen:

Dr. Theodor Bühner  
Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Referat 521  
Telefon: 02 28 / 995 29 41 51  
theodor.buehner@bmelv.bund.de

der Diskussionen bildeten die Einbindung der Land- und Forstwirtschaft in die ländlichen Entwicklungsprozesse sowie die Anpassungsmöglichkeiten des Sektors an veränderte natürliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Die Beiträge der Konferenz können im Internet unter [www.ec.europa.eu/agriculture/events/cyprus2008](http://www.ec.europa.eu/agriculture/events/cyprus2008) eingesehen werden.

# Änderungen im GAK- Rahmenplan 2009

Von **Jörg Lotz**

Am 29. Oktober 2008 haben sich die zuständigen Haushalts- und Koordinierungsreferentinnen und -referenten von Bund und Ländern auf Änderungen im Rahmenplan 2009 der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) verständigt. Wenn die für die GAK zuständigen Ministerinnen und Minister im Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK) zustimmen und das Haushaltsgesetz in Kraft getreten ist, werden ab 2009 insbesondere folgende Ergänzungen vorgenommen:

Neu eingerichtet wird – zusätzlich zur bestehenden Küstenschutzförderung – ein Sonderrahmenplan für Maßnahmen des Küstenschutzes infolge des Klimawandels. Dafür stellt der Bund bis 2025 insgesamt 380 Millionen Euro (jährlich 25 Mio. Euro) bereit. Die Agrarumwelt- und Ökolandbauförderung wird für nahezu alle Maßnahmen

deutlich angehoben. Vor dem Hintergrund gesteigerter Erzeugerpreise für konventionelle Agrarerzeugnisse sollen damit die durch Umweltmaßnahmen entstehenden Einkommensverluste ausgeglichen werden.

Aufgrund der breiten Zustimmung wird der PLANAK die Änderungen im schriftlichen Umlaufverfahren beschließen. Allerdings werden Bund und Länder noch in diesem Jahr beginnen, Änderungsanträge mit großem Beratungsbedarf – zum Beispiel Modifikationen im Hinblick auf den Milchfonds, den Klimaschutz, erneuerbare Energien, Wassermanagement oder Artenvielfalt – zu diskutieren, die erst im Rahmenplan 2010 umgesetzt werden sollen. Denn die Änderungen, die nach dem Health Check der Gemeinsamen Agrarpolitik erforderlich sind (siehe Seite 44), sollen der EU-Kommission schon im Sommer 2009 zugeleitet werden.

Bild: Gabi Schoenemann / Pixelio



Ab 2009 ist im Rahmen der GAK mehr Geld für den Küstenschutz und für die Ökolandbau- und Agrarumweltförderung vorgesehen.

Bild: Angelika Lotz / Pixelio



## Mehr Informationen:

Jörg Lotz  
Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Referat 521  
Telefon: 02 28 / 995 29 33 80  
joerg.lotz@bmelv.bund.de

# Gemeinsam Gutes anstiften

Von Burkhard Küstermann

**Bürgerstiftungen gibt es in Deutschland seit mittlerweile mehr als zehn Jahren. Die Idee dahinter: Die Bürger einer Stadt oder Region bestimmen mit ihren Ideen und ihrem Kapital selbst, in welche Bereiche ihres Zusammenlebens sie stärker investieren wollen. Rat und Unterstützung erhalten sie dabei von der „Initiative Bürgerstiftungen“.**



Bild: Carmen Voxbrunner / Bürgerstiftung für den Landkreis Fürstentfeldbruck

Ehrenamtliche Mitarbeiter der Bürgerstiftung für den Landkreis Fürstentfeldbruck.

**M**ehr als 500 Interessierte trafen sich Mitte Oktober dieses Jahres in Wismar, um den 10. Geburtstag der örtlichen Bürgerstiftung zu feiern. Festredner Bundespräsident Horst Köhler nutzte die Gelegenheit, um die Bürgerstiftungsbewegung in Deutschland insgesamt zu würdigen. Bereits im Juni 2008 hatte der Bundespräsident die Bedeutung dieser Einrichtung hervorgehoben: „Die Bürgerstiftungen stehen für starken Bürgersinn in Deutschland. Davon können wir nicht genug haben, denn das gute Miteinander lebt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger am Geschehen vor Ort Anteil nehmen und vor allem auch: Mitverantwortung übernehmen.“

## **Eine Idee begeistert**

Als 1996 in Gütersloh die erste deutsche Bürgerstiftung nach dem amerikanischen Vorbild der Community Foundation errichtet wurde, hatte wohl kaum jemand

vorausgesehen, dass ihre Anzahl im Laufe der folgenden Jahre auf knapp 200 ansteigen würde. Mehr als 13.000 Stifter haben sich bereits für diese Idee begeistert lassen. Damit bilden sie die größte Gruppe lebender Stifter in Deutschland. Allein im vergangenen Jahr ist das Kapital, das die Bürgerstiftungen zusammengetragen haben, um ein Drittel angestiegen; es beläuft sich auf mittlerweile 100 Millionen Euro.

## **Oberstes Ziel: Menschen verbinden!**

Eine Bürgerstiftung ist eine unabhängige, gemeinnützige Stiftung von Bürgern für Bürger. Sie engagiert sich in einem bestimmten Gebiet für das Gemeinwesen. Dabei entwickeln die Aktiven zahlreiche innovative Ideen und Lösungsansätze für die spezifischen Bedürfnisse vor Ort. Sehr beliebt sind etwa Lesepatenschaften, durch die Kinder im Kindergarten und in

der Grundschule schon frühzeitig an das Thema Bildung herangeführt werden. Generationenverbindende Projekte nehmen ebenfalls einen Schwerpunkt in der Arbeit der Bürgerstiftungen ein – im nordrhein-westfälischen Düren etwa begegnen Zeitzeugen, die den Zweiten Weltkrieg und die Vertreibung miterlebt haben, Schülern und geben so ihre persönliche Geschichte und Erfahrungen an nachfolgende Generationen weiter. Die Bürgerstiftung Achim widmet sich unter anderem der Belebung des Stadtbildes: Sie stellte Parkbänke zur Verfügung, die in der Fußgängerzone des niedersächsischen Ortes zum Verweilen einladen. Die örtlichen Geschäfte haben die Verantwortung für jeweils eine der Parkbänke übernommen.

## **Auch eine Lösung für ländliche Räume**

Das Vorurteil, dass Bürgerstiftungen nur in urbanen Ballungsräumen erfolgreich errichtet werden können, wird von der Praxis in Deutschland übrigens deutlich widerlegt: Von den 166 Gütesiegelbürgerstiftungen (siehe Infokasten) konzentrieren sich knapp 30 in ihrer Arbeit ausdrücklich nicht allein auf eine Stadt, sondern binden darüber hinaus die Menschen der Umgebung in die Arbeit der Stiftung mit ein. Mit der Errichtung einer Bürgerstiftung, die sich auf den gesamten Landkreis erstreckt, machten die Einwohner von Fürstentfeldbruck etwa ihrem Landkreis zu seinem 175. Geburtstag ein ganz besonderes Geschenk. Die räumlich größte Stiftung Deutschlands ist die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark: Sie erstreckt sich über zwei Landkreise und erfasst damit ein Gebiet, das größer ist als das Saarland.

## **Unabhängigkeit ist wichtig**

Was die Faszination der Bürgerstiftungen ausmacht, lässt sich am besten in dem Slogan „Gemeinsam Gutes anstiften“



Generationsdialog in einem Projekt der Stadt Stiftung Gütersloh.

Bilder: Thomas Kunsch / Stadt Stiftung Gütersloh - Die Bürgerstiftung



zusammenfassen. In der Regel handelt es sich nicht um einen Einzelstifter, der das Stiftungskapital aufbringt, sondern um eine Vielzahl von Engagierten, die mit kleineren und größeren Beträgen die Arbeit der Bürgerstiftung ermöglichen. Auch sind es die Bürger selbst, die in Vorstand und Kontrollorgan die Ausrichtung der Stiftung bestimmen. Da es gilt, auch solche Bürger für die Stiftungsarbeit zu gewinnen, die beispielsweise städtischen Aktivitäten kritisch gegenüberstehen, sollte bereits zum Zeitpunkt der Gründung darauf geachtet werden, dass die Stiftung sich nicht zu nah an die Kommune, die Kirche oder etwa eine Bank bindet. „Die Bürger dürfen nicht den Eindruck haben, dass wir über die Stiftung gewissermaßen versuchen, Steuern einzuwerben“, formulierte es ein Bürgermeister, der sich für die Gründung einer Bürgerstiftung in seiner Stadt einsetzte.

### **Rat gefällig? Die „Initiative Bürgerstiftungen“ hilft**

Rat in allen Fragen zur Errichtung von Bürgerstiftungen und zur Professionalisierung ihrer Arbeit gibt die Initiative Bürgerstiftungen (IBS). Die IBS ist ein Projekt des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und wird finanziell getragen durch die Breuninger-Stiftung, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Charles Stewart Mott Foundation, die Körber-Stiftung und die Robert Bosch

Stiftung. Dank der Unterstützung dieser Förderer ist die Beratung durch die IBS für Gründungsinitiativen und gegründete Bürgerstiftungen kostenfrei. Zahlreiche Informationen und Materialien sind auf der Internetseite [www.die-deutschen-buergerstiftungen.de](http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de) abrufbar. Die Mitarbeiter stehen darüber hinaus für telefonische Beratung sowie auch für Besuche vor Ort zur Verfügung. Die IBS wird in ihrer Arbeit durch zehn Regionalkuratoren in den Bundesländern unterstützt. Diese verfügen aufgrund ihrer Arbeit in Vorstand und Stiftungsrat über praktische Erfahrungen, die sie gern an die Bürgerstiftungen und Gründungsinitiativen in der jeweiligen Region weitergeben.

### **Schwerpunkt: östliche Bundesländer**

Ein Schwerpunkt der Arbeit in den kommenden drei Jahren wird auf den ostdeutschen Bundesländern liegen. Finanziert durch das Bundesfamilienministerium und in Kooperation mit der Bürgerstiftung Dresden, hat die IBS das Projekt „Bürger- und Gemeinschaftsstiftungen Ost“ ins Leben gerufen. Mit Informationsveranstaltungen, einer kleinen Ausstellung und Beratungen vor Ort soll dazu angeregt werden, bestehendes bürgerschaftliches Engagement im Rahmen einer Stiftung zu bündeln (weitere Informationen unter: [www.gemeinschaftsstiftungen-ost.de](http://www.gemeinschaftsstiftungen-ost.de)).

### **Was macht eine Bürgerstiftung aus?**

Eine gesetzliche Definition für Bürgerstiftungen gibt es nicht. Daher haben sich die Mitstreiter im Jahr 2000 eine eigene Definition gegeben – die „10 Merkmale einer Bürgerstiftung“. Die Präambel fasst in knappen Worten die Charakteristika zusammen: „Eine Bürgerstiftung ist eine unabhängige, autonom handelnde, gemeinnützige Stiftung von Bürgern für Bürger mit möglichst breitem Stiftungszweck. Sie engagiert sich nachhaltig und dauerhaft für das Gemeinwesen in einem geografisch begrenzten Raum und ist in der Regel fördernd und operativ für alle Bürger ihres definierten Einzugsgebietes tätig. Sie unterstützt mit ihrer Arbeit bürgerschaftliches Engagement.“ Bürgerstiftungen, die alle zehn Merkmale erfüllen, haben die Möglichkeit, sich beim Bundesverband Deutscher Stiftungen um das Gütesiegel zu bewerben. Gegenwärtig tragen 166 Stiftungen dieses Gütesiegel.

Gemeinsam ist allen Bürgerstiftungen die Nachhaltigkeit ihres Wirkens. Das Stiftungskapital wird angelegt und soll dauerhaft erhalten werden. Lediglich die Zinsen und zusätzlich eingeworbene Spenden werden eingesetzt, um den Stiftungszweck zu verwirklichen. Bürgerstiftungen werben aber nicht nur um Spenden, sondern auch um Bürger, die sich mit ihren kreativen Ideen und ihrer Zeit in die Stiftungsarbeit einbringen. Somit bieten die Bürgerstiftungen vielfältige Möglichkeiten des Engagements.

### **Mehr Informationen:**

Dr. Burkhard Küstermann, LL.M.  
Leiter Initiative Bürgerstiftungen  
Haus Deutscher Stiftungen  
Telefon: 0 30 / 89 79 47 90  
[buergerstiftungen@stiftungen.org](mailto:buergerstiftungen@stiftungen.org)  
[www.die-deutschen-buergerstiftungen.de](http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de)



Bilder: Thomas Kunsch / Stadt Stiftung Gütersloh - Die Bürgerstiftung

Die Stadt Stiftung Gütersloh fördert das Projekt „Probierwerkstatt“ im Rahmen der Berufsvorbereitung von Hauptschülern.



# Versteckte Kompetenzen entdecken und nutzen

Von Edith Trossen-Pflug und Juliane Mante

**Biographische und berufliche Umbruchsituationen sind in ländlichen Regionen keine Seltenheit. Um Menschen systematisch dabei zu unterstützen, ihre Kompetenzen zu erfassen und für die persönliche und berufliche Weiterentwicklung zu nutzen, bietet das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung einen bundesweit anerkannten Qualifikationsnachweis an: den ProfilPASS.**

**D**urch die systematische Ermittlung und Darstellung der individuellen Fähigkeiten soll der ProfilPASS Menschen dazu anregen, sich mit dem eigenen Handeln und den dabei genutzten Kompetenzen intensiv auseinanderzusetzen und sich so ihrer persönlichen Stärken bewusst zu werden.

Wichtiges Ziel ist dabei die Aufwertung von Kompetenzen, die außerhalb von Schule und Berufsausbildung erworben wurden, etwa im Ehrenamt, in der Freizeit oder als Familienmitglied. Dadurch soll unter anderem die Chancengleichheit erhöht und die Teilhabe an Bildung und Entwicklungsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft verbessert werden.

## **Den Blick erweitern – Kompetenzen erkennen**

Einen ProfilPASS zu erstellen, ist weit mehr als eine reine Bestandsaufnahme. Der Prozess der Ermittlung individueller Fähigkeiten hat gleichzeitig eine beratende Funktion, die besonders für Lebensphasen von Bedeutung sein kann, in denen eine berufliche Weiterentwicklung ansteht – sei es zur Vorbereitung des (Wieder-)Eintritts ins Erwerbsleben, sei es zur beruflichen und persönlichen (Neu-)Orientierung oder zur Planung zukünftiger Lernvorhaben. Durch den geschulten Blick von außen lässt sich das eigene Handeln vertieft wahrnehmen. So können auch bisher weniger bewusste Fähigkeiten und Kompetenzen aufgedeckt werden.

## **Lebensphasen genau analysiert**

Der ProfilPASS wird in zwei Varianten angeboten: für Erwachsene und für Jugendliche ab 14 Jahren. Mit einer an die jeweilige Zielgruppe angepassten Form werden hierfür zunächst die persönlichen Stärken in Einzel- oder Gruppenberatungen ermittelt. Dabei werden verschiedene Phasen und Bereiche des Lebens – wie Familie, Wehr- oder Ersatzdienst, Beruf und Ehrenamt – anhand festgelegter Kriterien daraufhin untersucht, welchen Beitrag diese zur Kompetenzentwicklung beigetragen haben. Die Ergebnisse werden einerseits ausführlich in einem Ordner dargestellt. Andererseits bescheinigt ein Kompetenznachweis in zusammengefasster Form, durch welche



Bild: Edith Trossen-Pflug

– sonst schwer belegbaren – Fähigkeiten sich die Person auszeichnet und dass sie sich mit ihren Profil auseinandergesetzt hat.

### **ProfilPASS-Dialogzentren: Angebote für Anbieter und Nachfrager**

In der gesamten Bundesrepublik bieten Berater und Beraterinnen in so genannten ProfilPASS-Dialogzentren ihre Leistungen an. Das sind zum Beispiel berufliche Bildungszentren oder Volkshochschulen, die über die bundesweit zuständige Koordinierungsstelle – die ProfilPASS-Serviceestelle beim Deutschen Institut für Erwachsenenbildung in Bonn – zertifiziert werden. Zurzeit gibt es 42 Dialogzentren, die von der bundesweiten Serviceestelle zertifiziert wurden und mit ihr kooperieren.

Zu den Leistungen der Dialogzentren zählen neben der Informationsvermittlung und der Erstellung von ProfilPÄSSEN auch weiterführende Einzel- und Gruppenberatungen sowie Seminare zur Berufsfindung, zur beruflichen Weiterentwicklung und zum Bewerbungstraining. Außerdem bieten die Dialogzentren auch Qualifizierungsangebote für Berater/-innen und Kursleiter/-innen an.

### **Förderung ist möglich**

Der ProfilPASS selbst und die damit verbundenen Beratungsleistungen sind kostenpflichtig. Die Kosten für die Einzelberatungen können aber von Arbeitsagenturen und Jobcentern übernommen werden. Nachfragen lohnt sich auf jeden Fall! Zudem konzentrieren sich viele Dialogstellen auf die Förderung bestimmter Zielgruppen, zum Beispiel Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund. Für diese Zielgruppen werden die angebotenen Leistungen mit öffentlichen Mitteln gefördert, so dass sich die Kosten für die Beratung Suchenden reduzieren.

### **Rhein Hessen und Pfalz: Frauen im Fokus**

In den Dialogzentren Bad Kreuznach (Rhein Hessen) und Landau (Pfalz) sind vor allem Frauen die Zielgruppe der Aktivitäten. In beiden Regionen gibt es eine starke öffentliche Aufmerksamkeit für die Förderung von Frauen und auch eine finanzielle Unterstützung für die Teilnehmerinnen. Hier werden neben der ProfilPASS-Entwicklung Seminare und Kurse speziell für Frauen in

ländlichen Regionen angeboten, um deren berufliche Qualifizierung zu fördern. Berater/innen und Kursleiter/innen können außerdem in speziellen, mehrtägigen Kursen die Qualifizierung für die praktische Verwendung des ProfilPASSes erwerben und eine Supervision durchführen.

Im Februar 2009 veranstaltet das Dialogzentrum in Bad Kreuznach erstmalig eine Infobörse für Frauen. Unter dem Titel „Wiedereinstieg für Frauen“ sollen Frauen in der Region ermutigt werden, ihren Beruf wieder auszuüben oder eine selbstständige Tätigkeit aufzunehmen. Mit der Botschaft „Trau Dich“ werden praxistaugliche Modelle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufgezeigt. Existenzgründerinnen und lokale Unternehmerinnen erläutern „Best-Practice-Beispiele“ für Unternehmensgründungen im ländlichen Raum. Damit soll auch ein Zeichen an die Unternehmen in der Region gesendet werden.

### **Bewusstsein ändern, Frauen ermutigen**

„Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels muss ein Umdenken stattfinden“, so Judith Harder, Profilpassberaterin und eine der Initiatorinnen der Infobörse. „Unternehmen sollten Frauen mehr Flexibilität anbieten“. Langfristig soll erreicht werden, dass Frauen in der Region Rhein-Hunsrück in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft stärker präsent sind.

Dafür wollen (beruflich) erfolgreiche Frauen auf dem Infotag Signale setzen und den Besucherinnen Mut machen, „ins Tun zu kommen“. Die in Bad Kreuznach präsentierten Themen werden später „mobil“ und im Rahmen weiterer kleinerer Veranstaltungen an anderen Orten wiederholt oder fortgeführt. Diese Veranstaltungen können eine Plattform sein, um flächendeckend ein aktives Frauen-Unternehmerinnen-Netzwerk zu schaffen.

Von Januar bis April 2009 werden außerdem einmal monatlich am Sonntagvormittag Themen wie Stressbewältigungsstrategien, Marketing mit kleinem Budget, Recht im Einzelunternehmen sowie Steuern und Finanzen angeboten. Dieses Angebot basiert auf einer Kooperation mit dem Unternehmerinnentreff in der Verbandsgemeinde Wörrstadt. Neben der Vermittlung von Know-how gibt es dabei auch immer die Möglichkeit, Netzwerke aufzubauen.



Stärken kennen – Stärken nutzen

### **Der ProfilPASS**

Der ProfilPASS wurde 2006 vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) und dem Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforforschung (IES) entwickelt. Er wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziell gefördert. Nähere Informationen zum ProfilPASS und zu Dialogzentren in Ihrer Nähe finden Sie auf der Internetseite der ProfilPASS-Serviceestelle beim Deutschen Institut für Erwachsenenbildung in Bonn: [www.profilpass-online.de](http://www.profilpass-online.de).

### **Infobörsen für Frauen**

Das Projekt „Infobörsen für Frauen“ wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiiert und gefördert. Informationen dazu finden Interessierte unter [www.infoborsen-fuer-frauen.de](http://www.infoborsen-fuer-frauen.de). Hier bekommen Veranstalterinnen wertvolle Tipps und Unterstützung für eigene Projekte – auch vor Ort.

### **Mehr Informationen:**

Edith Trossen-Pflug  
ETEPE  
Marketing Beratung + Coaching  
ProfilPASS-Beraterin  
Telefon: 067 32 / 96 47 33  
[info@etepemarketing](mailto:info@etepemarketing)  
[www.etepemarketing.de](http://www.etepemarketing.de)



### **Regionen Aktiv – ein Blick dahinter**

Von Isabell Friess

„Regional Governance“ als Konzept gewinnt in der Diskussion über eine erfolgreiche Regionalpolitik immer mehr an Bedeutung: Merkmale des neuen Konzepts sind die Aufwertung der regionalen Selbstverantwortung, die intersektorale Kooperation durch regionale Netzwerke und Partnerschaften und die Anreizsteuerung durch Finanzen, Wettbewerb und Evaluation – Merkmale, die ebenfalls Teil des LEADER-Ansatzes sind.

Auch bei dem Modellvorhaben des Bundes „Regionen Aktiv“ wurden die Aspekte der „Regional Governance“ eingesetzt. Die hier vorgestellte Publikation ist die überarbeitete Dokumentation einer Tagung, die im Rahmen der euregia 2006 stattfand. Ziel war es, die Fortschritte in den Regionen kritisch zu hinterfragen und die Ergebnisse zu analysieren. Zu Beginn geht Sebastian Elbe auf den Steuerungsansatz und die Förderphilosophie ein, die dem Modellvorhaben zu Grunde lagen. Danach beleuchtet Anna Meinecke, wie regionale Netzwerke und die Durchführung von Leistungswettbewerben gesteuert werden können und welche unterschiedlichen Netzwerktypen es gibt. Michael Böcher und Sebastian Tränker erläutern, welche auf den politischen Umsetzungsprozess bezogenen Faktoren zum Erfolg führen. In wieweit der gewählte Ansatz auch ökonomisch tragfähig und sinnvoll ist, hinterfragt Katrin Weiß. Robert Lukesch, Harald Payer und Jutta Rabenau entwerfen zum Abschluss, wie das ideale Förderprogramm der Zukunft aussehen könnte.

Michael Böcher, Max Krott, Sebastian Tränker (Hrsg.), 2008: Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung. Ergebnisse der Begleitforschung zum Modell- und Demonstrationsvorhaben „Regionen Aktiv“. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 205 Seiten.



### **Zur Zukunft ländlicher Räume**

Von Juliane Mante

Das 2008 erschienene Buch „Zur Zukunft ländlicher Räume“ will ein Gegengewicht zu der meist negativ geprägten Berichterstattung über periphere ländliche Räume setzen: Es beschreibt nicht nur die Veränderungen, denen ökologische und sozio-ökonomische Systeme in ländlichen Räumen unterworfen sind, sondern zeigt auch, wie zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung dieser Regionen beigetragen werden kann.

Dafür werden exemplarisch drei dünn besiedelte Landkreise in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern unter die Lupe genommen: Barnim, Uckermark und Uecker-Randow. Sie stellen aus naturräumlicher und aus sozioökonomischer Sicht Extremfälle dar und zeigen damit die Chancen und Probleme ländlicher Räume in Mitteleuropa in ihrer ganzen Schärfe.

Das Buch gliedert sich in fünf Teile: Nach einer Einleitung befasst sich der zweite Teil mit den Strukturen der nordostdeutschen Untersuchungsregionen und deren Wandel. Das dritte Kapitel beschreibt die grundlegenden, überregionalen Landnutzungstendenzen, das vierte analysiert vertiefend fünf Entwicklungsoptionen ländlicher Räume. Im letzten Teil schließlich erhalten Akteure aus Politik und Verwaltung, Kommunen, Verbänden und Initiativen sowie Einzelpersonen zehn Kernempfehlungen für eine zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume.

Das Buch ist Ergebnis der dreijährigen Arbeit der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftorientierte Nutzung Ländlicher Räume (LandInnovation) der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Reinhard F. Hüttl, Oliver Bens, Tobias Plieñinger (Hrsg.), 2008: Zur Zukunft ländlicher Räume – Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Nordostdeutschlands. Berlin, Akademie Verlag, 441 Seiten.



### **Naturschutz im ökologischen Ackerbau – ein Praxishandbuch**

Von Ursula Stratmann

Häufig wollen Landwirte Naturschutzziele auf ihrer Betriebsfläche berücksichtigen, möchten aber selbst entscheiden können, welche Maßnahmen sie in welchem Umfang umsetzen. Mit dem vorliegenden Handbuch wird ihnen dafür nun das notwendige Rüstzeug an die Hand gegeben: Hier werden in kurz gefasster, optisch ansprechender und leicht verständlicher Form speziell für den Ackerbau Maßnahmen vorgeschlagen, die betriebswirtschaftlich kalkuliert und im Betrieb problemlos umzusetzen sind. 20 Maßnahmen- und 17 Artensteckbriefe sowie Kurzbeschreibungen weiterer relevanter Maßnahmen und Arten bieten konkrete Handlungsempfehlungen. Sie helfen dem Landwirt zu beurteilen, auf welchen Flächen es sich lohnt, bestimmte Arten zu fördern. Die Maßnahmen lassen sich im Idealfall in ein gesamtbetriebliches Konzept integrieren.

Das Buch wertet Erfahrungen aus, die im Rahmen eines fünfjährigen Erprobungs- und Entwicklungsvorhabens zur naturschutzfachlichen Optimierung des großflächigen Ökolandbaus in Brandenburg gesammelt wurden. Daher bezieht sich die Gültigkeit der Aussagen vorrangig auf die ackerbaulichen Verhältnisse Nordostdeutschlands und zudem – wenn auch nicht ausschließlich – auf die spezifischen Produktionsbedingungen des ökologischen Landbaus. Dennoch ist das Buch aufgrund der vielen Anregungen, die es gerade für den aus Naturschutzsicht häufig „schwierigen“ Bereich Acker bietet, unbedingt empfehlenswert.

Sarah Fuchs und Karin Stein-Bachinger, 2008: Naturschutz im Ökolandbau – Praxishandbuch für den ökologischen Ackerbau im nordostdeutschen Raum. Mainz, Bioland Verlags GmbH, 144 Seiten.

## ... angekündigt

### **Zukunftsforum ländliche Entwicklung im Rahmen der Internationalen Grünen Woche (IGW) 2009 21.–22.01.2009, in Berlin**

Das vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) veranstaltete Zukunftsforum ist 2009 zum zweiten Mal eine Plattform zum Austausch in Bereich der ländlichen Entwicklung. Die Veranstaltung teilt sich in die Hauptveranstaltung des BMELV am 22. Januar und zwölf Begleitveranstaltungen, die an beiden Tagen stattfinden. Im Rahmen der Hauptveranstaltung des BMELV wird eine Podiumsdiskussion zum Thema Wirtschaft und Arbeit in ländlichen Räumen im Mittelpunkt stehen. Dabei wird die Bedeutung ländlicher Räume für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen diskutiert. Es wird aber auch erörtert, wie das wirtschaftliche Potenzial

ländlicher Regionen weiter entwickelt und gefördert werden kann.

Die zwölf Begleitveranstaltungen verschiedener Veranstalter aus Politik, Wirtschaft, Verbänden, Netzwerken und Wissenschaft bieten Akteuren im ländlichen Raum die Gelegenheit, eine breite Themenpalette zu diskutieren und den Informationsaustausch zu pflegen. Thematisch spannt sich der Bogen von Infrastrukturentwicklung und Daseinsvorsorge über Flächenmanagement, die Innenentwicklung von Dörfern bis hin zum Artenschutz mit der Landwirtschaft, die biologische Vielfalt und regional erzeugte Bioprodukte zum Bundeswettbewerb „Unsere Stadt blüht auf“. Außerdem wird die Zusammenarbeit zwischen Akteuren

aus Südosteuropa und der EU diskutiert, die Frage behandelt, welche Bedeutung das Geschäftsfeld „Ländlicher Raum“ für Banken hat und die Rolle von Landwirte in regionalen Entwicklungsprozessen unter die Lupe genommen (siehe Seite 9).

Anlässlich des Zukunftsforums lädt das BMELV am 21. Januar in Kooperation mit der Messe Berlin zu einem Stehempfang ein (20 Uhr, Halle 21 b, Messegelände).



Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die Teilnahme am Zukunftsforum ist kostenfrei.

Mehr Informationen, Programm und Anmeldung: [www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de](http://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de)

### **Initiative Sachsens Erlebnisdörfer**

Mit seiner Initiative will das Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft die touristische Entwicklung und Vermarktung sächsischer Dörfer unterstützen und eine Plattform zum Erfahrungsaustausch bieten.

Die angestrebte enge Vernetzung der Dörfer in Arbeitskreisen soll mittelfristig in der Entwicklung von Produkten und deren Vermarktung münden. Dieser Prozess wird durch externe fachliche Begleitung und Austausch mit bereits touristisch etablierten Dörfern, Vermarktungskoooperationen und vergleichbaren Initiativen in Deutschland bzw. Europa unterstützt.

Ein Schwerpunkt der Initiative ist die Bildung sogenannter „Themendörfer“. Zur Unterstützung dieses Vermarktungsschwerpunktes werden mehrere Pilotvorhaben durchgeführt. Interessierte Dörfer können sich speziell dafür mit einer Konzeptidee bewerben. Die drei Dörfer mit den besten Konzeptideen werden im Rahmen von Pilotvorhaben bei der Umsetzung ihrer „Themendorf“-Konzeptidee mit insgesamt 60.000 Euro gefördert. **Bewerbungsschluss ist der 27. Februar 2009.**

Ein weiterer Schwerpunkt der Initiative sind „Sachsens Bunte Dörfer“: Sie sollen

durch ihr breit gefächertes touristisches Angebot den Aufenthalt im Dorf zum Erlebnis werden lassen.

Nähere Informationen zur Initiative „Sachsens Erlebnisdörfer“ finden Sie unter [www.smul.sachsen.de/laendlicher\\_raum/1489.htm](http://www.smul.sachsen.de/laendlicher_raum/1489.htm)



### **Gute Ideen für Landwirtschaft und ländliche Räume sind gefragt**

Im Rahmen des Wettbewerbs der Tassilo-Tröscher-Stiftung werden auch 2009 wieder besonders innovative Ideen, Konzepte oder Praxisbeispiele ausgezeichnet. Gesucht werden Initiativen beispielsweise in den Bereichen Verbesserung der Agrarstruktur, Dorfentwicklung, umweltverträgliche Landbewirtschaftung oder Einkommensoptimierung in der Landwirtschaft. Die Wettbewerbsbeiträge können wissenschaftliche oder publizistische Arbeiten, innovative Konzeptionen oder praktische Beispiele

sein, aber auch administrative Innovationen. Im Jahr 2009 beträgt der Stiftungspreis 4.000 Euro. Meldeschluss für den Stiftungswettbewerb ist der 31. März 2009.

Der Aufruf zum Wettbewerb, weitere Informationen, Kontakt und Preisträger der vergangenen Jahre sind bei der Agrarsozialen Gesellschaft unter [www.asg-goe.de/stiftungswettbewerb.shtml](http://www.asg-goe.de/stiftungswettbewerb.shtml) zu finden.



## Termine

13. und 14. Januar	<b>Geld aus der Region für die Region!</b> Alternative Wege der Projektfinanzierung <b>Workshop</b> in Göttingen	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/finanzierung">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/finanzierung</a>	
14. bis 16. Januar	<b>Regionalentwicklung – Dorferneuerung und Infrastruktur</b> Demographischer Wandel in den ländlichen Räumen - Entwicklungsfragen und Handlungsfelder <b>Fachtagung</b> in Berlin	Institut für Städtebau Berlin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung <a href="http://www.staedtebau-berlin.de">www.staedtebau-berlin.de</a>	
16. bis 25. Januar	<b>Das Netzwerk Ländliche Räume auf der Internationalen Grünen Woche 2009</b> <b>Messestand</b> auf der Gemeinschaftsschau LebensTraum Dorf in Berlin (Messegelände, Halle 21b)	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw</a>	
21. und 22. Januar	<b>Zukunftsforum Ländliche Entwicklung</b> <b>Tagungsveranstaltung</b> im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2009 in Berlin (ICC - Internationales Kongresszentrum)	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) <a href="http://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de">www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de</a>	
21. Januar	<b>Landwirte in regionalen Entwicklungsprozessen: aktiv in eigener Sache und für die Region</b> <b>Tagung</b> im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin	Verband der Landwirtschaftskammern – Büro Brüssel (VLK – Büro Brüssel), Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum</a>	
23. Januar	<b>Europäische ländliche Räume in Aktion</b> <b>Aktionstag</b> auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin am Stand der Europäischen Kommission (Messegelände, Halle 21b)	Europäisches Netzwerk für Ländliche Entwicklung <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw</a>	
6. bis 8. Februar	<b>Health Check oder Hell's Cheque?</b> Was bringt der „Gesundheitscheck“ der Gemeinsamen Agrarpolitik? Was ist in Deutschland zu tun? <b>Landwirtschaftstagung 2009</b> in Loccum (Niedersachsen)	Evangelische Akademie Loccum <a href="http://www.loccum.de">www.loccum.de</a>	
17. Februar	<b>Flexible Nahverkehrskonzepte für ländliche Räume</b> <b>Schulung</b> in Külz (Rheinland-Pfalz)	Akademie Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz <a href="http://www.landschaft.rlp.de">www.landschaft.rlp.de</a>	
3. bis 5. März	<b>Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte in der Praxis</b> <b>Schulung</b>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/methoden">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/methoden</a>	
25. und 26. März	<b>Die Wasserrahmenrichtlinie – Stand der Umsetzung und Anforderungen an die Landwirtschaft</b> <b>Tagung</b>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wrrl">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wrrl</a>	

## Cartoon zum Fokusthema

von mele

